

Kanton Obwalden

GESCHÄFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATES

2001

Impressum

Herausgabe und
Gesamtredaktion: Staatskanzlei

Gestalterische Umsetzung
und Druck: von Ah Druck AG, Sarnen

Ausgabe: Mai 2002

INHALT

Vorwort	4
Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	6
Kantonsrat	14
Staatskanzlei	16
Finanzdepartement	22
Justiz- und Sicherheitsdepartement	28
Volkswirtschaftsdepartement	33
Bildungs- und Kulturdepartement	41
Gesundheits- und Sozialdepartement	48
Bau- und Forstdepartement	53
Planungs- und Umweltdepartement	60
Bericht zur Staatsrechnung 2001	66
Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission	81

VORWORT



Dr. Josef Nigg, Landammann 2001/2002

Der Kanton gewährleistet einen lebendigen, offenen Wirtschaftsraum und sichert einen intakten Lebensraum

**Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren
Kantonsräte
Liebe Leserin, lieber Leser**

Im Zeitpunkt, da Sie diesen Jahresbericht 2001 zur Hand nehmen, stehen wir bereits kurz vor dem Abschluss der Legislatur 1998–2002. Parlament und Regierungsrat sind für die neue Amtsperiode 2002–2006 gewählt und die Exekutive ist intensiv daran, zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre künftige Arbeit mittel- und sogar langfristig zu planen, denn die Legislaturplanung trägt dazu bei, anhand vorgegebener Prioritäten die Arbeit der Verwaltung und des Parlamentes zu

führen und auf diese Weise die Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit noch kohärenter zu gestalten. Auf der Basis einer im Jahre 2001 für unseren kleinen und erst noch finanzschwachen Kanton durchgeführten und umfassenden Chancen- und Risiko-Beurteilung (der so genannten SWOT-Analyse) will nämlich der Regierungsrat für die kantonale Politik eine langfristige Strategie formulieren, die aufzeigt, in welcher Richtung sich unser Kanton bis zum Ende dieses Jahrzehnts entwickeln soll. Eine solche zielgerichtete, längerfristig angelegte Politik ist dringend notwendig, bedingt aber auch das befruchtende Zusammenwirken aller politischen Kräfte.

Dieser kurze Ausblick in die bereits begonnene, zukunftsgerichtete Planungsarbeit soll nun aber nicht davon abhalten, sich mit der im vergangenen, politisch und gesellschaftlich sehr bewegten Jahr 2001 geleisteten Arbeit auseinander zu setzen. Mit dem vorliegenden Geschäftsbericht wollen wir aufzeigen, wie vielfältig die Leistungen des Kantons, seiner Behörden und seiner Verwaltung sind, die im Dienste der Obwaldner Bevölkerung während eines Amtsjahres erbracht werden. Die dargestellten Leistungen orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen, die in unserem Kanton leben und arbeiten und innerhalb des eigenen Gestaltungsspielraums demokratisch über Art und Umfang der kantonalen Leistungen mitbestimmt haben. Wir legen auch Rechenschaft ab, wie Regierung und Verwaltung die Ziele und Aufgaben des Regierungsprogramms 1998–2002, konkretisiert in der Jahresplanung 2001, umgesetzt sowie die in der Gesetzgebung umschriebenen staatlichen Leistungsaufträge erfüllt haben.

Gleichzeitig werden mit dem Geschäftsbericht die wichtigsten staatlichen Ereignisse sowie die Leistungen der Departemente und Ämter für die Nachwelt dokumentiert. Über den gedruckten und veröffentlichten Geschäftsbericht hinaus wird im gleichen Verfahren ergänzend eine archivarische und statistische Dokumentation sichergestellt.

Ergänzende Angaben über die staatlichen Dienstleistungen finden Sie auch im Internet unter www.obwalden.ch sowie im Staatskalender, in

der Publikation der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsentscheide, in den Schulberichten der Kantonsschule sowie des Berufs- und Weiterbildungszentrums und im Bericht des Kantonsspitals.

Eines will ich zum Voraus mit Deutlichkeit sagen: Der vorliegende Geschäftsbericht beweist, dass in unserer kantonalen Verwaltung wiederum sehr grosse und sehr gute Arbeit geleistet worden ist, wofür ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den wohlverdienten Dank des Regierungsrates ausspreche.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung 2001 zu genehmigen.

Sarnen, 26. März 2002

Im Namen des Regierungsrates



Der Landammann: Dr. Josef Nigg

Leitmotiv Wasser

Ohne Wasser kein Leben. Der Staat muss sich in vielfältiger Weise mit dem Element Wasser auseinandersetzen. Er muss es schützen – vor Verschmutzung und Verschwendung. Er sorgt dafür, dass die Menschen in ihren Häusern über genügend sauberes Trink- und Brauchwasser verfügen. Er hilft mit, dass sich Einheimische und Fremde an gepflegten Ufern in intakter Landschaft bei Spiel, Spass und Sport am Wasser freuen können. Für das Leben im Wasser und für den geordneten Verkehr darauf setzt sich der Staat ein. Er kontrolliert die sinnvolle Nutzung und verhilft so seiner Bevölkerung und ihrer Wirtschaft zu den Annehmlichkeiten der elektrischen Stromversorgung. Er nimmt aber auch den Kampf auf gegen die Urgewalt entfesselter Gewässer um die Menschen vor Schaden und Verwüstung zu schützen. Wasser ist Leben – Grund genug also, ihm in Form unseres Bild-Leitmotivs die Ehre zu erweisen.



BERICHT DES REGIERUNGSRATES ÜBER SEINE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Der Regierungsrat im Amtsjahr 2001/2002: Regierungsrat Hans Matter, Landstatthalter Hans Hofer, Regierungsrätin Maria Küchler-Flury, Landammann Dr. Josef Nigg, Regierungsrat Anton Röthlin, Regierungsrätin Elisabeth Gander-Hofer, Regierungsrat Hans Wallimann, Landschreiber Urs Wallimann (von links).

Lebendiger, offener Wirtschaftsraum – intakter Lebensraum: Ein Zwischenbericht

Der Regierungsrat war erneut bestrebt, gute Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Kantons zu einem lebendigen, offenen Wirtschaftsraum zu schaffen sowie für die Bewahrung eines intakten Lebensraums zu sorgen. In diesem Sinne wurde 2001 einiges erreicht.

Er ist sich bewusst, dass der Staat nur im Zusammenwirken mit der Wirtschaft und Gesellschaft zum allgemeinen Wohlstand beitragen kann. Kommt dazu, dass der Kanton, eingebettet zwischen Bund und Gemeinden, nur eine Ebene staatlicher Aufgabenerfüllung darstellt, die in unserem kleinräumigen Kanton allerdings eine wichtige Rolle spielt.

Besondere Herausforderungen im vergangenen Jahr 2001 bedeuteten im gesellschaftlichen Umfeld nach

wie vor der Wandel zur Informationsgesellschaft, die steigenden Bildungsanforderungen auf allen Stufen sowie die weiter zunehmende Mobilität und in deren Folge die Anforderungen an die gesellschaftliche Integration von Randgruppen.

Die Entwicklung im wirtschaftlichen Umfeld war geprägt durch eine unerwartete Trendumkehr. Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung hat sich abgeschwächt. Auftragsbestände und Auslastungen vor allem auch in der Exportwirtschaft gingen zurück. Der zwar knappe Arbeitsmarkt bietet wieder grösseren Bewegungsspielraum, die Arbeitslosenzahlen haben leicht zugenommen.

Auf staatlicher Ebene war der Kanton in gleichem Masse gefordert bei der interkantonalen Zusammenarbeit wie bei der innerkantonalen Aufgabenteilung. Der Kanton und die Gemeinwesen überhaupt sind ständig der Frage ausgesetzt, welches die richtige wirksame und wirtschaftliche «Be-

triebsgrösse» für die Erfüllung der einzelnen, immer anforderungsreicheren öffentlichen Aufgaben sei. Der finanzielle Handlungsspielraum war nach wie vor beschränkt.

Steigerung der Wirtschaftskraft

Verkehrerschliessung als Lebensader

Der Ausbau der Nationalstrasse A8 ist programmgemäss (6. langfristiges Bauprogramm) fortgeschritten. Der A8 Umfahrungstunnel Giswil wird Ende 2003 sowie das Zwischenstück Giswil Nord-Ewil voraussichtlich 2005 in Betrieb genommen werden können. Das Ausführungsprojekt der 3,9 km langen A8 Umfahrung Lungern hat der Regierungsrat genehmigt. Der Vortrieb des 1999 begonnenen Erkundungstollens für den Umfahrungstunnel schritt zunächst plangemäss voran, erfuhr dann aber auf Grund geologischer Schwierigkeiten in der zweiten Jahreshälfte eine erhebliche Verzögerung, welche sich auch auf den ursprünglich 2003 vorgesehenen Baubeginn des Haupttunnels auswirken wird. Der A2/A8 Verbindungstunnel im Lopper ist projektiert.

Öffentliches Verkehrsangebot immer besser

Im öffentlichen Verkehrsangebot konnten für den Fahrplan 2001/02 weitere Verbesserungen erzielt werden: Drei Direktverbindungen Sarnen-Stans, die Verlängerung der Bahnersatzkurse bis Lungern sowie zusätzliche Postautokurse nach Kerns. Bedeutungsvoll für die Erschliessung der Zukunft ist die Einbindung der Talstrecke der Brünigbahn in die Planung der S-Bahn Zentralschweiz mit einem Doppelspurausbau zwischen Luzern und Hergiswil. In Zusammenarbeit mit den Kantonen Luzern und Nidwalden konnten die Grundlagenplanung abgeschlossen und die Umsetzung der ersten Planungsschritte direkt eingeleitet werden.

Offensives Kantonsmarketing

Der gelungene Auftritt des Kantons unter dem Titel «Obwalden an der LUGA 2001 – Hinter dem Mond» hat ausserordentlich grosse Beachtung gefunden und weit über die Zentralschweiz hinaus gestrahlt. Er wirkt auch heute noch nach. Der Kan-



Obwalden an der LUGA 2001 – das Traditionelle auf dem Weg zur Moderne.

tonaltag mit Einladungen an Gäste aus der ganzen Schweiz hat viel Sympathie und gute Kontakte gebracht. Weiterhin wird in die Standortpromotion Zentralschweiz investiert; der Regierungsrat sicherte weitere Grundbeiträge und erfolgsorientierte Beiträge für die Jahre 2002 bis 2006 zu. Zum modernen Erscheinungsbild trägt insbesondere auch das mit Unterstützung des Kantons gegründete Micro Center-Central-Schweiz (MCCS) in Alpnach bei, welches seine Forschungstätigkeit erfolgreich aufgenommen hat. Der Kanton hat als Vermittler federführend der Gründung einer Stiftung Wissenschaftskonferenz Engelberg Pate gestanden. Die Stiftung, welche durch die Zentralschweizer Kantone und die Wirtschaft getragen und durch das Kloster Engelberg und durch den Bund unterstützt wird, ist Veranstalterin einer jährlichen interdisziplinären und interkantonalen Wissenschaftskonferenz, welche erstmals im Herbst 2002 im Kloster Engelberg durchgeführt wird.

Gestärkter Auftritt im Tourismus

Die Organisationen des Tourismus sind neu strukturiert, ihre Wirkkraft für einen zukunftssträchtigen Werbeauftritt gestärkt. Der Kanton zahlt weiterhin einen Beitrag an Zentralschweiz Tourismus für Koordinations- und Marketingaufgaben von zentraler Stelle aus. Die Destinationen «Vierwaldstättersee Tourismus» und «Engelberg-Titlis Tourismus» werden vom Kanton neu als regionale Trägerschaften unterstützt. Damit können Gäste kantonsübergreifend und kundengerecht mit zukunftsgerichteten Angeboten im internatio-

nalen Wettbewerb gemeinsam aus der Region beworben werden. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen wurden im angepassten Tourismusgesetz bereitgestellt. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur wurde durch Investitionshilfe-Beiträge unterstützt, unter anderem die Erneuerung der Skiliftanlage Mörialp sowie das Hallenbad Kerns. In einer interkantonalen Solidaritätsaktion wurde auch an den Aufbau der neuen Schweizerischen Fluggesellschaft SWISS beigetragen.

Landwirtschaft kräftig gefördert

Das neue kantonale Landwirtschaftsgesetz ist auf den 1. März 2001 in Kraft gesetzt worden. Der Regie-

Ausgezeichnet!

Aus Obwalden kommen die besten Kunststoffprodukte und der beste Käse. Sarnamotive Schweiz AG gehörte zu den Preisträgern am Wettbewerb «Technologiestandort Schweiz 2000» und erhielt von der Vontobel-Stiftung einen Sonderpreis «für ein Projekt mit besonderer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz».

Erstmals wurde in der Schweiz so etwas wie ein Käse-«Oscar» verliehen, der Swiss Cheese Award. Zwei der Preisträger stammen aus Sarnen und aus Alpnach. Alois Seiler, Sarnen, errang die Trophäe für den besten Raclette Suisse und Oskar Flüeler, Alpnach, für den besten Sbrinz.

rungsrat unterstützte die Umsetzung für eine zukunftssträchtige Ökologisierung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit mit flankierenden Massnahmen: Für die Förderung der Tierzucht und des Viehabsatzes werden Anreizbeiträge ausgerichtet, der Vollzug wurde durch Leistungsvereinbarungen ausgelagert. Auch die Strukturverbesserungen wurden durch Ausführungsbestimmungen konkretisiert. Die Investitionskredite und Betriebshilfe werden gezielt eingesetzt. Neu werden Starthilfebeiträge zur Absatzförderung in der Landwirtschaft gewährt, um die unmittelbare Vermarktung von Landwirtschaftsprodukten im liberalisierten Markt zu fördern.



In der liberalisierten Landwirtschaft wird in zeitgemässe Produktionstechnik investiert.

Stärkung der Institutionen und des Finanzhaushalts

Staatsleitungsreform: Nur noch fünf Regierungsratsmitglieder

Die Verfassungsinitiative zur Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder wurde vom Volk am 10. Juni 2001 angenommen. Regierungsrat und Kantonsrat haben den Verfassungsauftrag in einem Zug umgesetzt, um für die Gesamterneuerungswahlen 2002 eine klare Ausgangslage zu schaffen. Das Volk hat dem eigentlichen Kulturwandel in der Staatsorganisation am 2. Dezember 2001 definitiv mit folgenden Eckpfeilern zugestimmt:

- fünf vollamtliche Regierungsglieder
- Unvereinbarkeit des Regierungsamtes mit privater Erwerbstätigkeit
- neue Befugnisse zur Ausführungsgesetzgebung sowie zur Auslagerung von Staatsaufgaben an Dritte
- angemessene Besoldung und Sparversicherung für die Regierungsglieder
- Aufhebung der Amtszeitbeschränkung für Regierungsglieder
- Grundstruktur der fünf Departemente

Der Regierungsrat leitete nach Annahme des Verfassungsnachtrags umgehend die notwendigen Schritte ein, um am 1. Juli 2002 die Legislaturperiode 2002 bis 2006 mit einer funktionierenden, neu in fünf Departemente gegliederten Verwaltung beginnen zu können. Es gilt:

- die Departementssekretariate zur verstärkten Führungsunterstützung der Departementsvorsteherinnen und -vorsteher auszugestalten
- das Bau- und Forstdepartement und des Planungs- und Umweltsdepartement zum neuen Bau- und Umweltsdepartement zusammenzuführen
- ein Sicherheits- und Gesundheitsdepartement aus den bestehenden Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie Gesundheits- und Sozialdepartement zu schaffen
- alle Aussenbeziehungen im Volkswirtschaftsdepartement zusammenzufassen
- das Finanzdepartement als reines Ressourcen-Departement zu gestalten
- die Organisations- und Zuständigkeitsvorschriften anzupassen

Mitarbeiterzufriedenheit: Gut bis genügend

Mit einer Mitarbeiterumfrage hat der Regierungsrat im Januar 2001 durch das Personalamt eine Standortbestimmung zur Verwaltungskultur durchführen lassen. Gut drei Viertel der angeschriebenen Mitarbeitenden füllten den Fragebogen mit rund 60 Einzelfragen in zehn Themenblöcken aus. Insgesamt erreicht die Zufriedenheit des Staatspersonals den Durchschnittswert von 4,5 Punkten auf einer Skala von 1 bis 6. Dieses Ergebnis gilt im Vergleich mit andern Unternehmungen als «übliche Bewertung». Im Gesamteindruck werden

der Themenblock «Befriedigung in Ihrer Tätigkeit», die Einzelfragen nach dem persönlichen Aufgabengebiet, der Arbeitsinfrastruktur, der Zusammenarbeit sowie der gleitenden Arbeitszeit als gut beurteilt. Die persönliche Entlohnung wird noch als genügend erachtet. Als mangelhaft dagegen werden das Lohnsystem sowie die Entwicklungsmöglichkeiten in der kantonalen Verwaltung bewertet. Insgesamt gaben die Kaderangehörigen etwas bessere Urteile ab.

Der Regierungsrat hat die zunächst das Kader, die Personalverbände und die Personalkommission über die Ergebnisse orientiert. Nach interner Diskussion von Verbesserungsvorschlägen in den Verwaltungsbereichen will der Regierungsrat konkrete Umsetzungsvorschläge erarbeiten, insbesondere zum Personalrecht und zum Lohnsystem, um vom Personalmarketing her unerwünschte Wirkungen auszuschalten.

Strategiediskussion zur künftigen Entwicklung und Positionierung des Kantons

Der Regierungsrat legt Wert auf die schrittweise Umsetzung der neuen Verwaltungsführung. Ein wesentliches Element bilden strategische Zielsetzungen und die Steuerung. Es geht im Rahmen der Amtsdauerplanung 2002 bis 2006 um die strategische, das heisst langfristige und grundsätzliche Ausrichtung der Staatstätigkeit, namentlich weil die kantonale Verwaltung mit den knapp vorhandenen Mitteln optimale Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Kantons und seiner Bevölkerung

erreichen will. Erstmals wurde vor der Strategiebildung eine breite Lageanalyse (Stärken-Schwächen-Gefahren-Chancen-Analyse / SWOT-Analyse) durchgeführt und anschliessend daraus der Handlungsbedarf und Handlungsspielraum ermittelt. Gestützt auf diese Grundlagen will der Regierungsrat – nach Konsultation der Einwohnergemeinderäte und der Wirtschaftskreise sowie unter Einbezug der Parteiprogramme – die längerfristige Ausrichtung der einzelnen Staatstätigkeiten festlegen und daraus zu Beginn der neuen Amtsdauer die prioritären Ziele und Massnahmen in den einzelnen Politikbereichen für die Amtsdauer 2003 bis 2006 festlegen.

Meilensteine in der pragmatischen interkantonalen Zusammenarbeit mit Nidwalden

Gleich in vier Schwerpunktbereichen der Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden wurden wichtige Meilensteine gesetzt:

- Die Errichtung eines gemeinsamen Informatikleistungszentrums (ILZ) der Kantone Obwalden und Nidwalden als öffentlich-rechtliche Anstalt ist zu Stande gekommen. Es wird im März 2002 in Sarnen den operativen Betrieb aufnehmen.
- Für ein gemeinsames Verkehrssicherheitszentrum (VSZ) der Kantone Obwalden und Nidwalden hat der gemeinsame regierungsrätliche Steuerungsausschuss den Vereinbarungsentwurf verabschiedet. Danach

soll auf Mitte 2002 eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Anstalt errichtet werden, welche den operativen Betrieb Anfang 2003 aufnimmt.

- Zum Spitalkooperationsprojekt sind wichtige Entscheidungsgrundlagen vorbereitet.
- Für das Bildungsnetzwerk Obwalden/Nidwalden (BiNetON) steht, nachdem die entsprechenden Kredite bereitgestellt sind, eine gemeinsame Stiftung in Gründung.

Daneben konnten 2001 mit dem Kanton Nidwalden weitere Zusammenarbeitsprojekte erfolgreich vereinbart und verwirklicht werden:

- Vereinbarung über die gemeinsame Durchführung der Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme Asylsuchender
- gemeinsame Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention
- Vereinbarung über eine gemeinsame Studienberatung
- Vereinbarung über die Erarbeitung eines Familienleitbildes
- Vereinbarung über Seepolizeikontrollen durch die Nidwaldner Polizei auf dem Alpachersee
- Vereinbarung über die gemeinsame Beratung von Bäuerinnen und bäuerlichen Familien
- Entwurf für eine gemeinsame Politik der Gleichstellung von Mann und Frau

Die beiden Kantonsregierungen haben zur Zusammenarbeit eine Zwi-

schenbilanz gezogen, die durchaus positive Ansätze zeigt. Allerdings zeigte sich auch, dass sowohl die allgemeine Erhebung von Zusammenarbeitsfeldern wie das Schnüren eines «ausgeglichene» Gesamtpaketes zu idealistische beziehungsweise zu theoretische Ansätze sind. Erfolgsversprechender ist das pragmatische Vorgehen mit in sich abgeschlossenen Einzelprojekten. Die Zusammenarbeit fällt dort leichter, wo gemeinsam neue Aufgaben angegangen werden können, insbesondere wenn diese Aufgaben bereits vom Bund vorgezeichnet sind. Ganz wichtig ist der gepflogene Grundsatz, immer vor Inangriffnahme einer neuen Aufgabe oder einer Umstrukturierung einer bisherigen Aufgabe in einem Kanton die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit dem andern Kanton frühzeitig zu klären.

Im Zentrum steht jeweils zu Beginn die Abklärung der Nutzenfrage je Einzelprojekt. Einerseits geht es darum, in allgemeiner Form festzulegen, was als Nutzen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Obwalden und Nidwalden im Vordergrund steht, z.B. Kosteneinsparungen (durch Skalenerträge, Auffangen künftiger Kostenentwicklungen, Ausnutzen von zusammengelegtem Fachwissen, effizienteres und effektiveres Arbeiten, Vermeiden von doppelten «Overheads» usw.), Qualitäts- und Standardverbesserungen, Arbeitsteilungen usw. Andererseits geht es um das Verhältnis von Nutzen und Gewinn aus der Zusammenarbeit und Verzicht von Autonomie (Eigenständigkeit im Entscheid, Bürgernähe, Aufsicht). Die allgemeine Klärung der Nutzenfrage von Zusammenarbeitsprojekten hat auf politisch-strategischer Ebene zu erfolgen. Sie kann nicht an die betroffenen Amtsstellen (Arbeitsgruppen) delegiert werden. Sie ist dem einzelnen Projekt als politisch-strategische Nutzenvorgabe voranzustellen.

Aufgabenteilung und Finanzentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden

Mit einem ersten Paket (Finanzpaket) zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden konnten umfangreiche gegenläufige Finanzströme entflochten werden. Das Volk hat die Gesetzesvorlage, welche durch Verlagerung von Aufgaben und Mitteln von den Gemeinden an den



In absehbarer Zeit bietet sich hier ein anderes Bild: Eine Reihe OW, eine Reihe NW... – Obwalden und Nidwalden errichten ein gemeinsames Verkehrssicherheitszentrum an Stelle der beiden bisherigen Strassenverkehrs- und Schiffsverkehrsämter.

Kanton Synergiegewinne und Kosteneinsparungen bringt, am 2. Dezember 2001 angenommen. Mit dieser Aufgabenteilung wird die Effizienz der staatlichen Leistungserbringung erhöht. Als Folge der Entflechtung werden Kanton und Gemeinden je auf ihren Gebieten besser handlungsfähig und rationeller arbeiten können. In bedeutenden weitem Aufgabebereichen sind erste Grundlagen zu weitem grundsätzlichen Aufgabenteilungen vorbereitet worden, namentlich im Bildungsbereich, im Sozialbereich, beim öffentlichen Verkehr und im Bevölkerungsschutz. Über diese Bereiche stehen je getrennte Gesetzesvorlagen in Vorbereitung.

Optimierung des Bildungs- und Sozialangebots

Bildungsgesetzrevision mit neuer Aufgabenteilung

Ausbau und Erneuerung des Bildungsbereichs schreiten gemäss den im Bildungskonzept aufgezeigten Handlungsfeldern, welchen vom Kantonsrat besondere Priorität zugeordnet worden ist, voran. Der Regierungsrat hat die Leitplanken festgesetzt, die dem neuen Bildungsgesetz – welches das Schulgesetz aus den Jahren 1978/92 ablösen soll – zu Grunde liegen. Die grundlegenden Rechte und Pflichten von Personen und Institutionen sowie die grundsätzliche Schul- und Behördenorganisation sollen in einem umfassenden Rahmengesetz geregelt und im Einzelnen in Verordnungen beziehungsweise regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen nach Schulbereichen festgelegt werden. Die Qualitätsentwicklung, die Aufgabenteilung und die Steuerung der Bildungspolitik sind inhaltliche Schwer-

PISA-Studie – eine Herausforderung

Die PISA-Studie der OECD, publiziert im Dezember 2001, bescheinigt unseren Schülerinnen und Schülern im Vergleich zu jenen anderer Länder nur eine mittelmässige Lesefähigkeit. Ein Fünftel von ihnen erreicht darin gar ein «Ungenügend». Im Schulblatt Obwalden/Nidwalden beklagen der Obwaldner und der Nidwaldner Bildungsdirektor dieses «ernüchternde» Ergebnis als in einem schlechten Verhältnis zu den investierten hohen finanziellen Bildungsaufwendungen stehend. Die beiden Bildungspolitiker hegen weit reichende Befürchtungen. Gerade im anbrechenden Informatikzeitalter sei eine genügende Lesefähigkeit vonnöten. «Oder wollen wir es riskieren, dass 20 Prozent unserer Mitmenschen nicht in der Lage sind, mit dem PC umzugehen?» Alarmierend sei das Ergebnis aber auch für unsere Demokratie: «Unser Demokratieverständnis setzt die Mitwirkung aller voraus, was nicht mehr erfüllt ist, wenn ein Fünftel der Mitbürgerinnen und Mitbürger eine Abstimmungsfrage kaum lesen und verstehen kann.»

Was ist zu tun? Die Antwort der Bildungsdirektoren: «Es wäre falsch, vorschnelle Folgerungen aus der PISA-Studie zu ziehen. Es ist zunächst vertieft zu prüfen, warum andere Länder bessere Ergebnisse erzielen. Die Erziehungsdirektorenkonferenz lässt die Beantwortung dieser Frage durch Studien prüfen. Aber wir dürfen uns nicht hinter Untersuchungen und Ausreden verstecken. Wir müssen die Diskussion darüber führen, wie wir das Ziel erreichen können, auch bei der Lesefähigkeit zu den besten Ländern zu gehören.»

gewichte. Weitere Themen sind die Weiterbildung, Begabungsförderung sowie die Stellung der Musikschulen. Für die Aufgabenteilung im Volksschulbereich liegen erste Grundlagenarbeiten vor. Für die wirkungsorientierte Steuerung soll eine Mitfinanzierung des Kantons nicht über die Lehrbesoldung sondern über Schülerpauschalen erfolgen.

Auch die Obwaldner Kinder sollen im Rahmen der regionalen Koordination ab dem 3. Schuljahr Englisch lernen. Als realistischer Zeitpunkt für die Einführung von Frühenglisch wird das Schuljahr 2005/06 betrachtet. Sowohl Englisch (ab 3. Schuljahr) wie auch Französisch (ab 5. Schuljahr)

sollen an der Primarschule unterrichtet werden.

Zugang zu weitem Bildungsangeboten

Bildung und Weiterbildung gehören zu den grossen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Der Kanton hat im Rahmen von Vereinbarungen das Bildungsangebot erweitert und verbessert, namentlich durch den Beitritt zum Konkordat über die pädagogische Hochschule Luzern, den Abschluss einer Vereinbarung mit der Hochschule für Heilpädagogik Zürich, die Erweiterung des regionalen Schulabkommens Zentralschweiz sowie der inter-



Platznot in den kantonalen Bildungsinstitutionen, namentlich im Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ (links) und in der Kantonsschule.

kantonalen Fachschulvereinbarung. Im Kanton wurde neu die Handelsmittelschule (HMS) an der Stiftsschule Engelberg bewilligt, ihr Besuch durch Obwaldner Schülerinnen und Schüler wird unterstützt.

Raumoptimierungskonzept für die Kantonsschule und das BWZ

Im Bildungsangebot des Kantons nehmen die Kantonsschule sowie das Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) eine zentrale Stellung ein. In einem Raumoptimierungskonzept hat der Regierungsrat für die bauliche Entwicklung beider Schulen eine optimale Lösung aufgezeigt, auf welche der Kantonsrat allerdings nicht eingetreten ist. Der Regierungsrat will diese Idee weiterverfolgen, ihr jedoch wie vom Parlament gefordert Alternativen gegenüberstellen, um im Rahmen der neuen Regierungsprogramm- und Finanzplanung 2003 bis 2006 einen auch finanzpolitisch gut abgestützten Vorentscheid über die Verwirklichung herbeizuführen.

Optimierung der Sozialhilfe durch Gemeindezusammenarbeit

Im Bereich der Sozialhilfe steckt ein grosses Optimierungspotenzial. Es wird im «SOHIO-Bericht» vom Dezember 2000 von der vom Regierungsrat eingesetzten Arbeitsgruppe aufgezeigt. Der Regierungsrat konnte feststellen, dass der Sozialbereich nach wie vor als Grundaufgabe der Gemeinden gut erfüllt werden kann. Kantonal will er auf Grund einer Zwischenbeurteilung die Weiterentwicklung in fünf Punkten angehen: Einführung einer kantonalen Sozialkonferenz, Einleitung einer Organisationsform für eine regionalisierte Amtsvormundschaft, Aufbau einer einheitlichen Statistik, Umsetzung von Qualitätskriterien der sozialen Arbeit bei den Gemeindefamiliensozialdiensten sowie Neuregelung der Zuständigkeiten bei Leistungsverträgen mit Dritten.

Gute Rahmenbedingungen für Familien

Als Alternative zu einem Volksbegehren für die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien hat der Regierungsrat ein den kantonalen Gegebenheiten angepasstes Mass-



Ein neuer Bach entsteht – mit der Verlegung des Sachsler Dorfbachs wird der Hochwasserschutz für das Dorf Sachseln wesentlich verbessert.

nahmenpaket vorgeschlagen. Dazu gehören vorerst Grundlagenabklärungen im Rahmen eines Familienleitbildes, das gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden in Auftrag gegeben worden ist. Mit einem Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz wurde sichergestellt, dass die Prämienverbilligung zu 100 Prozent ausgeschöpft werden kann. Weitere familienpolitische Massnahmen werden in der laufenden Revision des Bildungsgesetzes geprüft.

Integration der Ausländer als gesamtgesellschaftliches Anliegen

Regierungsrat und Kantonsrat haben Leitsätze und einen Massnahmenkatalog für die bessere Integration von Ausländern verabschiedet. Sie stützen sich auf den Bericht «Alle anders – alle gleich» zur Ausländer- und Integrationspolitik im Kanton, welchen eine breit abgestützte Arbeitsgruppe erstellt hat. Prioritär werden Massnahmen in den Bereichen Information und interkultureller Kommunikation, niederschwellige Sprach- und Integrationskurse, ausländer-spezifische Gesundheitsprävention und Kriminalitätsbekämpfung, Schulintegration und interkulturelle Erziehung, Integrationsmassnahmen für Jugendliche sowie im Arbeitsbereich angegangen. Mit der Caritas wurde ein Leistungsvertrag für die Betreuung anerkannter Flüchtlinge und Schutzbedürftiger abgeschlossen. Seit Oktober 2001 ist der Kanton für

die Integration und Sozialhilfe für anerkannte Flüchtlinge und Schutzbedürftige verantwortlich.

Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung

Neue Rechtsgrundlagen für Wasserbau und Wassernutzung

Die Bedrohung des Lebensraumes durch Wildbäche, Übersarungen und Überschwemmungen ist im Kanton erheblich. Die Bevölkerung wehrt und schützt sich im Genossenschaftsverband seit Generationen erfolgreich dagegen. Nun konnten auch – nach verschiedenen vergeblichen Anläufen im 20. Jahrhundert! – die Rechtsgrundlagen von 1877 in einem neuen Wasserbaugesetz vom 31. Mai 2001 modernisiert werden. Wasserbau und Gewässerunterhalt sind künftig grundsätzlich Sache der Öffentlichkeit. Je nach den geografischen Gegebenheiten und den besonderen Verhältnissen in einer Gemeinde stehen künftig verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung: Weiterhin mit Perimeterbeiträgen über Wuhrgenossenschaften, über eine Liegenschaftssteuer oder aus allgemeinen Steuermitteln. Das neue Wasserbaugesetz trägt auch der ökologischen Gestaltung und sinnvollen Nutzung der Gewässer Rechnung.

Nach Abschluss der vorbereitenden Verfahren konnte die Verlegung des Sachsler Dorfbachs mit Einbezug des Totenbiel- und der Edisriederbäche

zünftig vorangetrieben werden, so dass im Sommer 2002 bei neuen grossen Unwettern der Hochwasserschutz für das Dorf Sachseln verbessert ist.

Behebung der vom Orkan «Lothar» verursachten Schäden

Auch 2001 stand die Forstwirtschaft noch ganz im Zeichen der Behebung der vom Orkan «Lothar» am 26. Dezember 1999 angerichteten immensen Folgeschäden. Pro Kopf war die Obwaldner Bevölkerung durch die Schäden am stärksten betroffen. Die derzeit bekannten Folgekosten (ohne Folgeschäden durch Borkenkäfer) belaufen sich auf 12,03 Millionen Franken. Die zur Erhaltung der Schutzfunktion des Waldes notwendigen Massnahmen können nur dank der zugesicherten Sonderfinanzierung durch den Bund durchgeführt werden.

Herausforderungen in der künftigen Spitalpolitik

Die Entwicklung im Gesundheitsbereich, nach wie vor geprägt durch stark steigende Kosten, stellt zurzeit eine der grössten Herausforderungen des Kantons dar. Namentlich die Spitalfinanzierung im Rahmen des Krankenversicherungsgesetzes überfordert den finanziellen Handlungsspielraum des Kantons in kurzer Zeit. Die Führung eines eigenen Kantonsspitals mit zweckmässiger Grundversorgung ist aus Kosten- und Qualitätsgründen in Frage gestellt. Deshalb wurde zusammen mit dem Kanton Nidwalden ein Schwerpunktprojekt für die Spitalkooperation eingeleitet. Die damit beauftragte gemeinsame strategische Steuerungsgruppe hat in einem ersten Bericht vom Januar 2001 verschiedene Szenarien aufgezeigt. Die Regierungen beider Kantone haben im Mai 2001 beschlossen, das Projekt in Richtung eines gemeinsamen Akutspitals weiterzubearbeiten. Dazu sind inzwischen folgende Grundlagen erarbeitet worden:

- Betriebswirtschaftliches Konzept bei nur einem Akutstandort (mit Aussagen zum medizinischen Leistungsangebot, Raumkonzept und Umsetzungsplan)
- Wirtschaftliche Konsequenzen (mit Aussagen zu den nicht amortisierbaren Investitionen und zur Abgeltung des Standortvorteils)

- Psychiatriekonzept/Akutpsychiatrie (mit Aussagen zur Erweiterung des Angebots zur Akut- und Gerontopsychiatrie, den Raumbedürfnissen, der Grundsatzfrage zum Standort)

- Investitionsbedarf (mit Aussagen zur Investitionsplanung in baulicher und medizinischer Hinsicht)

- Interkantonale Rechtsgrundlagen (mit Aussagen zur möglichen Rechtsform, den notwendigen gesetzlichen Grundlagen und Anpassungen)

Gestützt auf diese soweit notwendig bereinigten und ergänzten Grundlagen werden im Jahre 2002 die politischen Grundsatzentscheide über die künftige Spitalpolitik prioritär gefällt werden.

Das Spitalabkommen mit dem Kanton Luzern über die Zentrumsleistungen des Kantonsspitals Luzern ist zu angemessenen Bedingungen erneuert worden. Die Tagespauschalen werden neu auf eine Kostenstellenrechnung abgestützt und je nach Spezialklinik beziehungsweise Abteilung differenziert verrechnet. Insgesamt musste eine Kostensteigerung um 17,8 Prozent in Kauf genommen werden.

Gesundheitsförderung und Sport

Die Gesundheitsförderung und Prävention sind in einer gemeinsamen Fachstelle für Obwalden und Nidwalden zusammengelegt worden. Unter Beachtung der Eigeninitiative der betroffenen Personen und privaten Organisationen fördert die dem Gesundheitsamt Obwalden angegliederte Fachstelle gesundheitsrelevante, präventive Massnahmen in beiden Kantonen.

Einen wichtigen Beitrag an die Gesundheitsförderung leistet der Sport. Die kantonale Turn- und Sportverordnung ist gesamthaft erneuert worden. Das Schwerkgewicht liegt auf dem Schulsport sowie der Umsetzung der neuen Gesetzgebung über Jugend und Sport. Der Sport-Toto-Bereich wurde neu in die bestehenden Strukturen des Sports integriert. Beiträge aus dem Sport-Toto sollen regional bedeutsamen Sportanlagen vor allem im Vereins- und Erwachsenensport zugute kommen.

Schutz der Umwelt und Raumordnung

Umfassender Grund- und Quellwasserschutz

Rund 20 neue Schutzzonen konnten verstreut über alle Gemeinden ausgeschieden und reglementarisch im Interesse von Wasserfassungen und Wasservorräten gesichert werden. In diesem Bereich des Gewässerschutzes ist ein hoher Standard erreicht worden.

Regional bedeutsame Landschaftsschutzgebiete sowie Alpwirtschaftsgebiete gesichert

In einem zweiten Teilerlass, von dem alle Gemeinden ausser Alpnach erfasst werden, werden die regional bedeutsamen Landschaftsteile, welche das Landschaftsbild des Kantons prägen oder naturkundlich beziehungsweise kulturgeschichtlich bedeutsam sind, über das gesamte Kantonsgebiet geschützt. Ein erster Teilerlass, es betrifft dies hauptsächlich Gebiete in Sarnen, Kerns und Alpnach, erfolgte bereits 1995. Die bisherige Bewirtschaftung kann grundsätzlich fortgeführt werden. Es liegt sodann im Interesse des Landschaftsschutzes, dass das Land landwirtschaftlich genutzt wird. Die Gebiete dürfen aber in ihrem Charakter und Umfang nicht zerstört werden. Bauten und bauliche Veränderung sind zulässig, haben aber erhöhten Anforderungen zu genügen. Bauzonen sind vom Landschaftsschutz nicht überlagert.

In der Moorlandschaft Glaubenberg von nationaler Bedeutung hat der Regierungsrat ein Konzept als Grundlage für die Erholungsnutzung und den Tourismus im Gebiet Glaubenberg-Langis festgelegt.

Richtplanerische Rahmenbedingungen für die Umnutzung des ehemaligen Militärflugplatzes Kägiswil

Für die Umnutzung des ehemaligen Militärflugplatzes Kägiswil ist der kantonale Richtplan angepasst worden. Darin wird behördenverbindlich festgelegt, wie das vom Militär nicht mehr benötigte Areal als Raum für die Schaffung von Gewerbe- und Industrieland im Rahmen konkreter Nutzungsplanungen eingesetzt werden kann. Damit wird unterstrichen, dass



Schutz der Umwelt und Raumordnung bedeuten auch die Abstimmung der Nutzung – hier Kiesgewinnung im Alpnachersee – auf die Ansprüche des Naturschutzes.

an industriellen Schwerpunkten in Sarnen und Alpnach ein kantonales Interesse besteht und darauf abgestützt auch die Verkehrsströme mit einer Abwicklung über die A8 optimiert werden sollen.

Waldentwicklungsplan für Giswil

Der Regierungsrat hat für die Gemeinde Giswil den Waldentwicklungsplan erlassen. Leitbildartig werden darin für die Ansprüche an den Wald – Schutz vor Naturgefahren, Holznutzung, Natur- und Landschaftsschutz, Erholung/Freizeitaktivitäten/Tourismus – Ziele und Massnahmen formuliert, die eine nachhaltige Sicherung der Leistungen und Wirkungen erfüllen. Es ist der vierte Waldentwicklungsplan im Kanton – nach Kerns, Lungern und Engelberg – der behördenverbindlichen Richtplancharakter hat.

Erfreuliches Staatsergebnis 2001

Die letztes Jahr eingetretene leichte Erholung der öffentlichen Finanzen im Kanton hat sich auch 2001 fortgesetzt. Die Laufende Rechnung schliesst bei Aufwendungen von 227,4 Millionen Franken erfreulicherweise mit einem Ertragsüberschuss von 1,6 Millionen Franken ab. Veranschlagt war ein Aufwandüberschuss (inklusive Nachtragskredite) von 2,9 Millionen Franken. Im Gleichschritt mit dem vorangegangenen wirtschaftlichen Aufschwung ist der

Steuerertrag um über 3 Prozent angestiegen. Dank der tieferen Verschuldung des Kantonshaushaltes sind die Passivzinsen gesunken. Auch die nachhaltigen Auswirkungen der verschiedenen Massnahmen der Verwaltungsreorganisation und Verzichtsplanung beziehungsweise Sparprogramme der letzten Jahre sind spürbar. Dank dieser günstigen Ausgangslage im Kanton konnten die wiederum massiv gestiegenen Kosten im Gesundheitsbereich (über 3 Millionen Franken Mehrbelastung) sowie bei den Hochschul- und Fachhochschulbeiträgen (1,7 Millionen Franken) finanziert und das erfreuliche Rechnungsergebnis erreicht werden.

Hohe Investitionen

Die Investitionsrechnung weist im gesamtschweizerischen Vergleich weiterhin sehr hohe Bruttoinvestitionen von 60,8 Millionen Franken (Voranschlag 66,5 Millionen Franken) oder rund 1'800 Franken pro Kopf der Bevölkerung aus. Damit kann der Kanton rund 25 Prozent seiner Gesamtausgaben von 265 Mio. Franken in zukunftsgerichtete Projekte investieren, doppelt soviel als der schweizerische Durchschnitt. Investiert wurde im letzten Jahr vor allem im Tiefbau (Bau der Nationalstrasse). Dank den hohen, sachbezogenen Einnahmen im Investitionsbereich fallen die Nettoinvestitionen mit 11,2 Millionen Franken (Voranschlag 12,0 Millionen Franken) aber verkraftbar aus.

Rückläufige Verschuldung

Wegen des positiven Ergebnisses der Laufenden Rechnung und der vorgenommenen Abschreibungen ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von 125 Prozent (ohne Darlehen) beziehungsweise 212 Prozent (samt Darlehen). Zum vierten Mal in Folge konnte der Kanton somit seine Nettoverschuldung abbauen, seit 1997 reduzierte sich diese um 9,3 auf nun 56,9 Mio. Franken (ohne Kantonsspital). In dieser Zeit wurden alle Investitionen selbst finanziert. Die durch eine Sondersteuer finanzierte Restschuld für das Kantonsspital beträgt noch 20,4 Millionen Franken. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Kantons betrug Ende 2001 noch 2'340 Franken.

Weiterer Abbau des Bilanzfehlbetrages

Auch der Bilanzfehlbetrag des Kantons, der Ende 1999 noch 7,4 Millionen Franken betrug, konnte nun innert zwei Jahren auf 1,9 Millionen Franken abgebaut werden.

Spielraum für Neuinvestitionen eingeschränkt

Die bereits beschlossenen Verpflichtungskredite haben sich um rund 6 Millionen Franken vermindert, betragen aber immer noch 24,2 Millionen Franken. Der grösste Teil davon betrifft Wildbachverbauungen, forstliche Projekte und den öffentlichen Verkehr (Luzern-Stans-Engelberg-Bahn). Diese Verpflichtungen engen zurzeit sowohl für zusätzliche Investitionen als auch für zusätzliche Ausgaben in der Laufenden Rechnung den Spielraum ein. Mittel- bis langfristig wird wieder ein grösserer finanzieller Handlungsspielraum erwartet. Der Kanton weist als interessanter Unternehmensstandort wie auch als beliebte Wohnregion ein Wachstumspotenzial auf, das sich künftig in höheren Steuereinnahmen widerspiegeln sollte. Mit dem neuen attraktiven Steuergesetz sind dafür günstige Voraussetzungen geschaffen worden.

KANTONSRAT



Unter dem Vorsitz von Kantonsratspräsident und Nationalrat Adrian Imfeld befasste sich der Kantonsrat im Amtsjahr 2000/2001 mit 79 Geschäften.

«Wichtig sind der Bevölkerung qualitativ gute öffentliche Leistungen zu einem fairen Preis und eine moderate Steuerbelastung, welche sich nicht hemmend auf die Leistungsbereitschaft auswirkt.»

Kantonsratspräsident Adrian Imfeld

Kantonsratsbüro

Die Geschäfte des Kantonsratsbüros wurden an acht Sitzungen erledigt. Über die Vorbereitung der Kantonsratssitzungen sowie die Kommissionswahlen hinaus hat sich das Kantonsratsbüro mit der Veröffentlichung der Kantonsratsprotokolle im Internet, vorderhand mit geschütztem Passwortzugriff befasst.

Mit zunehmender interkantonomer Zusammenarbeit war eine Regelung für die Abordnung von Vertretungen des

An acht Plenarsitzungen (Vorjahr acht) behandelte der Kantonsrat insgesamt 79 Geschäfte (Vorjahr 100) und zwar im Vergleich zu den Vorjahren:

Kantonsrat			
Geschäfte	1995/96	1999/00	2000/01
Wahlen	10	18	12
Gesetzgebung	18	32	23
Verwaltungsgeschäfte	41	35	36
Parlamentarische Vorstösse	8	15	8
Insgesamt	77	100	79

Kantonsrat

Kantonsratspräsidium im Amtsjahr 2001/2002: Adrian Imfeld, Sarnen

Zusammensetzung in der Amtsdauer 1998 bis 2002 nach Fraktionen:

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	25 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	13 Mitglieder
Christlichsoziale Partei (CSP)	10 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	7 Mitglieder



Einer der Höhepunkte im Amtsjahr 2000/2001: Der Besuch der «Obwaldner» LUGA am Behördentag.

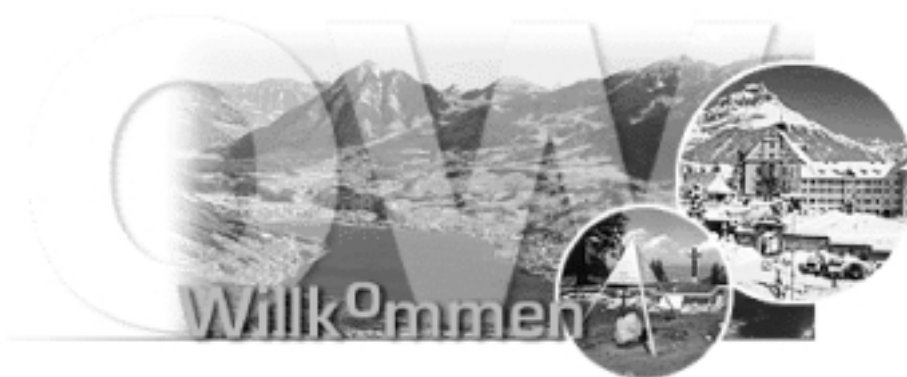
Kantonsrates in interkantonale Geschäftsprüfungskommissionen zu treffen. Diese Wahlbefugnis wurde inzwischen allgemein der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission übertragen. Sie kann auch Kantonsratsmitglieder ausserhalb der eigenen Kommission ernennen.

Im April 2001 hat das Kantonsratsbüro eine Reformdiskussion angeregt. Nach einer Umfrage bei den Fraktionen und beim Regierungsrat entstand daraus ein Postulat des

Kantonsratsbüros. Mit dem Postulat wird der Anstoss zu einer breiteren Parlamentsreform gegeben. Sie soll nach den Gesamterneuerungswahlen in der neuen Amtsperiode in Angriff genommen werden.

Übersicht parlamentarische Vorstösse

Amtsjahr	1995/96		1999/2000		2000/2001	
	eingereicht	hängig Ende 1996	eingereicht	hängig Ende 2000	eingereicht	hängig Ende 2001
Motionen	8	3	3	0	2	0
Postulate	2	10	5	11	3	13
Interpellationen	7	–	3	–	2	–
Kleine Anfragen	0	–	4	–	2	–
Insgesamt	9	13	15	11	9	13



Hier finden Sie weitere interessante Angaben über unseren Kanton: «www.ow.ch».

«Wir erfüllen die Leistungsaufträge aus der Sicht unserer Kunden. Wir unterstützen die Entwicklung der neuen Verwaltungsführung. Wir haben Teil am Gesamterfolg der Entwicklungsziele. Eine gute Kommunikation ist unsere Zukunftsverpflichtung.»

Übergeordnete Leitideen der Staatskanzlei zur Jahresplanung 2001

Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von acht (Vorjahr acht) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2000/2001, in welchem 79 Geschäfte behandelt worden sind und betreute das Kantonsratsbüro (siehe Bericht zum Kantonsrat).

Sekretariat Regierungsrat

Der Regierungsrat behandelte 2000/2001 an 43 Sitzungen 672 Geschäfte, davon unter anderen 23 (Vorjahr 38) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 37 (18) allgemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 23 (29) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 57 (57) Beschwerdeentscheide.

Empfänge

Der Stadtrat von Zürich unterstützte im Rahmen der Investitionshilfe im Inland im Jahr 2000 vier Projekte im Kanton Obwalden. Am 18. Juni besuchte eine Delegation des Stadtrates mit Stadtpräsident Josef Estermann und Stadtrat Elmar Ledergerber den Kanton, um sich über den Fortschritt beziehungsweise die Ausführung der Projekte berichten zu lassen.

Am 15. November empfing der Regierungsrat die österreichische Generalkonsulin, Dr. Bettina Kirnbauer,

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei (STK) umfasst

	Vollzeitstellen	
	Ende 1999	Ende 2000
Kanzleisekretariat, Regierung und Verwaltung	7.7	7.9
Rechtsdienst	3.1	3.0
Staatsarchiv	2.5	2.5
Finanzkontrolle	1.5	1.5

welche dem Kanton ihren Antrittsbesuch abstattete.

Am 24./25. Oktober stattete der Regierungsrat dem Kanton Aargau einen Besuch ab. Als Kantongeschenk wurde eine aus «Lotharholz» geschnitzte Bank mit Tisch für einen Ruhe- oder Rastplatz in einem Erholungsgebiet überbracht.

Anlässe

Der Kanton Obwalden war Gastkanton an der LUGA. Unter dem Motto «Hinter dem Mond» wurde Obwalden einmal aus einer anderen Sicht dargestellt und herausragende Leistungen unserer Volkswirtschaft und Kultur vermittelt. Am 27. April fand ein kantonaler Behördentag mit Gästen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Sport statt.

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrates und Kantonsrates, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus und stellt Pässe und Beglaubigungen aus.

Das Jahr 2001 in Zahlen

- Die Staatskanzlei hat im Amtsjahr 2000/2001 betreut:
 - 43 Regierungsratssitzungen an denen 672 Geschäfte behandelt wurden.
 - 8 Kantonsratssitzungen an denen 79 Geschäfte verabschiedet wurden.
- Das Regierungsratsprotokoll 2000/2001 umfasst 1753 Protokollseiten, das Kantonsratsprotokoll 318.
- Das Amtsblatt hatte eine beglaubigte Auflage von 8818 Exemplaren, 1504 Seiten mit amtlichen Veröffentlichungen und 2070 Seiten Inserate.
- Das Passbüro stellte 865 neue Pässe und 1884 Verlängerungen aus.
- Zur Information der Öffentlichkeit über Regierungsgeschäfte wurden 71 Medienmitteilungen veröffentlicht.
- Der Rechtsdienst bereitete 53 Rechtsmittelentscheide und Vernehmlassungen vor und erarbeitete oder überprüfte 23 Erlasse und interkantonale Vereinbarungen.
- An drei eidgenössischen und/oder kantonalen Abstimmungen stimmten durchschnittlich 76 Prozent der Stimmberechtigten brieflich ab.
- Es wurden 67 Dokumente beglaubigt und 121 Apostillen ausgefertigt.
- Von 230 historischen Urkunden des Staatsarchivs sind 175 konserviert und alterungsbeständig geschützt worden. Zur Sicherheit wurden 29 337 Filmaufnahmen von Protokollseiten des Regierungsratsprotokolls der Jahre 1988 bis 1994 und des Kantonsratsprotokolls der Jahre 1850 bis 1968 angefertigt.



Landammann Dr. Josef Nigg und Landstatthalter Hans Hofer pflegen mit der neuen österreichischen Generalkonsulin Dr. Bettina Kirnbauer den Gedankenaustausch über die unmittelbaren Beziehungen zwischen Obwalden und der Republik Österreich auf Verwaltungs- und Wirtschaftsebene.

Obwalden ist in...

«Ich ‚obwalte‘ der Pflicht gerne, einmal in Luzern sprechen zu dürfen: Obwaldnerinnen und Obwaldner gehen des Öfters ‚uf Luzärn uisä‘. Das heisst also: Obwalden ist innen, Luzern ist aussen. Als Förderer des Frühenglisch wissen wir zu übersetzen: Obwalden ist in, Luzern ist out. Die Luzerner sehen das auch so. Für sie liegt Obwalden ‚i de Ländere inne‘. Wir nehmen auch für uns in Anspruch, ganz sicher den geographischen Mittelpunkt der Schweiz zu bilden».

Aus der Festansprache von Landammann Hans Hofer am offiziellen Obwaldner Tag an der LUGA 2001.



Kantonsdokumentation auf besondere Art: Von Schülerinnen und Schülern geschaffene Lampions wiesen an der LUGA auf die vielfältige Produkte- und Dienstleistungspalette Obwaldens hin.

Information und Kantonsdokumentation

Die Staatskanzlei dokumentierte die Arbeit des Regierungsrates in 71 Medienmitteilungen auf 170 Seiten. Darin wurde über mehr als 200 Themen umfassend informiert. Hinzu kommen 13 Medienmitteilungen unter dem Zusammenarbeits-Logo über 14 Gegenstände der gemeinsamen Arbeit der Regierungen der Kantone Obwalden und Nidwalden. Rund dreissig akkreditierte Medien – Agenturen, Zeitungen, Radios, Fernsehstationen und Korrespondenten – empfangen die Informationen per E-Mail und Internet. Telefax und Post kamen nur noch in seltenen Ausnahmefällen zum Zuge – die moderne Informationstechnologie hat in der Staatskanzlei definitiv Einzug gehalten. Der persönliche Kontakt mit den

Medienschaffenden wurde trotzdem intensiv gepflegt, an Medienkonferenzen und an der alljährlich im November stattfindenden Zusammenkunft des Regierungsrates mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der akkreditierten Medien.

Internet für alle – Extranet für den Kantonsrat

Der Inhalt von www.obwalden.ch wurde laufend erweitert und aktualisiert. Neu wurde die vom Rechtsdienst erarbeitete elektronische Gesetzesdatenbank aufgeschaltet, ergänzt durch die Möglichkeit, auch erst später in Kraft tretende oder noch der Volksabstimmung unterliegende Erlasse aufzufinden. Vor den kantonalen Abstimmungen vom 10. Juni und 2. Dezember 2001 wurden erstmals die Abstimmungszeitungen

zum Herunterladen bereitgestellt, eine Dienstleistung, von der vor allem ausserhalb des Kantons lebende Obwaldnerinnen und Obwaldner Gebrauch machten.

Deutlich zunehmend nutzen Schülerinnen und Schüler aus der ganzen deutschen Schweiz bei der Vorbereitung ihrer Vorträge und Aufsätze das Internetangebot und melden über dieses Medium ihre Wünsche nach zusätzlichem Informationsmaterial an.

Der Kantonsrat hat mit einem Extranet ein modernes, praktisches Arbeitsmittel erhalten. Nach Eingabe eines Passwortes finden die Ratsmitglieder alle für die nächste Sitzung notwendigen Unterlagen, sämtliche Änderungsanträge des Regierungsrates und der Kommissionen, dazu Hintergrundinformationen und weiterführende Links. Zudem stehen ihnen die bislang elektronisch erfassten Sitzungsprotokolle seit 1996 zum Lesen oder Herunterladen zur Verfügung.

Im Hintergrund laufen Vorarbeiten für die Zeit, in welcher der vom Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen entwickelte «Guichet virtuel» Wirklichkeit wird.

Das Amtsblatt

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	Beglaubigte Auflage	Amtlicher Teil Seitenzahl	Anzeigen Seitenzahl	Anzeigen Inseratezahl	davon ofa bzw. Publicitas
1996	8987	1575	3067	9555	2643
2000	8787	1484	2584	6747	1853
2001	8818	1504	2070	5811	1795

Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist auch zuständig für kantonale Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

Wahlen und Abstimmungen

Stille Wahl in den Nationalrat

Auf Grund des Rücktritts von Adalbert Durrer als Nationalrat auf das Ende der Herbstsession der Eidgenössischen Räte war das Mitglied des Nationalrates des Kantons Obwalden neu zu wählen. In stiller Wahl wurde Adrian Imfeld, 1954, lic. oec. HSG/dipl. Wirtschaftsprüfer, Sarnen, mit Wirkung ab der ausserordentlichen Session vom 16. November 2001 gewählt.

Briefliche Stimmabgabe

Der Trend zur brieflichen Stimmabgabe stieg von 37 Prozent im Jahr 1996 auf 47 Prozent im Jahr 1997 und 57 Prozent am 29. November 1998. Im Jahr 1999 waren es durchschnittlich 62 Prozent, im Jahr 2000 durchschnittlich 69 Prozent, und im Jahr 2001 durchschnittlich 76 Prozent, die brieflich stimmten.

Initiativen und Referenden

Volksbegehren

Der Hauseigentümerverband Obwalden reichte im Mai 2001 das kantonale Volksbegehren (Initiative) «für steuerbegünstigtes Bausparen» mit 584 gültigen Unterschriften ein. Im Dezember 2001 stellte der Regierungsrat die Rechtswidrigkeit des Begehrens fest und gab den Initianten Gelegenheit zur Stellungnahme. Daraufhin zog das Initiativkomitee das Volksbegehren zurück.

Im Januar 2001 nahm der Regierungsrat zum Volksbegehren «zur

Eidgenössische Volksabstimmungen

	Ja	Nein	Stimmbeteiligung in %
<i>4. März 2001</i>			
Volksinitiative «Ja zu Europa»	1 448	11 485	59
Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise»	3 437	9 399	59
Volksinitiative «für mehr Sicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»	1 896	11 066	59
<i>10. Juni 2001</i>			
Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Bewaffnung)	5 174	5 789	50
Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Ausbildungszusammenarbeit)	4 991	5 933	50
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Genehmigungspflicht für die Errichtung von Bistümern	6 902	3 645	50
<i>2. Dezember 2001</i>			
Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse	8 329	1 183	44
Volksinitiative «für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»	1 597	7 954	44
Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»	1 470	8 198	44
Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)»	1 481	8 083	44
Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer»	2 351	7 197	44

Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (Familien-Initiative) Stellung und beantragte dem Kantonsrat die Ablehnung des Begehrens. Er stellte als Alternative zum Volksbegehren ein den kantonalen Gegebenheiten angepasstes Massnahmenpaket in Aussicht. In der Folge beschloss der Kantonsrat, das Volksbegehren der Volksabstimmung vom 10. Juni 2001 mit dem Antrag auf Ablehnung zu unterbreiten. Das Initiativkomitee zog das Volksbegehren zurück.

Staatsarchiv

Das Staatsarchiv als «111»

Das Staatsarchiv ist nach Meinung vieler sozusagen die Auskunftsnnummer 111. Arbeitsintensive historische Anfragen wechselten ab mit Auskünften und Hinweisen per Telefon und E-Mail – mehr als 1000. Die Spannweite der Anfragen umfasste beispielsweise Familienwappen, Familienforschungen, Amtszeiten von Regierungs-, Kantonsräten und Richtern sowie Obwaldner Politik und Politiker früherer Jahrhunderte. Weitere Anfragen betrafen im vergangenen Amtsjahr Obwaldner Kriegszüge (Hugenottenkriege), Künstler und

Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, erschliesst und sichert das archivarische Kulturgut des Kantons und führt eine zentrale Amtsdrukschriftensammlung zur Benutzung durch die kantonalen Behörden und die Verwaltung, die Forschung und die interessierte Öffentlichkeit. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum zugänglich.

Handwerker des Engelberger Klosterneubaus (18. Jahrhundert), Wasserzeichen in Obwaldner Dokumenten des 15. Jahrhundert, Beziehungen Russlands mit Obwalden, Handelsverkehr über den Griespass, Auswanderung nach Amerika im frühen 20. Jahrhundert, Obwaldner Standesscheiben, Disposition der Chororgel in der Pfarrkirche Sarnen, Obwaldner Verfassungen, früheste Bruderklausenbiographie von Heinrich Wölflin, Obwaldner Zinngiesser, lokale Katastrophen, Weinbau in Obwalden, Oekologie des Wichelsees, Fischereirechte, aber auch in Fragen über den Obwaldner Dialekt sowie über Familien- und Flurnamen wurde öfters im Archiv um Rat gefragt.

Das Staatsarchiv lieferte auch Materialien für Publikationen zu folgenden Themen: Obwaldner Geschichte des 19. Jahrhunderts, Schützengeschichte, Verkehrsgeschichte, Tessiner Drucker im 18. Jahrhundert, Hexenprozesse, Reichsinsignien, Filmgeschichte, Obwaldner Dialekt, Auswanderung, Holzbau, Erdbeben im 18. Jahrhundert, Forstgeschichte, Polizeigeschichte, Handel und Gewerbe.

Ein Filmschaffender sichtet die Akten der letzten zivilrechtlichen Hinrichtung (1940, Vollenweider).

Nur inventarisierte Akten sind benutzbar

2001 wurden unter anderem folgende umfangreiche Ablieferungen inventarisiert: Militärakten der Zeit von 1869 bis 1973, Steuerakten aus Kerns (1875 bis 1951) sowie Baugesuche der Gemeinden (1965 bis 1971). Aus früheren Ablieferungen

Kantonale Volksabstimmungen

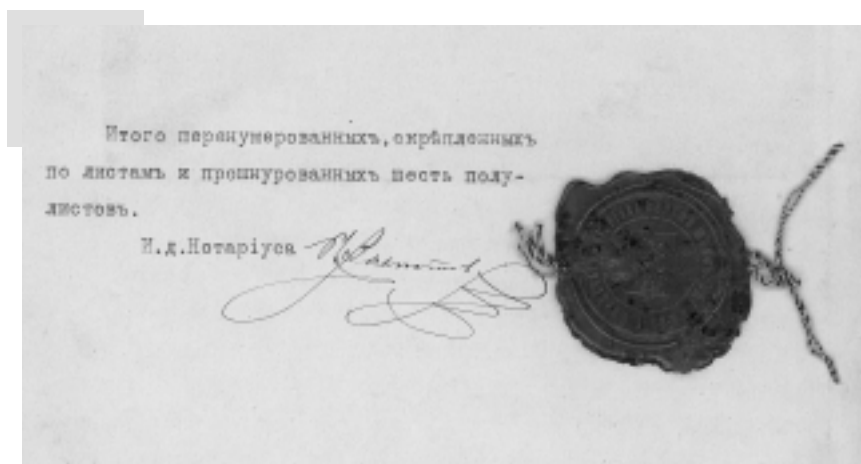
	Ja	Nein	Stimmbeteiligung in %
<i>10. Juni 2001</i>			
Verfassungsinitiative «Reduktion des Regierungsrates von 7 auf 5»	5 651	5 048	49
Gesetz über die Schiffssteuer	7 833	2 539	49
<i>2. Dezember 2001</i>			
Gesetz über den Wasserbau und die Wassernutzung (Wasserbaugesetz)	5 723	3 306	43
Gesetz über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzpaket)	6 923	2 104	43
Nachtrag zur Kantonsverfassung über die Staatsleitungsreform zur Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder	6 460	2 797	43
Nachtrag zur Kantonsverfassung über die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung für Regierungsmitglieder	4 894	4 339	43

der Gerichte wurden die Gerichtsakten der Zeit von 1900 bis 1941 bearbeitet. Es wurden auch erhebliche Lücken festgestellt, so etwa in den Akten der Mordprozesse Enz und Vollenweider (letzte Todesstrafen).

Archivführungen – ein wichtiger Baustein zum geschichtlichen Verständnis

Im letzten Jahr wurden über 20 Turmführungen durchgeführt, namentlich Führungen für die Schulen und eine Führung anlässlich des Besuches des Glarner Landratsbüros

im September. Exklusiver Besuch: Aus dem US-Bundesstaat Minnesota kam eine Gruppe von Universitätsstudenten und – studentinnen zur Besichtigung des Weissen Buches und anderer Dokumente zur Entstehungsgeschichte der Eidgenossenschaft. Aus dem Dankesbrief: «Für die Studentinnen und Studenten war die Möglichkeit aus erster Hand die Dokumente zu sehen und alles so klar und persönlich erklärt zu bekommen, ein wichtiger Baustein in ihrem geschichtlichen Verständnis. Alle haben lange nachher darüber gesprochen und sich in ihren schriftlichen Arbeiten dazu geäußert».



Eine Kostbarkeit aus dem Staatsarchiv: Das Urteil des Kammergerichts Tiflis von 1902 zu einem Rechtsstreit von Fürst Dadian von Mingrelien gegen Josef Durrer-Bucher.

Positives Echo auf Kantonsgeschichte

Die im November 2000 erschiene-
ne Kantonsgeschichte hatte in der
schweizerischen Presse durch-
wegs positive Stimmen. Dabei
wird immer wieder die gute Les-
barkeit sowie die exemplarische
Auswahl der Themen hervorgeho-
ben. So schrieb der Berner «Bund»
vom 8. September 2001: Die Ob-
waldner Geschichte «legt das
Schwergewicht nicht auf die Grün-
dungszeit und die heroische
Epoche der Eidgenossenschaft im
Mittelalter, sondern versucht eher,
wichtige Begriffe der historischen
Entwicklung zu erläutern und ihr
Funktionieren zu schildern. So
stellt der Autor den Halbkanton in
einen grösseren Rahmen und
entgeht der Ueberschätzung des
Heimischen, der die Lokalge-
schichte sonst oft verfällt».

Die neue Obwaldner Geschichte
wurde – auf Anfrage hin – auch am
schweizerischen Historiker- und
Historikerinnen-Tag 2001 in Liestal
vorgestellt. Das Thema der Ta-
gung lautete: Regionalgeschichte
– eine Zwischenbilanz.

Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fach-
lich selbstständige und unabhän-
gige Instanz den staatlichen Finanz-
haushalt nach anerkannten Revisi-
onsgrundsätzen. Sie unterstützt
den Kantonsrat bei seiner Ober-
aufsicht über Verwaltung und Ge-
richte und den Regierungsrat bei
der Dienstaufsicht über die Ver-
waltung. Sie führt das Sekretariat
der Geschäfts- und Rechnungs-
prüfungskommission.

Aus der Prüfungstätigkeit

Aufsicht über Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen

Im Rahmen der Aufsicht über Bau,
Unterhalt und Betrieb der National-
strassen hat die Finanzkontrolle vor
allem mitschreitende Prüfungen der
Zahlungsanweisungen vorgenom-

Einwohner- gemeinde	Negativer Selbstfinanzierungsanteil	Bilanzfehlbetrag in Prozent der Steuerkraft
Sarnen	–	50
Lungern	–	67

men. Weitere Kontrollen bezogen
sich auf die Betriebsabrechnung für
den betrieblichen Unterhalt und die
Jahresabrechnung der Bundesbei-
träge für Leistungen der Schaden-
wehr. Die Jahresabrechnung der Per-
sonal- und Verwaltungskosten für
den Bau und den baulichen Unterhalt
wurde durch die Finanzkontrolle er-
stellt.

Gemeindefinanzen

Finanzlage der Obwaldner Gemein- den 2000 im Engpass

Die Finanzstatistik und der Bericht
über die Entwicklung der Gemeindefin-
anzen 2000 in Obwalden machten
deutlich, dass nach den massgeben-
den Kriterien nur die Gemeinde
Sachseln eine gute Finanzlage aus-
wies. Die übrigen Gemeinden erfüll-
ten mindestens eines der massge-
benden Kriterien für die Beurteilung
der Finanzlage nicht:

- Selbstfinanzierungsanteil unter
15 Prozent: Sarnen, Kägiswil,

Kerns, Giswil, Lungern und En-
gelberg

- Ungedeckte Schuld über 200
Prozent der Steuerkraft: Kägiswil,
Ramersberg, Giswil, Lungern und
Engelberg
- Zinsbelastungsanteil über vier
Prozent: Schwendi, Kägiswil, Ra-
mersberg, Alpnach, Giswil und
Engelberg
- Bilanzfehlbetrag: Sarnen, Dorf-
schaftsgemeinde, Ramersberg,
Alpnach, Giswil, Lungern und
Engelberg

Auf Grund dieser Kriterien sind Mass-
nahmen im Finanzhaushalt jener Ge-
meinden notwendig, welche entwe-
der einen negativen Selbstfinanzi-
erungsanteil oder einen Bilanzfehl-
betrag von mehr als $\frac{1}{3}$ der Steuer-
kraft aufweisen.

Das Finanzdepartement forderte die
Gemeinden Sarnen und Lungern zur
Stellungnahme über Massnahmen im
Finanzhaushalt auf.



Das Wasser als Spiegel des Lebens und der Landschaft – ein wahres Natur-Kunstwerk

FINANZDEPARTEMENT



Finanzdirektor Anton Röthlin und Informatikleiter Oskar Zumstein in den neuen Räumlichkeiten des Informatikleistungszentrums Obwalden und Nidwalden, der ersten gemeinsam realisierten Dienstleistungseinrichtung beider Kantone.

«Das Vertrauen des Volkes wird einem nicht geschenkt, sondern muss erarbeitet werden. Eine vernünftige Haushaltspolitik ist ein Weg dazu.»

Regierungsrat Anton Röthlin, Vorsteher des Finanzdepartementes

Personal-Weiterbildung wird zentralschweizerisch

Inskünftig wird die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltungen Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri und Zug gemäss Beschluss der Zentralschweizer Regierungskonferenz zentral organisiert. Die Fachstelle wird in Luzern eingerichtet, das Kurs- und Seminarangebot dezentral durchgeführt. Das gemeinsame Angebot wird ab Frühling 2002 schrittweise lanciert und sekundär auch den Mitarbeitenden der übrigen Zentralschweizer Gemeinwesen sowie Nonprofit-Organisationen offen stehen.

Umfrage zur Arbeitszufriedenheit

Im Jahre 2001 wurde zwecks Standortbestimmung in der Verwaltungskultur eine Mitarbeiterumfrage durchgeführt um die Befindlichkeit der Mitarbeitenden nach verschiedenen grossen, nachhaltigen Veränderungsprojekten zu ergründen. Aus der Analyse der gegenwärtigen Arbeitszufriedenheit sollen Erkenntnisse für das zukünftige Handeln gewonnen werden. Die Befragung wurde mit externer Unterstützung anonym durchgeführt und ausgewertet. 76 Prozent der Befragten füllten den Fragebogen aus. Insgesamt waren 58 Einzelfragen in zehn Themenblöcken zu beantworten. Die durchschnittliche Gesamtzufriedenheit beträgt auf einer 6-er-Skala 4,5 – also gut bis genügend –, eine im Vergleich mit anderen Unternehmungen «übliche Bewertung», wie es die mit der Durchführung beauftragte Markt- und Meinungsforschungsfirma bezeichnete.

Finanzdepartement

Das Finanzdepartement (FD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2000	Ende 2001
Personalamt/Departementssekretariat	3.0	3.0
Finanzverwaltung	6.0	8.4
Amt für Informatik	4.0	4.0
Kantonale Steuerverwaltung	16.5	31.2

Personalamt/Departementssekretariat

Das Personalamt ist die allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen der Staatsverwaltung. Departementsintern übernimmt es zudem die Planungs- und Koordinationsaufgaben des Departementssekretariates.

Das **Personalamt** erarbeitet zuhanden der Departemente und des Regierungsrates fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und bei deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Das dem Personalamt administrativ zugeordnete **Departementssekretariat** als Stabsstelle plant, koordiniert und überwacht die Geschäftsabwicklung des Departementes nach innen und aussen. Es erledigt Spezialaufgaben von Kommissionen und bearbeitet die Personalversicherungen der kantonalen Verwaltung.

Voranschlag 2002 im Rahmen der Vorjahre

Der Entwurf des Staatsvoranschlags 2002 wurde zusammen mit der Jahresplanung im Sinne einer integrierten Ziel-, Aufgaben- und Ressourcenplanung für das Jahr 2002 präsentiert. In der Jahresplanung 2001 wurden das Regierungspro-

gramm und der Finanzplan 1999 bis 2002 konkretisiert. Dank höherem Kantonssteuerertrag und auch durch die Auswirkungen der auf 35 Punkte gesunkenen Finanzkraft des Kantons konnte ein Defizit der Laufenden Rechnung von 2,3 Millionen Franken präsentiert werden. Das Defizit bewegte sich im Rahmen der Vorjahre und konnte, vor allem in Anbetracht der massiv gestiegenen Gesundheitskosten und des ausgewiesenen Selbstfinanzierungsgrades von über 90 Prozent, als gut betrachtet werden.

Erfolgreiche Kantonalisierung des Steuerbezuges

Ab 1. Januar 2001 wurde neben der Steuerveranlagung auch der Steuerbezug von den Gemeinden übernommen. Bis zum letzten Jahr hatten die Gemeinden jeweils die Kantonssteuern dem Kanton bevorschusst. Mit der Zentralisierung des Steuerbezuges nimmt nun der Kanton die

Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet Finanzplan und Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie. Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen und der Fonds. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ihr unterstellt sind das Inkasso der Direkten Bundessteuer, die Material- sowie die Telefonzentrale.

Das Jahr 2001 in Zahlen

- 17 Lehrlinge absolvierten beim Kanton eine Ausbildung: je vier als Kaufleute im ersten, zweiten und dritten Lehrjahr. Eine Bürolehrtöchter startete in ihrem ersten Lehrjahr. Zudem wurden je zwei Informatiker und Betriebspraktiker ausgebildet.
- 44 der total 483 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung feierten ein Dienstjubiläum, wovon drei das 35-jährige, zwei das 25-jährige und acht das 20-jährige.
- Bei insgesamt 30 Mitarbeitenden musste auf Grund von Änderungen im Anforderungsprofil ihrer Stelle eine Funktionsneubewertung vorgenommen werden.
- Die Fluktuationsrate betrug im letzten Jahr 7,66 Prozent (Vorjahr: 6,81 Prozent). In den insgesamt 37 Austritten sind 11 zum Teil vorzeitige Pensionierungen und ein Todesfall eingerechnet.
- Der Personalaufwand der gesamten Verwaltung betrug Ende 2001 (Behörden, kantonale Schulen und Gerichte inbegriffen) 22 Prozent vom Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung.
- Bis Ende Jahr hat die Steuerverwaltung rund 78 % der Steuererklärungen 2001A auf ausserordentliche Einkommen und ausserordentliche Aufwendungen überprüft.
- Mit der Zentralisierung des Steuerbezuges wurden 21,275 Millionen Franken (Jahr 2000 und frühere) an offenen Steuerdebitoren (Kantons- und Gemeindesteuern) übernommen.
- Für den Bezug der Steuern mussten 116'332,60 Franken an Betreuungskosten aufgewendet werden.
- Die Investitions- und Betriebshilfekredite in der Landwirtschaft beliefen sich Ende 2001 auf 25'719 Millionen Franken.

Inkassofunktion für die Gemeinden wahr. Es erfolgt aber keine Bevorschussung der Steuerausstände, das heisst der Kanton überweist den Gemeinwesen nur die tatsächlich vereinnahmten Steuern. Per 1. Januar 2001 betrug der Steuerausstand bezogen auf alle Gemeinden insgesamt 21'275 Millionen Franken, der Steuerausstand der Kantonssteuern 32 Prozent oder 6'816 Millionen Franken.

Erst ab Februar konnte mit dem eigentlichen Bezug der Steuern begonnen werden. Die Gemeinden hatten sehr unterschiedlich straffe Steuerbezüge geführt. Viele sogenannte «schwere» Inkassofälle wurden im Zusammenhang mit der Zentralisierung auf den 1. Januar 2001 dem Kanton zum Bezug übergeben.

Tresorerie – tiefe langfristige Zinsen

Der durchschnittliche Zinssatz für die vom Kanton aufgenommenen Schuldscheindarlehen konnte dank einer umsichtigen Tresorerie und den wieder leicht rückläufigen Zinsen unter 4 Prozent gehalten werden. Durch die sehr guten Selbstfinanzierungsgrade der Jahre 2000 und 2001 konnten rund 13 Millionen Franken an Schuldscheinen zurückbezahlt und die langfristige Verschuldung abgebaut werden. Entsprechend deutlich unterschritten die Passivzinsen den budgetierten Voranschlagsbetrag. Durch die erfolgte ausserordentliche Abgeltung der Obwaldner Kantonalbank (für die eingetretene Verwässerung des Kapitals bei der Ausgabe von Partizipations-scheinen) hatte der Kanton 2001 auch vermehrt liquide Mittel, die kurzfristig angelegt werden konnten, sodass auch die Zinserträge deutlich über dem Voranschlag lagen.

Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden

Auf Grund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens des Jahres 2000 war beschlossen worden, den Zeitplan für die Einführung des ersten Paketes auf den 1. Januar 2002 zu verschieben. Der Schwerpunkt hat sich in der ersten Hälfte 2001 somit auf das erste Aufgabenteilungspaket (Finanzpaket) gerichtet. Dieses erste Paket wurde an der kantonalen Abstimmung vom 2. Dezember 2001

vom Volk mit einer grossen Mehrheit von über 76 Prozent der Stimmenden angenommen.

In der zweiten Hälfte des Jahres hat sich die Projektsteuerung, das paritätisch aus Gemeinde- und Kantonsvertretern zusammengesetzte Steuerungsorgan, mit dem Teilbereich der Aufgabenteilung und Finanzierung im Volksschulbereich befasst. Auf der Grundlage des Berichts der vom Regierungsrat eingesetzten Arbeitsgruppe wurde zuhanden des Regierungsrates ein entsprechender Antrag auf Einführung eines neuen, bedarfsabhängigen Finanzausgleiches in der Volksschule verabschiedet.

Grundlagenarbeiten in weiteren Bereichen (Soziales, Bevölkerungsschutz, öffentlicher Verkehr, Finanzausgleichsgesetz) liegen vor; auf ein zweites Gesamtpaket wird zu Gunsten von bereichsweisen Gesetzesanpassungen verzichtet.

Neuer Finanzausgleich des Bundes

Im Berichtsjahr wurde vom Bundesrat die Botschaft zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen verabschiedet (NFA). Jedoch wurde vorher vom Steuerungskomitee kurzfristig die Berechnung des topographischen Lastenausgleiches geändert. Neu kommen nicht mehr nur die acht Bergkantone in den Genuss dieses Ausgleiches. Der Ausgleich wurde in «geografisch-topografischer Lastenausgleich» umbenannt und neu erhalten 18 Kantone Beiträge aus diesem Ausgleich. Das Finanzdepartement Obwalden hat im Namen der Alpenkantone vehement beim Steuerungsausschuss des NFA dagegen protestiert, jedoch ohne Erfolg.

Amt für Informatik

Das Amt für Informatik stellt eine zweckmässige und wirtschaftliche Gesamtplanung und Koordination nach den Vorgaben des Regierungsrates sicher. Es ist für die Informatikbasisstrukturen verantwortlich und erbringt Informatikdienstleistungen für die Departemente und Amtsstellen, das Kantonsspital, die Gerichte sowie die Obwaldner Gemeinden. Als geschäftsführende Stelle ist das Amt für Informatik für die operative Führung des Rechenzentrums und dem LIS/GIS Betrieb Obwalden sowie dem kantonalen Kommunikationsnetz verantwortlich. Die Dienstleistungen des Amtes für Informatik erstrecken sich von der Planung und Bearbeitung von Projektaufträgen, dem Erstellen von Konzepten und Analysen, über die Programmierung von Kleinanwendungen, dem Betrieb des Rechenzentrums sowie dem LIS/GIS Betrieb Obwalden, bis zur Endbenutzerschulung und -betreuung.

Informatikleistungszentrum der Kantone Obwalden und Nidwalden

Im März 2001 präsentierte das Projektteam «Informatikstrategie Obwalden und Nidwalden» den Bericht zur zukünftigen Informatikausrichtung der beiden Kantone. Darauf basierend fällten die Regierungen von Obwalden und Nidwalden den Strategieentscheid zu Gunsten der selbstständig öffentlich-rechtlichen Anstalt «Informatikleistungszentrum Obwalden und Nidwalden ILZ» und entschieden sich für den Standort Sarnen.

Ende November 2001 wurde die interkantonale Vereinbarung zur Errichtung des Informatikleistungszentrums Obwalden und Nidwalden vom Kantonsrat Obwalden und vom Landrat Nidwalden verabschiedet. Die Vereinbarung ist auf den 1. Januar 2002 in Kraft getreten.

Das ILZ wird ab Mitte Jahr 2002 oder spätestens ab 1. Januar 2003 seinen produktiven Betrieb an der Güterstrasse 3 in Sarnen aufnehmen.

Rechenzentrum Obwalden

Die 1996 eingeführte EDV-Lösung, welche in der kantonalen Verwaltung Obwalden sowie in allen Gemeindeverwaltungen eingesetzt ist, muss abgelöst werden. Vor dem gleichen Problem stehen die kantonale Verwaltung Nidwalden und fünf Nidwaldner Gemeinden.

Die beiden kantonalen Verwaltungen sowie alle betroffenen Gemeinden von Obwalden und Nidwalden haben sich Ende 2000 organisiert und die Evaluation der neuen Lösung gemeinsam gestartet.

Die neue Rechenzentrums (RZ)-Lösung wird im Jahr 2002 eingeführt und kann ab dem 1. Januar 2003 produktiv bei den kantonalen Verwaltungen und den angeschlossenen Gemeinden von Obwalden und Nidwalden eingesetzt werden. Der Betrieb wird vom ILZ übernommen.

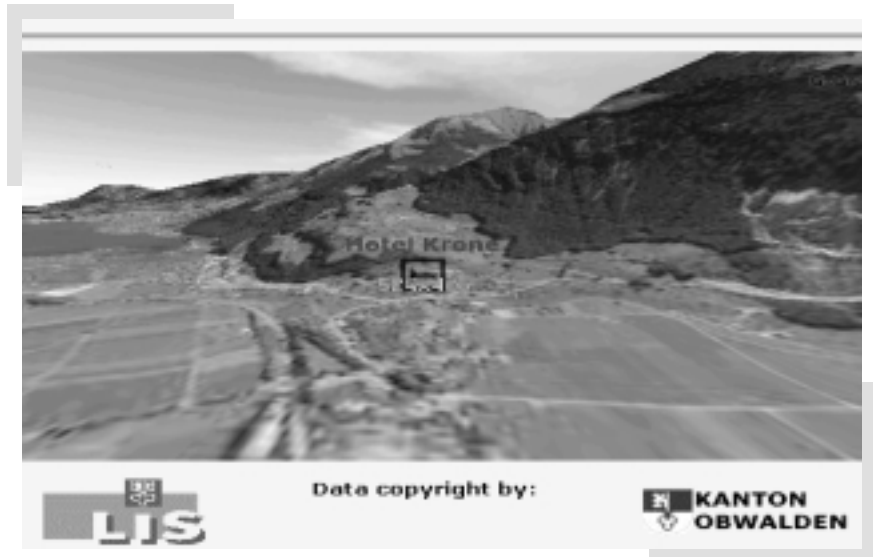
Neben den bestehenden RZ-Gemeinden von Obwalden und Nidwalden haben sich bereits zwei weitere Gemeinden von Nidwalden entschlossen, dem RZ-Verbund beizutreten. Es ist die Absicht des Regierungsrates von Nidwalden, weitere Gemeinden zu gewinnen, so dass in einigen Jahren, ebenso wie in Obwalden, alle Gemeinden am RZ angeschlossen sind.

Erste kommerzielle 3D-Geodatensvisualisierung

Die Kantone Obwalden und Nidwalden verfügen über qualitativ hochstehende Orthofotos. Seit 1999 können sie über Internet im 2D-Format betrachtet werden. Der kommerzielle Nutzen dieser wertvollen Informationen ist jedoch eher bescheiden.

Durch die rechnerische Verbindung der 2D-Orthofotos mit dem digitalen Höhenmodell entstehen 3D-Szenen, welche realitätsnahe Darstellungen ermöglichen. Diese Technik kann bereits dynamisch über Browser und somit internetfähig angewandt werden.

Das Informatikleistungszentrum ILZ hat zusammen mit einer spezialisierten Muttenzer Firma und einer Spin-Off Firma der Abteilung Vermessung der Fachhochschule beider Basel den Betrieb der 3D-Szenen über Obwalden und Nidwalden aufgenommen. Das Produkt ist zusammen mit



3D-Geodatensvisualisierung – realitätsnahe Darstellung.

der LIS AG, Nidwalden, am 5. Dezember 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt worden, zu finden unter: www.obwalden-3d.ch.

Den Obwaldner und Nidwaldner KMU, dem Tourismus sowie dem Gastgewerbe steht damit eine breit anwendbare Werbepattform zur Verfügung. Die Vermarktung der Dienstleistung wird über die LIS AG, Nidwalden, abgewickelt.

Erneuerungsbedarf bei Netzwerken und Clientsystemen

In der kantonalen Verwaltung Obwalden sind über 380 Personalcomputer und über 25 File- und Applikationsserver im Einsatz.

Die Personalcomputer werden in einem Rhythmus von fünf Jahren erneuert. Je nach Anforderungen und Bedürfnissen werden sie jedoch wesentlich länger betrieben. Trotzdem ergibt sich daraus eine jährliche Umschlagsmenge von 60 bis 80 Personalcomputern, die ausgewechselt werden müssen.

Umgesetzte Informatikprojekte

Kantonale Steuerverwaltung

Das Wertschriftenkontrollsystem der eidgenössischen Steuerverwaltung wurde in Betrieb genommen.

Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt

Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt wurde eine neue elektronische Archivierungslösung eingeführt. Damit können Fahr- und Fahrzeugausweise elektronisch eingelesen, indexiert und abgelegt werden. Sie

stehen danach interaktiv für Nachforschungen und Kontrollen zur Verfügung.

Staatskanzlei

In der Staatskanzlei Obwalden wurde zusammen mit der Staatskanzlei Nidwalden eine umfassende Geschäftskontroll-, Dokumentenverwaltungs- und Registratursoftware eingeführt.

Das System kann beliebig erweitert werden, sodass längerfristig alle Amtsstellen daran angeschlossen werden können.

Rechtsdienst

Der Rechtsdienst hat zusammen mit der Staatskanzlei sowie den Gemeinden eine elektronische Abstimmungslösung eingeführt.

Damit können die Abstimmungsergebnisse in den Stimmbüros einfach erfasst und plausibilisiert werden. Sie stehen danach unmittelbar zur Veröffentlichung über Internet, Fax und in gedruckter Form zur Verfügung.

Steuerverwaltung

Die kantonale Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie ist zuständig für die Veranlagung von Einkommens- und Vermögenssteuer von unselbstständig Erwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, selbstständig Erwerbenden und Landwirten, der Gewinn und Kapitalsteuer von juristischen Personen, sowie der Grundstückgewinnsteuern, Handänderungssteuern, Erbschafts- und Schenkungssteuern, Quellensteuern von natürlichen und juristischen Personen. Nebst der Kantons- und Gemeindesteuer werden auch die direkten Bundessteuern veranlagt. Im weiteren kontrolliert die kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung ist ihr angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen etc. bei der Kantonalen Steuerverwaltung an.

Neues Steuergesetz

Auf den 1. Januar 2001 trat das revidierte kantonale Steuergesetz in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Steuerharmonisierung umgesetzt. Gleichzeitig wurde auch ein Wechsel des Bemessungssystems vollzogen, von der Vergangenheitsbemessung zur Gegenwartsbemessung mit jährlicher Erfassung. Die Steuererklärung ist nun nicht mehr nur noch alle zwei Jahre, sondern jedes Jahr einzureichen.

Kantonalisierung der Steuerverwaltung

Auf den 1. Januar 2001 erfolgte die Zentralisierung der Steuerverwaltungen. Die Gemeindesteuerverwaltungen wurden aufgehoben und in die kantonale Steuerverwaltung integriert. Diese Umstellung brachte etliche personelle und organisatorische Probleme. Die Schwierigkeiten konnten jedoch behoben und die Zentralisierung erfolgreich umgesetzt werden.

Veranlagungsstand

Per 31. 12. 2001 bestehen folgende pendente Veranlagungen:

Veranlagungsstand natürlicher Personen

Steuerperiode	1995/96	1997/98	1999/2000	2001A ¹⁾
Unselbstständig-/ Selbstständig- Erwerbende, Sekundärsteuerpflichtige, Landwirte	115	167	1410	
Offene Überprüfungen der Steuererklärung 2001A ¹⁾				4800
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	99.5%	99.3%	94.3%	78%

¹⁾ Die Steuererklärungen 2001A dienen der Erhebung der ausserordentlichen Einkünfte und der ausserordentlichen Aufwendungen in den Bemessungslückenjahren 1999 und 2000. Aufgrund dieser Überprüfung mussten bis Ende Jahr rund 3700 Revisionen der Steuerperiode 1999/2000 infolge ausserordentlichen Aufwendungen (a.o. Liegenschaftsunterhaltungskosten, Krankheitskosten, Weiterbildungskosten) vorgenommen werden. In rund 1000 Fällen erfolgte

eine Veranlagung von ausserordentlichen Einkünften (wie Überstundenauszahlungen, a.o. Dividendenzahlungen, unterlassenen Abschreibungen etc.).

Der Hauptteil der offenen Veranlagungen der Steuerjahre 1995–2000 bezieht sich auf ausserkantonale (sekundäre) Steuerpflichtige, bei denen die Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons abgewartet werden muss.

Veranlagungsstand juristischer Personen

Steuerjahre	1997	1998	1999	2000
Aktiengesellschaften, GmbH, Vereine, Genossenschaften	16	47	223	966
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	98.9%	97%	85.7%	38%

Veranlagungsstand Sondersteuern

Steuerart	Hand- änderungs- steuer	Grundstück- gewinn- steuer	Erbschafts- Schenkungs- steuer	Nach- und Strafsteuer
Anzahl angefallene Fälle 2001	985	822	368	35
Unerledigte Fälle per Ende 2001	42	155	105	9

Mit der Quellensteuer wurden 1871 Fälle im Jahr 2001 erfasst und abgerechnet.

Pendente Einsprachen

Per 31. Dezember 2001 waren insgesamt 38 Einsprachen (beinhaltend alle Steuerarten) unerledigt.

Prämienverbilligung

Folgende Statistik gibt Auskunft über die verarbeitete Menge: (rechte Spalte)

Der Anstieg der Gesuche ist darauf zurückzuführen, dass die Berechtigten vermehrt ihr Recht auf Prämienverbilligungs-Bezug wahrnehmen.

Alle eingereichten Anmeldungen und Einsprachen, wie auch sämtliche Auszahlungen sind per 31. Dezember 2001 definitiv erledigt worden.

Steuerrekurskommission

Kantons- und Gemeindesteuern

Im Jahre 2001 entschied die Steuerrekurskommission bei den Kantons- und Gemeindesteuern sowie Militärpflichtersatz 45 (Vorjahr: 42) Fälle. Davon wurden 22 Fälle abgewiesen, sechs teilweise und drei vollständig gutgeheissen. Sechs Fälle konnten abgeschrieben werden. Auf der Pendenzenliste befanden sich Ende 2001 noch acht (Vorjahr: 17) Rekurse und Gesuche um gerichtliche Beurteilung.

Direkte Bundessteuer

Im Jahre 2001 wurden 8 (Vorjahr: 6) Fälle entschieden. Davon wurden fünf Beschwerden abgewiesen, ein Fall wurde teilweise gutgeheissen und zwei Fälle konnten abgeschrieben werden. Auf der Pendenzenliste befanden sich Ende 2001 fünf (Vorjahr: 4) Beschwerden.

Prämienverbilligung 2001 und Vorjahr

	Anträge (Stück)	Anzahl Personen	Auszahlung Franken
Total Gesuche 2001 (Total Gesuche 2000)	8'861 (8'414)	17'802 (16'977)	
Abweisung	1'068 (856)	1'459 (1'238)	
Anspruch berechtigt	7'793 (7'558)	16'343 (15'739)	12'062'616 (11'403'728)



Wasser in zweierlei Formen –
fliessend und tragend zugleich

JUSTIZ- UND SICHERHEITS- DEPARTEMENT



Landammann Dr. Josef Nigg, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, verabschiedet anlässlich der Entlassungsinspektion im Dezember die altgedienten Wehrmänner.

«Unsere Gesellschaft ruft nach mehr Sicherheit – wir strengen uns an, sie zu gewährleisten.»

Landammann Dr. Josef Nigg, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes

nen. Die Pendenzen im Konkurswesen konnten noch nicht im gewünschten Mass reduziert werden. Bereits in ihrem zweiten Geschäftsjahr schrieb die Abteilung Betreuung und Konkurs schwarze Zahlen. Der Ertragsüberschuss beträgt rund 30'000 Franken.

Amtsleitung/ Departementssekretariat

Schwarze Zahlen bei der Abteilung Betreuung und Konkurs

Die Organisation der erst seit 1. Januar 2000 zentralisiert geführten Abteilung Betreuung und Konkurs konnte konsolidiert und verbessert werden. Auffallend war im Jahr 2001 eine erhebliche Zunahme der ausgestellten Zahlungsbefehle, der Begehren auf Grundpfandverwertung sowie der Liquidationseröffnungen über ausgeschlagene Verlassenschaften. Ebenfalls war ein Anstieg der Konkursöffnungen zu verzeich-

Gleichstellungsarbeit nach 2002

Eine Projektgruppe, welche sich aus Vertreterinnen des Kantons Obwalden und des Kantons Nidwalden zusammensetzte und vom Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes Obwalden, Landammann Dr. Josef Nigg, präsiert wurde, befasste sich mit der Frage, ob und wie nach Ablauf der einschlägigen kantonsrätlichen Verordnung des Kantons Obwalden die Arbeit der Gleichstellungskommission weitergeführt werden soll. Nach Prüfung verschiedener Varianten sprach sich die Gruppe für eine von beiden Kantonen gemeinsam betriebene Fach-

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2000	Ende 2001
Justizverwaltung	8.8	8.55
Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz	6.0	6.0
Verhöramt/Staatsanwaltschaft/ Jugend-anwaltschaft	5.4	5.4
Kantonspolizei	60.3	60.05

stelle mit einer interkantonalen Kommission aus. Es wurde eine Vereinbarung über die Gleichstellung von Frau und Mann für die Kantone Obwalden und Nidwalden ausgearbeitet, welche von den Regierungen beider Kantone gutgeheissen wurde. Im Frühjahr 2002 soll die Vereinbarung dem Kantonsrat Obwalden sowie dem Landrat Nidwalden vorgelegt werden.

Gemeinnützige Arbeit im Strafvollzug gut angelaufen

Von der seit 1. September 2000 eingeführten alternativen Strafvollzugsform der gemeinnützigen Arbeit (GA) profitierten im Jahr 2001 insgesamt zehn Personen. Sie leisteten fast 1'000 Stunden GA anstelle der Verbüsung von 237 Tagen Haft oder Gefängnis. In drei Fällen musste die GA wegen Problemen mit dem Arbeitgeber abgebrochen und der ordentliche Strafvollzug verfügt werden.

Justizverwaltung

Das Amt für Justiz ist insbesondere zuständig für folgende Aufgabenbereiche: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen sowie die Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

Zwei Drittel Strassenverkehrsdelikte

Von den im Jahre 2001 eingegangenen 2742 Fällen betrafen rund zwei Drittel Delikte im Strassenverkehr, bei 420 Fällen ging es um Widerhandlungen gegen das Strafgesetzbuch und die restlichen rund 500 Fälle betrafen Widerhandlungen gegen die übrige Nebenstrafgesetzgebung wie beispielsweise Betäubungsmittel-, Umweltschutz-, Jagd-, oder Tierschutzgesetz.

Zahlreiche Führerausweisentzüge

Gemäss Statistik des Bundesamtes für Strassen mussten im Kanton Obwalden im Administrativmassnahmeverfahren nach Strassenverkehrsgesetz im Jahre 2001 wegen Verkehrsregelverletzungen 228 Führerausweise entzogen werden. Im Jahre 2000 waren es 218 Führerausweisentzüge. 74 Autofahrer hatten sich wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand zu verantworten (Vorjahr 69). Acht Personen musste der Führerausweis wegen nicht gegebener Fahreignung auf unbestimmte Zeit entzogen werden (6). Überdies wurden 339 Verwarnungen ausgesprochen.

Viel Arbeit für den Verhörer für Wirtschaftsdelikte

Zusätzlich zu drei selbstständigen Verfahrenseröffnungen – unter anderem infolge direkter Anzeigerstattung – ist dem Verhörer für Wirtschaftsdelikte im Herbst des Berichtsjahres ein weiterer Untersuchungskomplex aus dem Kanton Obwalden übertragen worden. Diesen Eingängen stehen im Berichtsjahr drei Erledigungen gegenüber. Für die Bearbeitung von Fällen aus dem Kanton Obwalden setzte der Verhörer für Wirtschaftsdelikte seit

Das Jahr 2001 in Zahlen

- Das Verhöramt erledigte 2'506 Strafuntersuchungsfälle.
- Die Kantonspolizei hatte 5'966 Journaleinträge zu bewältigen.
- Ende 2001 betrug der Fahrzeugbestand 25'064, das bedeutet einen Zuwachs von 773 Fahrzeugen in einem Jahr.
- Die Abteilung Betreibung und Konkurs hatte 5'492 Zahlungsbefehle auszustellen.

1996 durchschnittlich rund ein Drittel seines Gesamtaufwandes ein. Im Berichtsjahr fiel der für Obwalden geleistete Aufwand erstmals unter den Richtwert von einem Viertel.

Verhöramt

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Bussen und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten), verfügt die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Verfahrenseinstellungen bedürfen der Genehmigung durch den Staatsanwalt. Gegen Strafbefehle betreffend Vergehen und Verbrechen kann der Staatsanwalt Einsprache erklären. Das Verhöramt ist ausserdem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnung und Führerausweisentzüge). Im weiteren obliegt dem Verhöramt die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden sowie die Aufsicht über die Haftlokaltäten und die Behandlung der Untersuchungsgefangenen.

Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz

Das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz umfasst die Abteilungen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Die Abteilung Militär ist für die Personalbewirtschaftung der kantonalen Truppen zuständig. Sie überwacht die Inspektions-, die Schiess- und die Dienstleistungspflicht der zugewiesenen Einheiten. Sie führt das Wehrpflichtersatzabgabewesen und erfüllt zudem die Aufgaben der kantonalen Zeughausverwaltung, d.h. insbesondere die Beschaffung der Rekrutenausrüstung. Die Abteilung Zivilschutz vollzieht die Zivilschutzmassnahmen auf Kantonsstufe. Sie informiert und klärt die Bevölkerung über Gefahren und Schutzmöglichkeiten bei Kriegs- und Katastrophenfällen und in anderen Notlagen auf. Sie ist für eine gute Ausbildung nach Vorgabe des Bundesamtes für Zivilschutz verantwortlich. Die Abteilung Feuerwehr koordiniert und überwacht die Feuerwehren, sorgt für eine gründliche Ausbildung der Spezialisten und der Kader, sowie auf Stufe Kanton für die Materialbeschaffung bezüglich Brandbekämpfung, Oel- und Chemiewehr und Strahlenschutz. Sie überwacht den Kaminfegerdienst.

Abteilung Militär

25 Prozent wollten WK verschieben

Das Geb Füs Bat 47 und die Rttg Kp III/28 leisteten im Berichtsjahr ihren WK. Dabei zeigte sich einmal mehr, wie schwierig die Koordination der privaten und beruflichen Interessen mit den Bedürfnissen der Armee ist. Obwohl die WK-Termine keine Verschiebung erfahren haben und somit ein Jahr im Voraus bekannt waren, reichten etwa 25% der WK-Pflichtigen ein Dienstverschiebungsgesuch ein.

Aushebung 2001

Zur Aushebung einberufen wurden Schweizerbürger mit Jahrgang 1982; diejenigen mit Jahrgang 1959 wur-



Ausgezeichnete sportliche Leistungen an der Aushebung 2000: Roger Burch, 3. Rang (412 Punkte), Philipp Seiler, 1. Rang (437 Punkte), Bernhard Baumgartner, Pilot, Bernhard Gurtner, 2. Rang (428 Punkte), Militärdirektor Dr. Josef Nigg (von links nach rechts).

den an der Entlassungsfeier verabschiedet. An der Aushebung im Frühjahr 2001 figurieren die Obwaldner bei der Sportprüfung 2001 mit 299.9 Punkten gesamtschweizerisch im 5. Rang. Der Militärdirektor gratulierte den Erstrangierten der Sportprüfung zu ihrer sehr guten Leistung und überreichte ihnen das Siegergeschenk, nämlich einen Alpenrundflug.

6.6% der Schiesspflichtigen mussten «diszipliniert» werden

Auf Grund der kantonalen sowie der zugewiesenen Einheiten überwachte die Abteilung Militär die ausserdienstliche Schiesspflicht von 2507 Schiesspflichtigen. Zur Erfüllung der ausserdienstlichen Schiesspflicht wird seit dem 1. Januar 1999 jedem schiesspflichtigen Angehörigen der Armee jährlich ein Aufforderungsformular zugestellt. Trotz dieser Massnahme mussten im Jahre 2001 erneut 166 Disziplinarstrafen (Vorjahr 179) wegen Nichterfüllen der ausserdienstlichen Schiesspflicht verfügt werden.

Zivilschutz

Wiederholungskurse und «Lothar»-Einsätze: Über 4600 Dienstage

In den Wiederholungskursen leisteten die Zivilschutzorganisationen aller sieben Gemeinden umfangreiche Aufräum- und Instandstellungsarbeiten.

Die Koordination dieser Einsätze erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald und Landschaft, den Forstbetrieben und dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz. Auch dieses Jahr wurde der Kanton Obwalden durch Zivilschutzorganisationen aus den Kantonen Basel-Stadt, Zürich, Aargau und Luzern unterstützt. Den Hauptanteil leistete Basel-Stadt mit 2'575 Diensttagen. Insgesamt wurden 4'688 Dienstage für Aufräum- und Instandstellungsarbeiten geleistet. Für die umfangreichen Lothareinsätze wurden von der Armee Fahrzeuge kostenlos zur Verfügung gestellt.



Rettungsdienstkader-Weiterbildungskurs: Einsatz einer Behelfsseilbahn.

Feuerwehr

Offiziers- und Gruppenführerkurse zusammengelegt

Ein Schwergewicht bildete der Kadernkurs vom März, dessen Teilnehmer sich aus Vertretern aller Gemeinden und der Betriebsfeuerwehr Sarnafil International AG zusammensetzten. Es wurden 22 Gruppenführer und 15 Offiziere ausgebildet. Durch das Zusammenlegen von Offiziers- und Gruppenführerkursen konnten bei den Theorielektionen sowie den angewandten Übungen stufengerecht Synergien genutzt werden. Weitere Kurse wie Offiziers-, Atemschutz- und Elektroweiterbildungskurse, Kurse für mechanische Anhängelern sowie Kommandanten- und Instruktorberichte standen auf dem Jahresprogramm.

Gesamtverteidigung/ Sicherheitskooperation

Neu: Kantonale Sicherheitskoordination

Auf Stufe Bund wurde die ehemalige Zentralstelle für Gesamtverteidigung durch die «Nationale Sicherheitskooperation» (NSK) abgelöst. In der Folge wurde auf kantonaler Ebene der Begriff «Kantonale Sicherheitskoordination» (KSK) eingeführt.

Neue Teilnehmervermittlungs- anlage in der kombinierten Schutzanlage Obwalden/ Nidwalden

Bei den letzten Gesamtverteidigungsübungen sind erhebliche Mängel der Kommunikationseinrichtungen sowohl innerhalb der kombinierten Schutzanlage als auch nach aussen zu den Verwaltungsstandorten zu Tage getreten. Der Regierungsrat stimmte dem Ersatz der alten Teilnehmervermittlungsanlage, der universellen Gebäudeverkabelung für die EDV-Anwendung in der kombinierten Schutzanlage Obwalden/Nidwalden sowie der EDV- und Telefonievernetzung beider Kantone zu. Die Installationen und Anpassungen im Rechenzentrum Sarnen sind bereits abgeschlossen. Die Endinstallation in der kombinierten Schutzanlage wird im ersten Quartal 2002 vorgenommen. Damit wird erreicht, dass die Notfallkommunikation und die koordinierte Notstands-Führung bei Langzeiteinsätzen und Gesamtverteidigungsübungen weiterhin sichergestellt sind.

Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet Hilfe an die Bevölkerung und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet.

Kommandoabteilung

Immer mehr Polizeieinsätze

Seit 1989 ist die Obwaldner Wohnbevölkerung um über 15 Prozent und der Fahrzeugbestand um 38 Prozent gewachsen. Ein Anstieg lässt sich ebenfalls beim Tagestourismus verzeichnen. Diese Veränderungen führten bei der Polizei im Laufe der Jahre zu einer immer höheren Arbeitsbelastung, was sich in einer entsprechenden Zunahme der Meldungen auf der Einsatzzentrale zeigt. Die Polizei wird häufiger gerufen und muss entsprechend öfter ausrücken. Es wurden mehr Verkehrskontrollen notwendig, zugenommen haben auch die Unfalleinsätze. Der Mehraufwand der Polizei verlangt eine Ausschöpfung des Höchstbestandes, der bereits im Jahr 1989 vom Kantonsrat auf 50 Polizistinnen und Polizisten festgelegt wurde.

Kriminalpolizei

Mehr Strafanzeigen

Gegenüber dem Vorjahr sind die Strafanzeigen um 385 auf insgesamt 3'363 angestiegen. Massgebender Faktor für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist vor allem die Einbruchskriminalität, welche bei einer Zunahme von 15 Anzeigen allerdings nur leicht angestiegen ist. Massive Einbruchdiebstähle, hinter denen international organisierte Banden zu vermuten sind, blieben im Kanton Obwalden mehrheitlich aus. Erfreulicherweise war erstmals seit Jahren im ganzen Kanton kein einzi-

ger Raubüberfall zu verzeichnen. Eine leichte Zunahme der Straftaten ist hingegen im Bereich Leib und Leben festzustellen, namentlich die Zahl der Tötlichkeiten nahm zu.

Tötungsserie eines Krankenpflegers

Herausragendster Kriminalfall bildete die im Sommer bekannt gewordene Tötungsserie, die ein Pfleger in den Jahren 1995–2000 in Sarnen begangen hatte. Die betreffenden Ermittlungen unter der Verfahrensleitung des Amtsstatthalteramtes Luzern beschäftigten mehrere Kripo-Sachbearbeiter über Wochen intensiv.

Im September 2001 fand in der Reithalle in Sarnen ein internationales Skinhead-Konzert statt, an dem rund 700 Personen – einige Hundert aus Deutschland – teilgenommen hatten. Die Polizei erhielt erst am Durchführungstag Kenntnis von diesem Anlass. Dank beachtlichem Polizeieinsatz mit interkantonaler Unterstützung ging die Veranstaltung ohne nennenswerte Störung der Sicherheit und Ordnung über die Bühne.

Mittels DNA-Datenbank gelang es der Polizei, in den bislang ungeklärten Überfällen auf die Raiffeisenbanken in Alpnach vom November 1999 und Giswil vom September 2000 eine konkrete Täterspur aufzunehmen. Die Täter sind verhaftet, die Ermittlungen dauern an. Im Zusammenhang mit dem Amoklauf in Zug und dem Brandfall im Gotthardtunnel kamen diverse Spezialisten der Obwaldner Kriminalpolizei im Rahmen der zentralschweizerischen Polizeikonkordate zu Sondereinsätzen.

Verkehrs- und Sicherheitspolizei

Schwerverkehr: Mehr Kontrollen – weniger Übertretungen

Die Verlagerung des schweren Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene ist eines der vordringlichsten Ziele der schweizerischen Verkehrspolitik. Das Verlagerungsgesetz sieht verschiedene flankierende Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels vor, insbesondere die Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen.

Mit dem Bundesamt für Strassen wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen: Die Kantonspolizei

ist verpflichtet, mindestens 1'000 Kontrollstunden mehr als in den Vorjahren zu leisten. Die Chauffeure nahmen die vermehrten Kontrollen unterschiedlich auf. Die einen erachteten sie als Schikanen, die anderen werten sie als Hilfsmittel gegen den immer grösseren Druck seitens der Arbeitgeber. Die Zahl der Übertretungen hat im Verlauf des Jahres stetig abgenommen.

Strassenverkehr und Schifffahrt

Strassenverkehrs- und Schifffahrtsämter Obwalden und Nidwalden werden zusammengelegt

Im Dezember 2001 verabschiedete der Steuerausschuss Obwalden/Nidwalden das seit rund drei Jahren bearbeitete Projekt der Zusammenlegung der beiden Strassenverkehrs- und Schifffahrtsämter zu einem neuen Verkehrssicherheitszentrum (VSZ) Obwalden/Nidwalden. Die einschlägige interkantonale Vereinbarung, welche die Gründung einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt beinhaltet sowie der Globalkredit sind von beiden Regierungen zuhanden der Parlamente verabschiedet worden.



Lastwagen werden deutlich häufiger kontrolliert. Dazu gehört auch die Gewichtskontrolle auf der mobilen Waage.

Schiffssteuer

Das Stimmvolk nahm am 10. Juni 2001 das Gesetz über die Einführung einer Schiffssteuer an. Das am 1. Juli 2001 in Kraft getretene Gesetz schafft die bisherige Standplatzgebühr ab. Somit erheben nun alle Anliegerkantone des Vierwaldstättersees einheitlich eine Schiffssteuer.

Der Steuerbezug im zweiten Halbjahr ergab Einnahmen von etwa 146'000 Franken. Dadurch sind die gesamten

Aufwendungen des Kantons für die Schifffahrt gedeckt.

Ende 2000 waren auf den Obwaldner Seen 1'281 Schiffe zugelassen; 456 auf dem Alpnachersee, 481 auf dem Sarnersee, 188 auf dem Lungernersee und 12 Schiffe auf dem Melchsee. 81 Schiffe liegen auf einem Domizilplatz. Die Schiffsinspektoren wiesen 32 Einsatztage aus, an denen sie 239 Schiffe technisch prüften und 42 praktische Schiffsführerprüfungen abnahmen.



Das Wasser – Lebensraum für Wassertiere und -pflanzen, Arbeitsplatz für Fischer, Erholungsraum, Verkehrsweg, Reservoir für den Wasserkreislauf.



Regierungsrätin Maria Kuchler-Flury mit Stadtpräsident Josef Estermann und Stadtrat Elmar Ledergerber beim Besuch von Projekten, welche die Stadt Zürich unterstützt hat.

«Kluge Netzwerke und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik im Kanton wie in der Region sichern Obwalden als Wirtschaftsstandort zukunftssträchtige Aussichten.»

Regierungsrätin Maria Kuchler-Flury, Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartementes

Wirtschaft verlangt eine flexible Verwaltung

Im Rückblick auf die ablaufende Amtsperiode ist augenfällig, wie kurzfristig Fragen angegangen und gelöst werden müssen. Die Wirtschaft verlangt eine flexible Verwaltung. Diesem Anspruch wurde soweit als möglich nachgelebt. Der Grundsatz der Abstützung auf Rechtsgrundlagen erschwerte manchmal Abläufe, war jedoch für eine rechtsgleiche Behandlung zwingend notwendig. Die mit dem Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik verankerte Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen als

One-Stop-Shop bewährte sich. Die Anliegen von Betrieben wurden im Rahmen der regelmässig stattfindenden Betriebsbesuche aufgenommen und besprochen.

Hinter dem Mond – Obwalden an der LUGA 2001

Zehn Tage prägte ein gewaltiges Mondgesicht, entworfen von einer Primarschülerin, die LUGA-Ausstellung auf der Luzerner Allmend. Mit einem witzigen, selbstironischen und frechen Auftritt wurde einer breiten Bevölkerung die Vielfalt Obwaldens gezeigt. Industrie und Gewerbe, Tourismus, Landwirtschaft, Kultur und Sport führten den Besucherinnen und Besuchern die zahlreichen Facetten des Kantons vor Augen. Von Schülern geschaffene Lampions rückten die Region ins richtige Licht und schafften einen stimmigen Einstieg in das Rundzelt. Dort standen dank des Zusammengehens der jeweiligen Branchen nicht Einzelbetriebe, sondern herausragende Leistungen im

Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2000	Ende 2001
Volkswirtschaftsamt/ Departementssekretariat	4.8	5.3
Amt für Arbeit	7.8	7.8
Landwirtschaftsamt	10.0	8.9



Hinter dem Mond – so lautete das viel beachtete Signet des LUGA-Auftritts

Rampenlicht. Eindrücklich war der Kantonaltag. Mit Gästen aus der ganzen Schweiz, eingeladen von den Mitgliedern des Kantons- und des Regierungsrates, ergaben sich spannende Begegnungen. Das Ziel wurde erreicht, man sprach von Obwalden und wurde aufmerksam, dass sich hinter dem Lopper einiges bewegt.

Wirtschaftsförderung als Netzwerk

Die gemeinsame Werbung im Ausland durch die Standortpromotion Zentralschweiz SPZ wurde um fünf Jahre verlängert. Es ist eine bewährte Zusammenarbeit der fünf Kantone

(ohne Zug) mit gleichberechtigter Beteiligung der Wirtschaft, die durch die Handelskammer koordiniert wird. Mit einer erfolgsorientierten Beteiligung der Träger soll mehr Handlungsspielraum gewonnen werden. Die Kantone leisten Zusatzbeiträge für neu geschaffene Arbeitsplätze. Von den Besitzern von Grundstücken und Gebäuden werden Vermittlungsprovisionen eingefordert. Mikro- und Nanotechnologie sollen als Cluster besonders gefördert werden. Gezielt werden Unternehmungen in diesen Bereichen gesucht. Jürgen Mayer, Vorsitzender der Geschäftsleitung der maxon motor ag, wurde zum Botschafter der SPZ des Jahres 2000 ernannt.

Dass Mikro- und Nanotechnologie zu einem wichtigen Aushängeschild für die ganze Zentralschweiz wird, ist in erster Linie der MCCA AG (Micro Center Central-Switzerland) zu danken. Auf Initiative der Wirtschaft wurde durch eine gemeinsame Finanzierung der Wirtschaft und der öffentlichen Hand ein Forschungs- und Entwicklungsinstitut in Alpnach errichtet. Bereits arbeiten 23 Personen an verschiedensten Projekten der Mikrorobotik, Mikrooptik und Mikroelektronik.



Regierungsrätin Maria Küchler-Flury überreicht dem CEO der maxon motor ag, Jürgen Mayer, die Auszeichnung zum Botschafter des Jahres 2000 der Standortpromotion Zentralschweiz.

Das Jahr 2001 in Zahlen

- 115'000 Besucherinnen und Besucher der LUGA hatten Gelegenheit, Obwalden aus einer attraktiven Sicht von «Hinter dem Mond» kennen zu lernen.
- 554 Wohnungen wurden seit 1975 auf der Grundlage des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes durch den Bund unterstützt. 204 davon erhielten seit 1993 Zusatzbeiträge von Kanton und Gemeinden.
- Auf Grund der provisorischen Ergebnisse der Volkszählung 2000 leben in Obwalden 32'840 Einwohnerinnen und Einwohner. Obwalden zählt mit einem Zuwachs von 11,9 Prozent zu den seit 1990 am stärksten wachsenden Kantonen.
- Lediglich zwei Betriebe mussten wegen Kurzarbeit Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen.
- In Obwalden leben Menschen aus 72 Nationen.

Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Wirtschaft und nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung wahr. Es behandelt als Koordinationsstelle die Investitionshilfe für Berggebiete, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Europa-Fragen und solche der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirtschaftsamt wird das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht wahrgenommen. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung und die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten aus. Es ist die statistische Anlaufstelle, vollzieht die wirtschaftliche Landesversorgung und koordiniert als Departementssekretariat die Geschäfte des Departements.

Submission als neue Herausforderung

Die Anwendung des Submissionsgesetzes bei den kantonalen Stellen und Gemeinden muss sich noch einspielen. An einer Einführungsveranstaltung konnten erste Fragen beantwortet werden. In der täglichen Umsetzung ist die Notwendigkeit zur Anwendung nicht immer präsent. Die bevorstehende Anpassung des Gesetzes wegen des Beitritts zur überarbeiteten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen gibt Gelegenheit, die Erfahrungen einzubringen. Durch den Beitritt zum Verein SIMAP, der eine Internetplattform für alle öffentlichen Ausschreibungen von 22 Kantonen und dem Bund betreiben wird, lässt sich die Transparenz wesentlich verstärken.

Im Rahmen der Inlandhilfe unterstützte der Stadtrat Zürich vier Projekte in Obwalden. Anlässlich des Besuchs von Stadtpräsident Josef Estermann und Stadtrat Elmar Ledergerber im Juni 2001 wurden die Erschliessung und Wasserfassung für die Alpen Ebnet und Müllerenschwand, Sachseln, ein Waldprojekt in Giswil und das Integralprojekt Güpfi in Lungern vorgestellt. Diese Projekte wurden an der darauf folgenden Medienkonferenz in Zürich erläutert und die Leistungen der Stadt in den vergangenen 30 Jahren aus der Sicht von Obwalden gewürdigt.

Aus für die Wohnbau- und Eigentumsförderung

Das Bundesamt für Wohnungswesen hat im Berichtsjahr letztmals an sechs Gesuche Bundeshilfe (WEG)

Anzahl geförderter Wohnungen mit Bundes-, Kantons- und Gemeindehilfe (WEG und WS)

Jahr	Wohnungen WEG	Wohnungen mit Kant.-Hilfe	Wohnungen WS	Wohnungen Insgesamt
1991	45		26	71
1992	35		29	64
1993	74	45	30	104
1994	66	57	24	90
1995	47	35	21	68
1996	59	38	14	73
1997	24	20	13	37
1998	14	5	4	18
1999	10	1	5	15
2000	11	2	6	17
2001	6	1	14	20
Insgesamt	391	204	186	577

WEG = Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz

WS = Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

zugesichert. Ab 1. Januar 2002 steht vom Bund kein Zusicherungskredit mehr zur Verfügung.

Seit dem Bestehen des WEG (1975) wurden durch den Bund im Kanton Obwalden 554 Wohnungen (Miet-, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser) gefördert. Gestützt auf das kantonale Anschlussgesetz (1993) werden mit Zusatzleistungen 204 Wohnungen für Bevölkerungskreise in bescheidenen finanziellen Verhältnissen mit nicht rückzahlbaren Beiträgen unterstützt.

Der Entwurf zu einem neuen Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum liegt vor. Die allgemeine Förderung des Wohnungsbaus soll dabei durch die gezielte Unterstützung finanziell schwächerer Personen und Familien abge-

löst werden. Das Inkrafttreten ist im Laufe des Jahres 2003 vorgesehen.

Tourismus im ständigen Umbruch

Durch eine Gesetzesänderung konnte die Mitfinanzierung der neu geschaffenen Destinationen Vierwaldstättersee und Engelberg-Titlis erreicht werden. Bewusst wurde die Anpassung nur auf Finanzierungsfragen beschränkt, um in Abstimmung mit den umliegenden Kantonen möglichst eine Harmonisierung der gesetzlichen Grundlagen herbeiführen zu können. Zentralschweiz Tourismus soll aufgelöst werden. Die bisher wahrgenommenen Aufgaben im Bereich des Service Public für die ganze Region werden mit einer Leistungsvereinbarung auf das Leistungszentrum Zentralschweiz der Luzern Tourismus AG übertragen, andere Aufgaben werden von den Destinationen Vierwaldstättersee Tourismus und Engelberg-Titlis Tourismus übernommen.

Gründung der Stiftung «Academia Engelberg»

Die sechs Zentralschweizer Kantone gründeten zusammen mit der Wirtschaft die Stiftung «Academia Engelberg». Sie wird im Herbst 2002 eine erste Konferenz zum Thema «From Global Inequity Towards a Human World» durchführen. Nach sorgfältigen Abklärungen mit Wissenschaftlern und Beratern an einem Workshop in Engelberg kam man zum Schluss, dass für eine solche Konferenz ein Bedürfnis besteht.

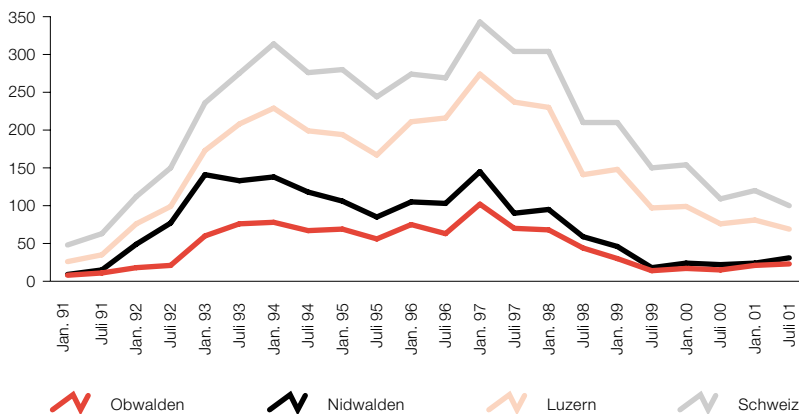


Internationale Wirtschaftskontakte: Empfang einer Wirtschaftsdelegation aus der Provinz Tianjin, China, im Rathaus.

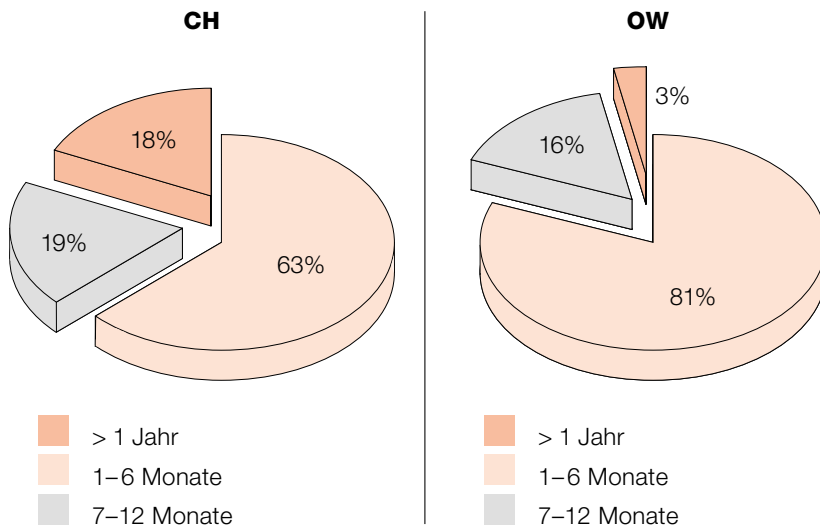
Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es ist zuständig für den Vollzug der Ausländer- und Asylgesetzgebung. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preiskontrolle wird überwacht. Für das Markt-, Wander- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung, das Campieren, für öffentliche Sammlungen und Lotterien, für den Viehhandel und an Handelsreisende werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt.

Arbeitslosigkeit Januar 1991 bis Dezember 2001



Dauer der Arbeitslosigkeit im Dezember 2000

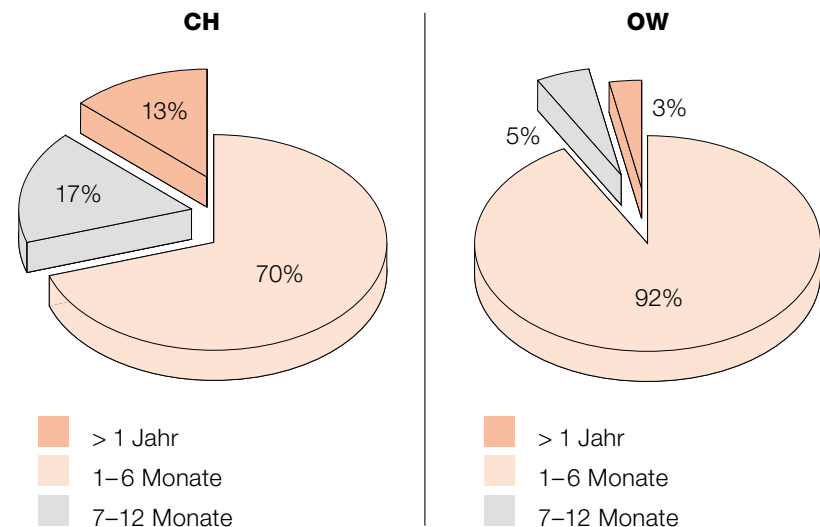


Arbeitslosenversicherung

Durchgezogene wirtschaftliche Entwicklung

Bis in den Herbst des Jahres war die Wirtschaftssituation im Kanton Obwalden wie im Jahr zuvor gut. Auch hervorgerufen durch die tragischen Ereignisse vom 11. September 2001 und danach nahm die Zahl der stellensuchenden Personen aus dem Kanton Obwalden, welche die Vermittlungs- und Beratungsdienste des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums OW/NW in Anspruch nehmen mussten, in ungewöhnlich starkem Ausmass zu. Die Arbeitslosenquote stieg bis Ende Jahr auf 1,1 Prozent. Im Jahresdurchschnitt betrug sie 0,6 Prozent.

Dauer der Arbeitslosigkeit im Dezember 2001



Technische Inspektorate

Arbeits- und Ruhezeit

Für Arbeitszeitbewilligungen mit einer Zeitdauer bis zu drei Monaten ist der Kanton zuständig. Länger dauernde Bewilligungen werden auf Grund der neuen Zuständigkeiten vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) erteilt.

Arbeitszeitbewilligung	1996	2000	2001
Sonntagsarbeit	12	11	17
Nachtarbeit	6	10	4
2-Schicht	1	2	0
3-Schicht	3	1	1
Überzeit	2	0	0
Schnupperlehren	6	0	0
Total Arbeitszeitbewilligungen	30	24	22

Da die Sonntagsarbeitszeit im revidierten Arbeitsgesetz neu definiert wurde (Samstag 23 Uhr bis Montag 6 Uhr) waren vermehrt Sonntagsarbeitsbewilligungen zu erteilen. Andererseits sind die Zwei-Schichtbewilligungen weggefallen, da neu die Arbeitszeit zwischen 6 und 23 Uhr bewilligungsfrei ist gegenüber der bisherigen Tagesarbeit 6 bis 20 Uhr).

Offene Läden an Sonntagen im Advent

Damit die Einzelhandelsgeschäfte in der Vorweihnachtszeit ihren traditionellen Sonntagsverkauf durchführen konnten, wurde den Gemeinden eine Globalbewilligung für zwei Sonntage erteilt.

Unfallversicherungsgesetz (UVG)

Weniger Beanstandungen als durchschnittlich in der Schweiz

Schwerpunkt war vom Mai 1999 bis September 2002 die von der Eidgenössischen Kommission für Arbeitssicherheit angeordnete Aktion «Sicherheit und Gesundheitsschutz im Verkauf». Dabei wurden folgende Betriebsbesuche durchgeführt:

Besuchte Verkaufsstellen	
Fach- und Spezialgeschäfte	72
Warenhäuser	1
Cash und Carry	0
Fach- und Supermärkte	12
Shopping-Center	0
Kioske	5
Total Verkaufsstellen	90



Selbst «Fleischwölfe» müssen der Kontrolle standhalten.

Bei den Kontrollen wurde auf folgende Mängel hingewiesen:

Mängel	
Rampe, Anlieferung	5
Lager	18
Laden, Verkaufsfläche	14
Personelles, Soziales, Arbeitszeiten	16
Gebäude	13
Total Beanstandungen	66

Gewerbebewilligungen

Faites vos jeux!

Engelberg, und damit die Region Uri, Obwalden und Nidwalden, kann noch bis Mitte 2002 ein Konzessionsgesuch für eine Spielbank einreichen. Der Bundesrat hat dieser Region bei der Konzessionszuteilung eine zusätzliche Runde zugestanden.

Bestehende Bewilligungen für Geldspielautomaten werden noch bis 2005 erneuert. Zwei Gesuche um Wiederinbetriebnahme mussten abgelehnt werden. In Engelberg wurden alle Automaten überprüft, im Sarneraatal machte die Kantonspolizei Stichproben. Es kommt immer wieder vor, dass Geschicklichkeitsspielautomaten ohne Bewilligung aufgestellt werden.

Messwesen

Eichen – auch in Nidwalden

Auf Wunsch des Eichamtes Nidwalden wurde der Nidwaldner Eichmeister bei der Eichung der Dieselrauchmessgeräte unterstützt.

Auch das Eichamt wird geeicht

Das Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung hat die Arbeit des Eichmeisters vor Ort inspiziert und ihm einen sehr guten Kontrollbericht ausstellen können.

Die Marktüberwachung in den öffentlichen Verkaufsstellen erfolgte mehrheitlich anlässlich der Eichung der Wiegegeräte. Die Inhaber und Inhaberinnen von neuen Gastwirtschaftsbewilligungen wurden mit einem Merkblatt auf die Vorschriften bezüglich Mengendeklaration und Preisbekanntgabe aufmerksam gemacht.

Die Abfüllbetriebe von Fertigpackungen wurden kontrolliert und die Stichprobenprüfungen gemäss Deklarationsverordnung durchgeführt. Die Unterlagen des Staatssekretariates für Wirtschaft über Preisbekanntgabe in der Werbung für Autos (Kauf- und Leasing-Angebote) wurden sämtlichen Garagisten, das neu herausgegebene Informationsblatt Preisbekanntgabe für Arzneimittel allen Apotheken, Drogerien und Ärzten in Obwalden zugestellt.

Bei unkorrekter Werbung in der Lokalpresse wurden die Inserierenden auf die konsumentenschützerischen Anliegen in den Preisbekanntgabevorschriften hingewiesen.

Aufenthaltsregelungen

Ausländische Wohnbevölkerung

Die ausländische Wohnbevölkerung ist um 88 Personen auf 3537 Personen angestiegen (Niedergelassene

+130; Jahresaufenthalter –42). 70 Ausländerinnen und Ausländer haben das Schweizerbürgerrecht erhalten. Die erwerbstätige ausländische Wohnbevölkerung (Niedergelassene und Jahresaufenthalter) hat gegenüber dem Vorjahr um 123 Personen (2001: 1'993; 2000: 1'870) zugenommen.

Der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung beträgt in der Schweiz 19,7%, in Obwalden lediglich 10,9%.

Fluktuation bewirkt Mutation

Rund 6000 Mutationen mussten im zentralen Ausländerregister vorgenommen werden. Sie umfassen insbesondere An- und Abmeldungen, Erteilung von Zusicherungen und Visa zur Einreise, Erteilung und Verlängerung von Bewilligungen, Kantonswechsel sowie Einverständnisse zur Erwerbstätigkeit. Der direkte Kundenkontakt am Schalter und Telefon erwies sich als zunehmend wichtiger.

Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene

Härtefallregelung für 108 Personen
Asylsuchende, die vor dem 31. Dezember 1992 in die Schweiz eingereist sind und sich klaglos verhielten, wurden im Rahmen der «Humanitären Aktion 2000» vom Bundesrat vorläufig aufgenommen. Im Kanton waren es 85 Personen aus Sri Lanka und 23 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Diese Personen streben eine längerfristige Aufenthaltsbewilligung an. Voraussetzungen hierfür sind: soziale und finanzielle Unabhängigkeit, klagloses Verhalten, angemessene Integration und wenn möglich ein gültiger heimatlicher Reisepass. Die Gesuche werden in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement geprüft. Im Berichtsjahr haben 23 Personen die Bedingungen erfüllt. Das Bundesamt für Ausländerfragen hat ihnen antragsgemäss die Aufenthaltsbewilligung erteilt.

Zuwanderung konstant

Gesamtswweizerisch sind die Asylgesuche um 17,2 Prozent angestiegen. Der Bestand der Asylsuchenden ist im Kanton mit 262 Personen konstant geblieben. Sie stammen aus dem Balkan, aus Sri Lanka, der Türkei und vereinzelt aus dem Irak und Iran.

Landwirtschaftsamt

Das Landwirtschaftsamt setzt sich im Rahmen des Vollzugs der Bundes- und Kantonsgesetzgebung für konkurrenzfähige, bäuerliche Familienbetriebe und eine naturnahe, umweltgerechte Bewirtschaftung ein. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes, der Strukturverbesserungen sowie der Hauswirtschaft. Das Landwirtschaftsamt ist zuständig für die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite) sowie der Betriebshilfedarlehen, wirkt mit beim Betriebshelferdienst, Landdienst und bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet. Zum letzten Mal wurden dieses Jahr die verschiedenen kantonalen Gross- und Kleinviehschauen durchgeführt. Zum Amt gehören die Abteilung Beratung und Strukturverbesserungen und die Abteilung Landwirtschaftliche Beiträge.

Beratung

Die neue Agrarpolitik stellt hohe Anforderungen

Durch die sich rasch ändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie die gesellschaftlichen Erwartungen werden die Bauernfamilien sehr stark gefordert. Die Obwaldner Landwirtschaft hat in den letzten Jahren, trotz sinkendem landwirtschaftlichen Einkommen, grosse Anstrengungen unternommen, um den Anforderungen der neuen Agrarpolitik 2002 zu genügen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen lag im Jahr 2000 bei 44'233 Franken (Vorjahr 39'610 Franken). Diese Verbesserung ist auf die leichte Vergrösserung der Betriebe, die bis im Herbst 2000 guten Viehpreise für Nutz- und Schlachttiere und die Neufestsetzung der Inventarwerte der Tiere zurückzuführen. Zu beachten ist dabei, dass dies das Einkommen der ganzen Bauernfamilie ist. Der ausserlandwirtschaftliche Nebenerwerb wird daher für viele immer wichtiger. Gleichzeitig steigen dadurch die Arbeitsbelastung sowie die sozialen und psychischen Risiken.

Milch oder Fleisch?

In den einzelbetrieblichen Beratungen hatten betriebswirtschaftliche aber auch soziale Fragen einen grossen Stellenwert. Besonders gefragt waren problembezogene Entscheidungshilfen.



Die Alpwirtschaft hat eine grosse wirtschaftliche Bedeutung für die Landwirtschaftsbetriebe. Auf dem Bild die Alp Tannen.

fen zur möglichen Neuausrichtung der Betriebe, zu ökologischen Bewirtschaftungsformen. In der Praxis zeichneten sich zwei Trends ab: Einerseits jener zu wachstumsfähigen Vollerwerbsbetrieben mit Milchproduktion und andererseits jener zu extensiv geführten Nebenerwerbsbetrieben mit Fleischproduktion, ergänzt mit verschiedensten Arten von Nebeneinkommen.

Beraterin für den ländlichen Raum

Seit dem 1. September 2001 wird zusammen mit dem Kanton Nidwalden eine gemeinsame Beraterinnenstelle für Bäuerinnen und bäuerliche Familien geführt. Die Beraterin steht je zur Hälfte – je 20 Stellenprozente – den beiden Kantonen zur Verfügung und hat insbesondere folgende Aufgaben: Beratung und Weiterbildung in den Fachbereichen Betriebs- und Hauswirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit, Regionalmarketing und Direktvermarktung, Agrotourismus sowie Unterstützung und Begleitung von Projekten im ländlichen Raum.

Strukturverbesserungen

Vollzug neu geregelt

Mit dem Inkraftsetzen des neuen kantonalen Landwirtschaftsgesetzes auf den 1. März 2001 ist die Verwaltungskommission für Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft aufgehoben worden. Die Verwaltungskommission wurde 1963 gegründet und trat am 19. Februar 2001 zu ihrer 153. und letzten Sitzung zusammen. Die Investitionshilfen in Form von Investitionskrediten und Beiträgen sowie die Betriebshilfen werden nun durch das Volkswirtschaftsdepartement verfügt.

Öffentliche Mittel nur für langfristig existenzfähige Betriebe

Gestützt auf die Gesetzgebung des Bundes und des Kantons werden nur kostengünstige, zweckmässige Projekte von langfristig existenzfähigen Betrieben unterstützt. Die Finanzierbarkeit und Tragbarkeit der vorgesehenen Investition müssen vor der Gewährung der Investitionshilfe auch unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen der zukünftigen Agrarpolitik ausgewiesen sein. Dies wird für unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft immer schwieriger. Deshalb werden basierend auf den betriebs-



Neubau der Alphütte auf Dundelegg, Lungern

spezifischen Buchhaltungszahlen für alle Projekte betriebswirtschaftliche Variantenvergleiche mit Risikoanalysen für die Entscheidungsfindung bei Investitionshilfen vorgenommen und die Kreditwürdigkeit beurteilt.

Stallsanierungen nach wie vor notwendig

Die zugesicherten Bundesbeiträge betragen im Jahr 2001 wie im Vorjahr 1,1 Millionen Franken. Mit diesen konnten 18 Bauvorhaben (Vorjahr 16) mit einer Bausumme von insgesamt 4'320'500 Franken (Vorjahr 5'975'955 Franken) ausgelöst werden. Sie verteilen sich auf neun Stallsanierungen (Vorjahr sieben) mit einer Bausumme von 3,27 Millionen Franken (Vorjahr 2,9 Millionen Franken), fünf Erschliessungen, eine Wasserversorgung und ein alpwirtschaftliches Projekt.

Investitionskredite als zinslose Darlehen

Im Jahre 2001 wurden 40 Investitionskredite im Gesamtbetrag von

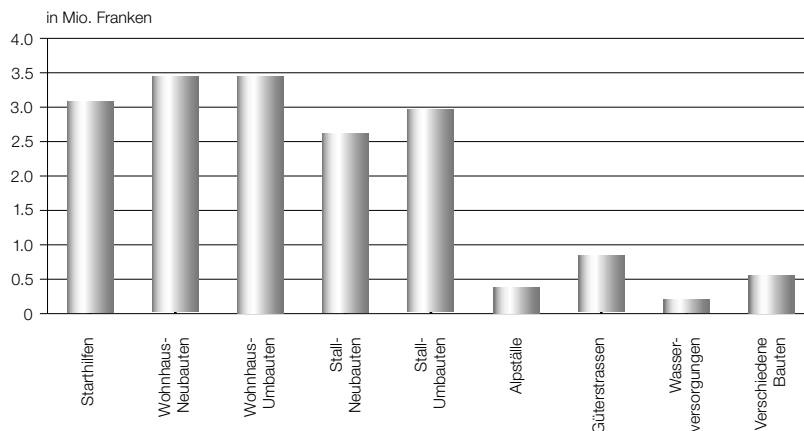
4'318'000 Franken (Vorjahr 3'761'000 Franken) bewilligt. An natürliche Personen wurden 38 Darlehen im Betrage von insgesamt 4'074'000 Franken (Vorjahr 3'552'000 Franken) und an zwei juristische Personen Darlehen von 244'000 Franken (Vorjahr 209'000 Franken) gewährt. Mit diesen bewilligten Investitionskrediten wurde ein Investitionsvolumen von rund 16,4 Millionen ausgelöst.

Nach einer Aufstockung der Investitionskredite mit neuen Bundesmitteln in der Höhe von 1,5 Millionen Franken betragen am 31. Dezember 2001 die dem Kanton zur Verfügung gestellten Investitionskredite des Bundes insgesamt rund 27,4 Millionen Franken.

Umschuldung mit Betriebshilfedarlehen

Die bewilligten drei zinslosen Betriebshilfedarlehen von insgesamt 300'000 Franken (Vorjahr 270'000 Franken) wurden zur Umschuldung von höher verzinslichen Darlehen ein-

Investitionsvolumen nach Bereichen



gesetzt. Mit dieser Massnahme können längerfristig existenzfähige Betriebe ihr verzinsliches Fremdkapital bis auf 80 Prozent des Ertragswertes abbauen.

Der Betriebshilfefonds konnte mit 948'404 Franken Bundes-, 30'000 Franken Kantons- und 20'000 Franken Gemeindebeiträgen auf fast 2,5 Millionen Franken aufgestockt werden.

Viehwirtschaft

Schlachtviehmärkte und Viehschauen sind keine Staatsaufgaben mehr

Entsprechend den Grundsätzen der neuen Agrarpolitik haben die Tierhalterinnen und Tierhalter sowie ihre Organisationen wieder vermehrt selber Verantwortung zu übernehmen. Der Regierungsrat hat deshalb die Organisation und Durchführung der Schlachtviehmärkte ab 2001 beziehungsweise der Viehschauen ab 2002 mittels Leistungsvereinbarung ausgelagert. Er unterstützt die privaten Trägerschaften mit einem jährlich im Voranschlag festgelegten Kantonsbeitrag.

Landwirtschaftliche Beiträge

Direktzahlungen für gemeinschaftliche und ökologische Leistungen

Das Jahr 2001 war das dritte Jahr mit Ausrichtung der Direktzahlungen nach der neuen Agrarpolitik 2002. Nur noch Betriebe, die den ökologischen Leistungsnachweis erfüllen, erhalten ungekürzte Direktzahlungen.

Kanton unterstützt Umstellung auf Biolandbau

Der Kanton nimmt mit einem Anteil von 20 Prozent Biobetrieben an allen beitragsberechtigten Betrieben gesamtschweizerisch einen Spitzenplatz ein, zentralschweizerisch liegt er gar an der Spitze. Viele Betriebsleiter und Betriebsleiterinnen haben erkannt, dass der Umstieg auf Biolandbau eine der Möglichkeiten ist, die Ökologisierung nachhaltig umzusetzen und die Wertschöpfung im eigenen Landwirtschaftsbetrieb zu verbessern. Der Regierungsrat unterstützt den Biolandbau als besonders umweltfreundliche und nachhaltige Bewirtschaftungsform gezielt mit zusätzlichen flächenbezogenen Umstellungsbeiträgen. Diese betragen pro Jahr während der zweijährigen Umstellungsphase für Grünland 135 Franken je Hektar. Demnach wurden im Jahr 2001 erstmals an 44 Umstellungsbetriebe Beiträge in der Höhe von 78'657 Franken ausbezahlt.

Organisation des Kontrolldienstes wird überprüft

Gemäss den gesetzlichen Vorgaben hat der Kanton die Kontrollen im Zusammenhang mit Ausrichtung der Direktzahlungen sicherzustellen. Zu diesem Zweck setzt er in enger Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen Uri und Nidwalden nebenamtliche Kontrolleure ein. Um die Zahl der Kontrollgänge pro Betrieb tief zu halten, führen diese auch gleichzeitig die Kontrollen für die Labelprogramme verschiedener privater Organisationen durch. Da ab 2003 nur noch akkreditierte Kontrollorganisationen Labelkontrollen durchführen dürfen, aber auch im Sinne der Effizienz, Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und



Hochkroniger Nussbaum in Giswil als wertvolles Element der ökologischen Vernetzung.

Kundenfreundlichkeit, wird zurzeit die Auslagerung der Kontrolltätigkeit an eine private bereits akkreditierte Organisation geprüft.

Kontrollergebnisse

Bewirtschafteter oder Bewirtschafteterinnen, welche über den Betrieb falsche Angaben machen oder landwirtschaftsrelevante Vorschriften anderer Gesetze nicht einhalten, haben mit Verwaltungsmassnahmen zu rechnen. Wenn an Direktzahlungen geknüpfte Anforderungen nur teilweise oder nicht erfüllt sind, werden diese gekürzt. Die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz hat ein Sanktionsschema erlassen, welches die Kürzungen der Direktzahlungen zwischen den Kantonen harmonisiert. Die Kürzungen auf Grund nicht vollständiger Erfüllung der Beitragsvoraussetzungen betragen im Berichtsjahr 51'501 Franken (Vorjahr 45'938 Franken).

Zusammenstellung der Kontrollergebnisse

Betriebsausrichtung	Anzahl beitragsberechtig	Anzahl kontrolliert	Ergebnis Kontrolle (Anteil)			Bemerkungen
			Keine Mängel	Leichte Mängel	Kürzungen	
Konventionell	38		Kontrolle nur auf Anzeige			
ÖLN-Betriebe	548	288 (100%)	155 (54%)	97 (34%)	36 (13%)	Kontrolle gemäss Vorgaben DZV
Bio-Betriebe	143	142 (100%)	95 (67%)	28 (20%)	19 (13%)	Label verlangt jährliche Kontrolle
Sömmerungs-betriebe	278	31 (100%)	24 (77%)	6 (19%)	1 (3%)	Kontrolle gemäss Vorgaben SöBV

ÖLN = Ökologischer Leistungsausweis DZV Direktzahlungsverordnung SöBV = Sömmerungsbeitragsverordnung

BILDUNGS- UND KULTUR- DEPARTEMENT



Bildungs- und Kulturdirektor Hans Hofer mit Bundesrätin Ruth Dreifuss im Kreis seiner Kolleginnen und Kollegen der Erziehungsdirektorenkonferenz

«Die Schule muss den Auszubildenden den Weg zu ständiger Weiterbildung öffnen; sie ist die Eingangspforte zum lebenslangen Lernen.»

Landstatthalter Hans Hofer, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartementes

Amt für Mittelschulen, Sport und Kultur/ Departementssekretariat

Bildungsgesetz: Im Zeitplan

Das Vorgehenskonzept wurde vom Regierungsrat genehmigt. Mit der Bildungsdirektion NW wurden inhaltliche Koordinationspunkte vereinbart. Der Gesetzesraster und die inhaltlichen Schwerpunkte wurden vom Regierungsrat wiederum genehmigt. Dank der vom Regierungsrat bewilligten personellen Unterstützung konnte der Zeitplan eingehalten werden.

Aufgabenteilung und Finanzierung im Volksschulbereich: Zwei Modelle

Eine vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe verabschiedete den Bericht «Aufgabenteilung und Finanzierung im Volksschulbereich des Kantons Obwalden». Der Regierungsrat leitete diesen umgehend der Projektsteuerung Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden zur Prüfung und Antragstellung weiter. Diese kam zum Schluss, dass aus bildungspolitischer Sicht die Schülerpauschale am besten geeignet wäre, die Steuerungsmöglichkeiten und finanzielle Mitbeteiligung des Kantones zu gewährleisten. Als «Pferdefuss» wurde aber betrachtet, dass die Gemeinden Engelberg und Sarnen durch die vorzunehmende Steuerumlagerung zu stark belastet würden. Diese Belastung wurde in der Diskussion am stärksten gewichtet und führte dazu, dass die Projektsteuerung die Einführung der Schülerpauschalen zurzeit als politisch

Bildungs- und Kulturdepartement

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst	Vollzeitstellen			
	Ende 2000		Ende 2001	
	mit Schulverwaltung	Lehrpersonen	mit Schulverwaltung	Lehrpersonen
Amt für Mittelschulen, Sport und Kultur-/Departementssekretariat	15.7	33.2	16.5	33.87
Amt für Volksschule	13.6		12.28	
Amt für Berufsbildung	13.2	13.6	13.42	13.04

nicht tragbar eingestuft hat. Um dennoch den Zielsetzungen der «Motion Giswil» (Chancengleichheit in der Volksschulbildung in allen Obwaldner Gemeinden, Finanzielle Entlastung von Gemeinden mit hohen Schüleranteilen und verstärkte Beteiligung des Kantons an der Volksschulfinanzierung) nachleben zu können, wurde beschlossen, die Finanzierungsvariante «Normausgleich Volksschule innerhalb des Finanzausgleiches» dem Regierungsrat zur Weiterbearbeitung zu unterbreiten.

Raumoptimierungskonzept: Opti überzeugt – die Finanzierung nicht

Der Kantonsrat lehnte den Projektierungskredit für die von der Projektgruppe beantragte Variante «opti» am 31. Mai 2001 ab. In seiner Analyse

vom 5. Juni 2001 stellte der Regierungsrat fest, dass das Projekt überzeugte, nicht aber die Finanzierung. Am 29. Juni 2001 reichte die SP-Fraktion ein Postulat für eine überzeugende Raumlösung ein. In seiner Antwort darauf hielt der Regierungsrat unter anderem fest, dass die Variante «opti» zukunftsgerichtet sei und verdiene, dass sie nochmals zur Debatte gestellt werde. Er stellte in Aussicht, das Konzept in Details nochmals zu modifizieren und zudem die im Parlament skizzierte Idee aufzunehmen, das Schulzentrum «Grundacher» für das Berufs- und Weiterbildungszentrum auszubauen und darin soweit möglich die Kantonsbibliothek und das Staatsarchiv zu integrieren. Diese zusätzliche Variante «Grundacher+» solle auf analogem Planungslevel, wie die bisherigen Variantenstudien, ausgearbeitet und als Alternative zur ergänzten Variante «opti» im Kantonsrat zur Diskussion gestellt werden.

Lohnsituation kantonale Schulen: Reduktion der Pflichtstundenzahl

Aufgrund von Eingaben des Gymnasiallehrer/innenvereins Obwalden und von einzelnen Lehrpersonen, die auf die unbefriedigende berufliche Situation der Gymnasiallehrpersonen (Pflichtstunden, Lohn) hinwiesen, reduzierte der Regierungsrat die Pflichtstundenzahl der Lehrpersonen für das Schuljahr 2001/02 um eine Lektion auf 23 Wochenlektionen.

Interkantonale Anlässe: Imagegewinn für Obwalden

Am 11. Mai fand der Zentralschweizer Fachhochschultag in Sarnen statt. Rund 300 Gäste wurden begrüsst. Am 8./9. November tagte die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK in Giswil, im teilweisen Beisein von Bundesrätin

Das Jahr 2001 in Zahlen

- An den drei Mittelschulen des Kantons konnten insgesamt 89 (Vorjahr 150 wegen Doppeljahrgang) Maturitätszeugnisse (Kantonsschule 60, Stiftsschule 22 sowie Sportmittelschule sieben) abgegeben werden.
- An geschützte Kulturobjekte wurden 953'182 Franken (1'944 254 Franken) ausbezahlt (Bund: 440 396 Franken; Kanton: 223 922 Franken sowie Gemeinden 278 864 Franken).
- Für die finanzielle Unterstützung von Berufsaus- und Weiterbildungen wurden insgesamt 1'372'414 Franken (1'274'899 Franken) Stipendien zugesprochen und drei (sechs) Darlehensverträge abgeschlossen. Dazu mussten 445 (376) Stipendien-gesuche geprüft werden, 309 (301) Gesuchstellenden konnte ein Stipendium zugesprochen werden.
- Für die Aus- und Weiterbildung an ausserkantonalen Ausbildungsstätten (Hochschulen, Fachhochschulen, Fachschulen, Mittelschulen sowie die Berufsbildung) wurden insgesamt rund 10'511'000 Franken (9'267'000 Franken) ausbezahlt. In dieser Summe eingeschlossen sind Gemeindebeiträge in der Höhe von 2'260'000 Franken (20'330'000 Franken).
- Kanton und Gemeinden wendeten im Schuljahr 2000/2001 für die obligatorische und freiwillige Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung netto insgesamt 183'000 Franken (149'000 Franken) auf, was einen durchschnittlichen Betrag von 630 Franken (514 Franken) pro Lehrperson ausmacht.
- Aufgrund der Leistungen an den Lehrabschlussprüfungen konnten insgesamt 274 (278) Fähigkeitszeugnisse und zusätzlich acht (15) Berufsmaturitätszeugnisse abgegeben werden.
- Das Amt für Berufsbildung hat nach entsprechender Betriebsabnahme 35 (37) neue Ausbildungsbewilligungen erteilt.

Amt für Mittelschulen, Sport und Kultur/Departementssekretariat

Das Amt für Mittelschulen, Sport und Kultur ist gegenüber der Departementsleitung für Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Mittelschulen, höhere Schulen, Sport, Kultur, Stipendienwesen und kirchliche Angelegenheiten verantwortlich. Direkt unterstellt sind: Rektorat der Kantonsschule, Abteilung Jugend +Sport, Abteilung Kultur und die Stipendienfachstelle. Das Departementssekretariat, das dem Amt für Mittelschulen, Sport und Kultur angegliedert ist, ist Stabsstelle des Departementes. Es koordiniert die Departementsgeschäfte und ist verantwortlich für die Informationen nach innen wie nach aussen.

Ruth Dreifuss. Bei beiden Anlässen trat das Bildungs- und Kulturdepartement als Gastgeber auf.

Das Personalgespräch für Lehrpersonen

In der Folge der neuen Leitungsstruktur begann das Rektorat mit der Umsetzung des Konzepts der Beurteilung der Lehrpersonen. Als Basis für eine qualifizierte Beurteilung dient das Personalgespräch, das auf mindestens zwei Lektionsbesuchen durch den Rektor, auf der Beurteilung des Unterrichts durch die Studierenden zweier Klassen und auf der Selbstbeurteilung der Lehrperson aufbaut. Ziel des Personalgesprächs ist eine gegenseitig unterzeichnete Vereinbarung mit Massnahmen für Verbesserung. Von den 47 Lehrpersonen wurden in der ersten Phase die 40- bis 50-jährigen Lehrpersonen beurteilt.

Kultur

Kulturvermittlung in den Schulen: Konzept erarbeitet

In unseren Schulen werden zahlreiche spannende und engagierte Kulturprojekte umgesetzt. Es fällt jedoch auf, dass es an professioneller Unterstützung für die Schulen und Lehrpersonen, an Arbeitsmaterialien und an einem intensiven Informationsaustausch mangelt. Lösungsvorschläge für eine Verbesserung der derzeitigen Situation zeigt ein im letzten Jahr erarbeitetes Kulturvermittlungskonzept auf, das die Förderung von Kulturprojekten in den Schulen zum Ziel hat.

Innerschweizer Kulturpreis: Julian Dillier posthum geehrt

Der Obwaldner Lyriker und Kulturvermittler Julian Dillier erhielt den Innerschweizer Kulturpreis 2001. Nur einen Monat, nachdem Julian Dillier die freudige Mitteilung vernommen hatte, starb er am 15. Januar im Alter von 78 Jahren. Im Beisein von über 200 Gästen und im Rahmen einer eindrücklichen Feier nahm stellvertretend die Familie des bedeutenden Mundartdichters den Preis am 21. September im Theater Altes Gymnasium entgegen. Die Innerschweizer Kulturstiftung würdigte Julian Dillier mit den Worten: «Sie ehrt ihn damit für sein engagiertes und international anerkanntes schriftstellerisches



Stellvertretend für den verstorbenen Innerschweizer Kulturpreisträger Julian Dillier nimmt dessen Gattin Emma Dillier-von Rotz die Gratulationen des Bildungs- und Kulturdirektors Hans Hofer entgegen.

Werk, insbesondere als Mundartautor sowie für sein vielseitiges und wirkungsvolles Schaffen als Förderer des Laientheaters und als Kulturvermittler bei Radio und Verlag. Julian Dillier spielte über Jahrzehnte eine äusserst wichtige Rolle im Innerschweizer Kulturschaffen und für die Anerkennung der Mundart als zeitgenössischer literarischer Ausdrucksform.» Der Regierungsrat gab in Erinnerung an den Preisträger und die Feier eine Broschüre heraus.

Denkmalpflege und Archäologie: Zwei Schutzpläne genehmigt

Als wichtigste Exponenten gelten folgende im Jahr 2001 abgeschlossene

nen Teil- oder Gesamtrestaurierungen: Barockbibliothek Benediktinerkloster Engelberg; Hotel Paxmontana, Flüeli-Ranft; Wohn- und Geschäftshaus Bahnhofstrasse 6, Sarnen; Wohnhaus Grosshostatt, St. Niklausen; Wohnhaus Grossried, St. Niklausen. Im Berichtsjahr konnten die durch die Fachstelle vorbereiteten kantonalen Schutzpläne der Einwohnerbeziehungswise Bezirksgemeinden Alpnach und Schwendi in Kraft gesetzt werden. Damit sind weitere 36 beziehungsweise 29 Kulturobjekte von regionaler Bedeutung unter Schutz gestellt. Vorbereitungsarbeiten zu den Schutzplänen Engelberg und Kerns wurden aufgenommen.



Die 1732–1745 entstandene Barockbibliothek des Benediktinerklosters Engelberg nach ihrer Restaurierung.

Kantonsbibliothek: Neu am Samstagmorgen geöffnet

Seit Juni ist die Kantonsbibliothek am Samstagvormittag während zweieinhalb Stunden geöffnet. Damit konnte einem immer wieder von Benutzerinnen und Benutzern geäusserten Bedürfnis entsprochen werden. Dafür wurden die Öffnungszeiten an den anderen Wochentagen eingeschränkt. Ebenfalls seit Juni 2001 sind im Lesesaal zwei Internet-Arbeitsplätze installiert.

Sport

Jugend + Sport: Das Feldversuchsjahr war ein Volltreffer

Die gesamtschweizerische Neuorientierung von Jugend + Sport war von den Feldversuchen geprägt. Die vier Versuchsfächer – Schneesport, Fussball, Lagersport/Trekking und Kanu – wurden nach dem neuen System 2003 organisiert. Die Planaussichten und die erreichten Testergebnisse wurden vom Bund als Volltreffer betitelt. Die erhofften Resultate stellten sich auch im Kanton Obwalden ein, was zeigt, dass der eingeschlagene Weg richtig ist.

Die wesentlichen Neuerungen sind: Neues Sportverständnis, Pauschalierung/vereinfachte Administration, J+S Coach als Vernetzungspartner, neues Ausbildungssystem, Nationale Datenbank, Einheitssystem CH. Ab 1. Januar 2003 wird Jugend + Sport vollumfänglich neu eingeführt sein.

Entwicklung der Teilnehmerzahlen (Jugendliche im Alter von 10–20 Jahren) in Jugend + Sport

Jahr	1996	2000	2001
Mädchen	2522	2870	2754
Burschen	3599	3796	3261
Total	6121	6666	6015
Kurse/Lager	299	288	282

Kantonsbibliothek

Ausleihe Total Einheiten	88'550
Belletristik	51'411
■ davon Erwachsene deutsch	16'140
■ davon Erwachsene andere Sprachen	581
■ davon Jugend deutsch	20'340
■ davon Kinder deutsch	14'030
■ davon Jugend u. Kinder andere Sprachen	320
Sachbücher	23'505
■ davon Erwachsene	17'038
■ davon Kinder und Jugend	6'467
Non-Books (Kassetten und Sprachkurse)	11'522
■ davon Erwachsene	1'945
■ davon Kinder und Jugend	9'577
Interbibliothekarischer Leihverkehr (ein- und ausgehender)	216
Archiv (inkl. Handausleihe)	1'120
Entleihung in den Lesesaal	776
Neueinschreibungen Personen	709
Recherchen am elektronischen Katalog (OPAC)	20'759
Internetbenutzung Juni–Dezember	336

Stipendien

Fachstelle Stipendien

Die Stipendiengesuche nahmen um fast 20% zu (von 376 auf 445). Die Fachstelle erfuhr zudem eine deutliche Zunahme im Bereich der individuellen Beratung. Auszubildende von heute wollen neben der Berufsbe-

ratung immer mehr auch in der finanziellen Planung unterstützt werden. Die Gesuchstellenden machen daher vom Angebot der provisorischen Stipendienberechnung vor Ausbildungsbeginn vermehrt Gebrauch. Zudem erfordern die sich laufend verändernden Ausbildungsangebote umfassendere Abklärungen.



Obwaldner Crosslauf, der traditionelle und beliebte Familienanlass zum Auftakt der sportlichen Outdoor-Saison.

Amt für Volksschule

Das Amt für Volksschule nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens und der Volksschule wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht, Fortbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste Schulpsychologischer Dienst und Logopädischer Dienst stehen im Allgemeinen Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen.

Arbeitsplatz Schule: Belastung und Arbeitszufriedenheit der Lehrpersonen

Die Anforderungen an die Schule und an den Unterricht haben sich verändert und sind grösser geworden. Viele Lehrpersonen stossen an die Belastungsgrenze. Die Gemeinden haben zunehmend Mühe, freie Stellen im Schulbereich mit gut qualifizierten Lehrpersonen zu besetzen. Ein Literaturbericht «Arbeitszeit und Arbeitsbelastung der Lehrpersonen» der Bildungsplanung Zentralschweiz zeigte die verschiedenen Faktoren auf, die zum übermässigen Belastungseffekt führen. Ferner sorgen im Kanton die im innerschweizerischen Vergleich unterdurchschnittlichen Löhne der Lehrpersonen für zusätzliche Unzufriedenheit. Die Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz setzte eine regionale Arbeitsgruppe ein mit dem Ziel, Massnahmen im Bereich Arbeitsplatz Schule auf der Grundlage des erwähnten Berichtes zu konkretisieren und regional abzustimmen.

Parallel dazu wurden die Kantone zur Mandatierung entsprechender Arbeitsgruppen auf kantonaler Ebene angehalten. Diese bearbeiten zuhänden der regionalen Arbeitsgruppe verschiedene Aufgaben. Im Kanton Obwalden setzte sich seit Herbst eine Gruppe bestehend aus Vertretungen der Schulpräsidien, der Schulleitungen und des Lehrerinnen- und Lehrervereins unter der Leitung des Bildungsdirektors mit der Thematik auseinander. Auf lokaler Ebene nahmen sechs Gemeindeschulen

das Angebot des Bildungsdirektors zur Aussprache und Auseinandersetzung mit der Thematik an.

Weiterbildung der Lehrpersonen: Grenzüberschreitende Angebote beliebt

Zum zweiten Mal gestalteten die LWB-Fachstellen Obwalden und Nidwalden ein gemeinsames Kursprogrammheft, in welches auch zahlreiche Angebote der Weiterbildungsstellen Uri, Luzern und Zug aufgenommen wurden. Im Schuljahr 2001/02 nahmen rund 440 Obwaldner Lehrpersonen an ausserkantonalen Kursen teil; etwa 320 ausserkantonale Lehrpersonen besuchten Kurse in Obwalden. Schwerpunkte bildeten unter anderem Kurse in den Bereichen Informatik, Technisches Gestalten, Umgang mit Arbeitsbelastung, Didaktik und Lehrmittel- und Lehrpläneinführungen. Die kantonsübergreifende Zusammenarbeit wurde nochmals erweitert: Die LWB-Fachstellen Obwalden, Nidwalden und Uri bereiteten den Einbezug aller drei Kantone in ein gemeinsames Programmheft vor.

Privatschulen als Alternative

Im Kanton Obwalden wollen private Trägerschaften vermehrt spezielle Schulen als Alternative zur öffentlichen Schule anbieten. Das Volksschulinspektorat hatte sich mit verschiedenen Fragen zum Anforderungsprofil einer Privatschule auseinanderzusetzen. Es formulierte verbindliche Anforderungen an ein Konzept zur Führung einer privaten

Schule, das vom Regierungsrat genehmigt werden muss.

Sowohl die private Tagesprimarschule Schuälwärschstatt in Sarnen, die neue Internatsschule Melchtal und die Heimschule der Stiftung Juvenat der Franziskaner erhielten die Bewilligung des Regierungsrates.

Abteilung Schulpsychologischer Dienst

Beratungsbedarf weiterhin hoch

Die Zahl der Anmeldungen ist im Schuljahr 2000/2001 gegenüber 1996 um 20% gestiegen. Um über 40% haben im gleichen Zeitraum die Anmeldungen der Eltern zugenommen. Der Aufwand pro Fall ist ebenfalls deutlich gestiegen (Komplexität und Schwere der Probleme, Problemlösungen unter Einbezug mehrerer Beteiligten wie Eltern, Lehrperson, Heilpädagogin, Schulleitung, Therapeutin usw.). Um mindestens das Doppelte sind zudem die telefonischen Beratungen und Kontakte mit Ratsuchenden angestiegen.

Die Wartezeiten für psychodiagnostische Abklärungen im Einzelfall lagen zwischen einem und vier Monaten (in den Spitzenzeiten Oktober bis Juli).

Psychomotorische Therapie: Hohe Anmeldequote

Seit 1998 wurden jährlich durchschnittlich rund 50 Kinder angemeldet. Das entspricht etwa einem 140%-Pensum. Weil nur eine volle Stelle zur Verfügung steht, ist die

Kinder mit psychomotorischen Schwierigkeiten

Jahr	Kindergar. + Vorschul.	1. und 2. Klasse	3. bis 6. Klasse	Total Anmeld.	Mädchen	Knaben
1996	15	9	6	30	7	23
2000	29	20	5	54	12	42
2001	22	12	20	54	9	45

Schwer sprachgestörte Kinder (Stichtag: 31.12.)

Jahr	In Behandlung		Warteliste		Total
	Mädchen	Knaben	Mädchen	Knaben	
1996	16	59	3	12	80
2000	20	35	4	8	67
2001	26	35	3	7	71

Kapazitätsgrenze erreicht. Um die Arbeit trotzdem bewältigen zu können, wurden verschiedene Massnahmen eingeleitet: Indirekte Unterstützung durch Beratung der Bezugspersonen, Therapien in kleinen Gruppen, grössere Therapieintervalle, Therapiepausen und Arbeit in Klassen. So konnte vorerst verhindert werden, dass Anmeldungen zurückgewiesen werden mussten.

Logopädischer Dienst

Logopädischer Dienst leistungsfähiger

Der Ausbau der Pensen von 300 auf 350 Stellenprozente Ende 2000 hat sich positiv auf die logopädische Arbeit des Jahres 2001 ausgewirkt. Die Warteliste konnte weiter abgebaut werden und es wurden mehr Kinder behandelt als im Vorjahr. Aufgrund der Pensionierung des Stellenleiters Ende November 2001 wurden die Kapazitäten vorübergehend wieder etwas eingeschränkt und die Reihenuntersuche in den Kindergärten der Gemeinden Sarnen und Sachseln mussten auf das Jahr 2002 verschoben werden.

Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung vollzieht die Berufsbildungsgesetzgebung. Es überwacht die Berufs- und Weiterbildungsberatung, die berufliche Grundausbildung und die Weiterbildung sowie die Einhaltung der Lehrverträge. Es berät, begleitet und koordiniert die an der beruflichen Grundausbildung Beteiligten. Es sorgt für die Durchführung von Teil- und Abschlussprüfungen und stellt die entsprechenden Fähigkeitszeugnisse aus. Zum Amt gehören die Abteilungen Lehraufsicht, Berufs- und Weiterbildungszentrum und Berufs- und Weiterbildungsberatung.

oder veränderte Vorschriften in die Vernehmlassung gegeben und in ebenso vielen Berufen sind neue Ausbildungs- oder Prüfungsvorschriften in Kraft getreten. Trotz vermehrtem Ausbildungsaufwand ist die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ungebrochen. Insgesamt hat das Amt 318 (299) neue Lehr- beziehungsweise Anlehrverträge genehmigt und nach entsprechender Betriebsabnahme 35 (37) neue Ausbildungsbewilligungen erteilt. In zwei einwöchigen Kursen für Lehrmeister/innen wurden insgesamt 46 Ausbilder/innen auf ihre anspruchsvolle Aufgabe vorbereitet.

Gesundheitsberufe: Beispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit

Mit der Integration der Gesundheitsberufe in die schweizerische Berufsbildungssystematik erhalten Jugendliche die Möglichkeit, bereits ab dem 16. Altersjahr in die entsprechenden Ausbildungsgänge einzutreten. Herausragende Neuerung ist die Einführung einer neuen dreijährigen Berufslehre auf der Sekundarstufe II, die mit einem Fähigkeitszeugnis als «Gesundheits-Fachangestellte/r» abschliesst. Die Berufsbildungsämter der Zentralschweiz haben in intensiver Zusammenarbeit die Grundlagen (Ausbildungsreglement, Lehrstellenmarketing, Schulortzuteilung usw.) für eine Pilotausbildung ab Sommer 2002 geschaffen. Als gemeinsamer Schulort ist unter anderen auch Sarnen (BWZ, in geteilter Verantwortung

mit der Schule für Gemeindefrankenpflege Wilen) ausgewählt worden.

Lehrstellenbeschluss 2 ermöglicht Ausbildungsunterstützung

Die Umsetzung beziehungsweise Realisierung der vier Teilprojekte verlief gemäss Konzept und entspricht der anfangs Jahr unterzeichneten Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT. Beispielsweise ist die neu geschaffene Stelle Ausbildungsberatung seit August besetzt. Die Haupttätigkeiten konzentrierten sich auf die Kontaktnahme mit Lehrbetrieben und deren Unterstützung bei anstehenden Ausbildungsproblemen sowie die Projektleitung Maurer/in PLUS. Die Arbeitsgruppe «Übergang Orientierungsstufe – Berufslehre» analysierte die Nahtstellenproblematik und unterbreitete der Departementsleitung einen Katalog von Optimierungsmassnahmen.

Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ

Zusammenwachsen von Giswil und Sarnen

Seit der Departementsreorganisation von 1999 sind die kantonale Landwirtschaftsschule in Giswil und die Berufsschule in Sarnen zum Berufs- und Weiterbildungszentrum Obwalden zusammengeschlossen. Bereits heute ist festzustellen, dass dieser Zusammenschluss richtig war.



Olympia-Medaillengewinner Michel Ansermet (rechts) bei der Ziehung der Gewinnerinnen und Gewinner des «Sprungbrett»-Wettbewerbs im Berufs- und Weiterbildungszentrum Obwalden BIZ.

Berufliche Grundausbildung – attraktiver dank Reformen

Angesichts des raschen technologischen Fortschritts befindet sich die Berufsbildung in einem dauernden Veränderungsprozess. Im Berichtsjahr hat der Bund in 20 Berufen neue

Die in Giswil zur Verfügung stehende Infrastruktur wurde dringendst gebraucht. Die Abnahme der landwirtschaftlichen Auszubildenden in den letzten Jahren ermöglicht es räumlich von Sarnen nach Giswil auszuweichen. Neben der Anlehre in den Metallberufen, die idealerweise die bestehende Werkstatt nutzen können, findet in Giswil die gesamte berufliche Schulung der Betriebspraktiker statt (zurzeit drei Klassen). Diese werden im Blockmodell unterrichtet, wodurch das Internat fast während des ganzen Jahres ausgelastet ist. Für die Landwirte gibt es seit August 2001 keinen Internatsaufenthalt mehr. Für das kommende Jahr ist eine 4. Klasse Betriebspraktiker in Giswil vorgesehen. Damit ist auch in dieser Schulanlage die Kapazitätsgrenze erreicht.

Seit dem Zusammenschluss zum BWZ Obwalden konnten im Rahmen der Qualitätsbemühungen durch optimale Organisation, Ausnutzung und Ausbildungsangebote die Bruttokosten pro Auszubildendem/Auszubildender um rund 700 Franken gesenkt werden.

Darüber hinaus hat die personelle Durchmischung entscheidend zur Schaffung einer einheitlichen BWZ-Kultur beigetragen. Für Lehrpersonen des BWZ gibt es heute zwei Schulhäuser, aber eine Philosophie: BWZ Obwalden – das nachhaltige Bildungserlebnis. Die gesamtschulischen Bedürfnisse bestimmen heute den Arbeitsplatz.

Kooperation nach aussen

Im Sommer 2000 wurde den beiden Berufs- und Weiterbildungszentren in Sarnen beziehungsweise in Stans der Auftrag erteilt, Lösungsvorschläge und Szenarien für eine Zusammenarbeit im Bereich Berufsschulen zu erarbeiten, dies auf der Basis von zwei eigenständigen berufsbildnerischen Institutionen. Die gemeinsame Projektgruppe schlug im Januar 2001 den beiden Regierungen vor, dass einerseits für organisatorische Optimierungen eine bilaterale Zusammenarbeit institutionalisiert wird und dass andererseits ein Instrument für zukünftige Projekte und Aufgaben, die gemeinsam angegangen werden können, entwickelt werden soll: BiNetON = Bildungsnetzwerk Obwalden/Nidwalden. Die Regierun-

Entwicklung Grundausbildung und Weiterbildung

	Grundausbildung	Weiterbildung	Total
1973 Neubau	116		116
1996	314	105	419
2000	419	149	568
2001	458	175	633

Teilnehmende der Weiterbildung umgerechnet auf Auszubildende mit 360 Jahreslektionen (1 Schultag à 9 Lektionen x 40 Schulwochen).

gen der beiden Kantone haben die Vorschläge gutgeheissen. In einem zweiten umfassenden Bericht wurde den Regierungen im Juni 2001 ein Konzept zur Realisierung von BiNetON vorgelegt.

Die ursprüngliche Vorstellung, BiNetON die Unternehmensform einer Aktiengesellschaft mit Kapitalbeteiligung der Wirtschaft zu geben, wurde zugunsten der Gründung einer Stiftung geändert. Die Stiftungsgründung ist im Januar 2002 vorgesehen.

Berufs- und Weiterbildungsberatung Obwalden

Neu organisierte Studienberatung

Die Erziehungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz beschloss im Januar 1998 einstimmig die Auflösung des Statuts der Zentralschweizer Studienberatung per Ende 2001. Daraufhin unterbreitete der Kanton Luzern ein bilaterales Angebot für einen neuen Leistungsauftrag. Die Prüfung dieses Angebots sowie

grundsätzliche Überlegungen führten zum Schluss, dass eine Loslösung vom Kanton Luzern sinnvoll und zweckmässig ist. Es wurden nun verschiedene Modelle für die Zukunft von Studien- und Berufsberatung ausgearbeitet. Schliesslich war zwischen den Varianten «Studienberatung in Stans» und «Integration der Studienberatung in die Berufs- und Weiterbildungsberatung OW» zu entscheiden.

Die Zusammenarbeit mit Nidwalden als strategische Zielsetzung, die räumlichen Verhältnisse der Berufs- und Weiterbildungsberatung in Sarnen sowie die geografische Nähe zur Stiftsschule Engelberg bewogen den Regierungsrat, eine Studienberatungs-Vereinbarung mit Nidwalden abzuschliessen.

Statt wie bisher in der Kantonsschule Sarnen und in der Stiftsschule Engelberg erfolgt die individuelle Beratung ab 1.1.2002 im BWZ Stans mit einer modernen und kompletten Infrastruktur.



Wasser – scheinbar von Dauer und doch vergänglich.

GESUNDHEITS- UND SOZIAL- DEPARTEMENT



Regierungsrätin Elisabeth Gander-Hofer eröffnet den Tag der offenen Tür «Gesundheitsförderung und Prävention Obwalden/Nidwalden».

«Eine gute stationäre medizinische Grundversorgung lässt sich qualitativ und finanziell nur noch in einer Kooperation realisieren.»

Regierungsrätin Elisabeth Gander-Hofer, Vorsteherin des Gesundheits- und Sozialdepartementes

Gesundheitsamt und Departementssekretariat

Spitalkooperation Obwalden/Nidwalden

Im Juli 2000 haben die beiden Regierungen der Kantone Obwalden und Nidwalden die Prüfung einer möglichen Zusammenarbeit der beiden Kantonsspitäler unter Beizug einer Beratungsfirma in Auftrag gegeben. Die strategische Steuerungsgruppe, welcher die beiden zuständigen Vorsteher für das Gesundheitswesen und ihre Departementssekretäre beziehungsweise -sekretärin, der Präsident des Spitalrates Nidwalden, der Präsident der Aufsichtskommis-

sion des Kantonsspitals Obwalden sowie die Beratungsfirma angehören, hat erste Vorschläge beziehungsweise Szenarien erarbeitet. Die beiden Regierungen haben im Mai 2001 die strategische Steuerungsgruppe beauftragt, das Kooperationsprojekt in Richtung eines Akutspitals und eines Standorts für Psychiatrie und Langzeitpflege weiter zu bearbeiten und dabei die Themen Betriebskonzept, volkswirtschaftliche Konsequenzen, Psychiatriekonzept/Akutpsychiatrie, Investitionsbedarf und interkantonale Rechtsgrundlagen zu berücksichtigen.

Zusammenarbeit mit Luzern durch Erneuerung des Spitalabkommens bestätigt

Die Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Luzern als Zentrumsspital hat sich in den vergangenen Jahren bewährt und bietet für die Obwaldner Bevölkerung wichtige und wertvolle ergänzende medizinische Leistungen in gut erreichbarer Nähe.

Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2000	Ende 2001
Gesundheitsamt/Departementssekretariat	5.35	6.2
Sozialamt	3.6	3.7

Eine Anpassung des Spitalabkommens wurde notwendig, da Luzern das bisherige Abkommen kündigte mit dem Ziel, in einem neuen Abkommen eine differenziertere Leistungsverrechnung und eine leistungsgerechte Abgeltung zu erwirken. Die Abgeltung erfolgt neu über zehn Tagespauschalen für die einzelnen Bereiche, zuzüglich separater Verrechnung der Kosten für die Benützung von Operations- und Gebärsaal, für die Inanspruchnahme der Intensivpflegestation sowie für Implantationsmaterial und Prothesen. Diese Aufwendungen waren früher in den Pauschalen enthalten.

Bundesrat muss über Tarife entscheiden

Die Verhandlungen zwischen dem Kantonsspital Obwalden und dem Zentralschweizer Krankenversicherer-Verband (ZKV) über die Vergütung für die stationäre Behandlung von Krankenversicherungspatienten in den allgemeinen Abteilungen für das Jahr 2001 sind gescheitert. Gegen den vom Regierungsrat für das Jahr 2001 hoheitlich festgesetzten Tarif hat der ZKV Beschwerde an den Bundesrat eingereicht.

Tötungsdelikte machen betroffen

Im September wurde durch den Untersuchungsrichter des Kantons Luzern bekannt, dass eine Pflegeperson auch in Institutionen des Kantons

Obwalden 14 Tötungsdelikte begangen hat. Unter der Leitung der Vorsteherin des Gesundheits- und Sozialdepartementes wurde ein Koordinationsstab «Betroffenheit Obwalden» für die Bewältigung der Ereignisse gebildet.

Der Koordinationsstab hat insbesondere die Information, Kommunikation und Betreuung sichergestellt und koordiniert. Über ein Sorgentelefon und die kantonale Opferhilfeberatungsstelle konnte den betroffenen Personen sofort eine fachgerechte Beratung und Betreuung angeboten werden.

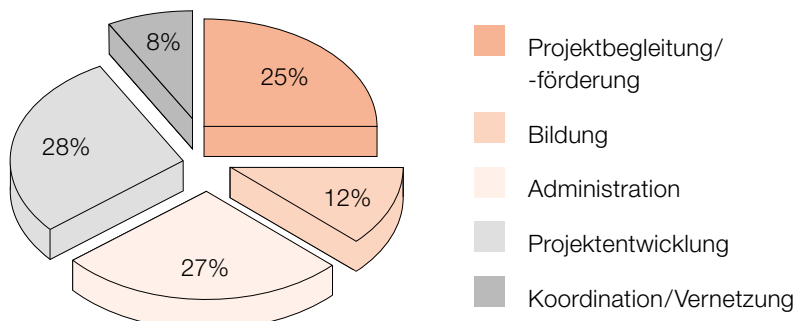
Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention Obwalden/Nidwalden

Gemeinsame Fachstelle mit Nidwalden

Auf den 1. September 2001 wurden die Suchtprävention Nidwalden und die Gesundheitsförderung Obwalden zu einer Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention Obwalden/Nidwalden mit Sitz in Sarnen. Die Stelle umfasst 200 Stellenprozent. Die Aufgabenbereiche der Stelle sind Projektentwicklungen, Projektbegleitungen/-förderungen materieller und personeller Art, Bildungsarbeit für verschiedene Zielgruppen und Vernetzungs- und Koordinationsaufgaben zu Themen der Gesundheitsförderung und Prävention.

Arbeitsbereiche

der Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention Obwalden/Nidwalden



Das Jahr 2001 in Zahlen

Die Beratungsdienste des Departementes haben folgende Anzahl Fälle behandelt: Alkoholberatung 71, Drogenberatung 62 (davon 36 im Methadonprogramm), Jugend- und Elternberatung 155, Opferhilfeberatungsstelle 23.

Das Kantonsspital Obwalden schliesst das Rechnungsjahr 2001 mit einem Gesamtertrag von rund 30,4 Mio. Franken und einem Gesamtaufwand von rund 31,6 Mio. Franken ab. Der dem Kantonsspital zugesprochene Globalkredit von 10,7 Mio. Franken wurde damit um 1,2 Mio. Franken überschritten.

16'343 Personen im Kanton Obwalden haben total 12'062 616 Franken Prämienverbilligung für die Krankenkasse erhalten. Es wurden total 7'136 Haushalte unterstützt. Unterstützung erhielten 287 Alleinerziehende Personen mit einem oder mehreren Kindern.

Der Kanton Obwalden hat für die Zahnuntersuche bei den Schulkindern insgesamt 61'290 Franken aufgewendet. Kanton und Gemeinden haben zusammen total 75'667 Franken an die Zahnbehandlungskosten der Schulkinder geleistet.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die auf Grund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und erfüllt mit dem Veterinärdienst wichtige Aufgaben im Bereich Lebensmittelhygiene und Tierschutz.

Tag der offenen Tür

Für die offizielle Eröffnung der gemeinsamen Fachstelle wurde ein Tag der offenen Tür mit verschiedenen Attraktionen durchgeführt. Der Tag der offenen Tür fand gleichzeitig mit dem Inline-Race in Sarnen statt. Im «Xundheitsbus» konnte die Bevölkerung ihre Gesundheit testen und sich in medizinischen und Ernährungsfragen beraten lassen. Ein Alkoholsimulator bot insbesondere auch Jugendlichen Gelegenheit, das Fahrverhalten unter Alkoholeinfluss zu testen. Das Sensorama, ein Sinnesparcours, wurde vielfach von Familien aufgesucht und das Naturiamo bot Kindern die Gelegenheit für Spielerfahrungen mit der Natur. Besucher und Besucherinnen wurden mit alkoholfreien Drinks aus dem «Saftlade» und genussvollen Aperohäppchen bedient.

Schulgesundheitsdienst

Neue Verordnung bringt wesentliche Änderungen

Auf den 1. September 2001 ist die neue Schulgesundheitsverordnung in Kraft getreten. Die ärztlichen Untersuchungen bei Schuleintritt und die Zahnuntersuchungen vom Kindergarten bis und mit 6. Schuljahr werden neu mit einem Gutscheinsystem durchgeführt (freie Arzt- beziehungsweise Zahnarztwahl). Neu wird im 4. Schuljahr eine Haltungskontrolle angeboten, welche von den Gemeindeärzten durchgeführt wird. Im 9.

Schuljahr finden in den Schulklassen Beratungsgespräche zum Thema Gesundheitsverhalten statt und die Schülerinnen und Schüler erhalten einen individuellen Beratungsgutschein, den sie bei Bedarf beim Gemeindearzt einlösen können. Im Kindergarten oder bei Schuleintritt wird wie bisher ein Augenuntersuchung durchgeführt.

Die Erfahrungen mit dem Gutscheinsystem, welches für die Zahnuntersuche im Schuljahr 2000/2001 versuchsweise eingeführt wurde, sind noch nicht befriedigend. Obwohl es bei den Erziehungsberechtigten auf durchwegs positives Interesse gestossen ist, wurden von total 4'941 verteilten Gutscheinen nur 3'893 beziehungsweise 78 Prozent eingelöst. Durch gezielte Information soll dieser Anteil erhöht werden. Die Untersuchungen der Zähne aller Schulkinder kostete den Kanton 61'290 Franken.

Die Zahnbehandlungskosten (Total 37'833 Franken Kantonsanteil) konnten im Schuljahr 2000/2001 zum letzten Mal statistisch erhoben werden. Die Behandlungskosten pro behandeltes Kind beliefen sich im Durchschnitt auf rund 194 Franken. An die Zahnbehandlungskosten leisten der Kanton und die Gemeinden künftig keine Beiträge mehr.

Für die Durchführung der Zahnprophylaxe in den Schulen, sind ab Schuljahr 2002/2003 die Gemeinden zuständig.



Zahnprophylaxeunterricht im Kindergarten.

Veterinärwesen

BSE-Bekämpfung nach wie vor ein Thema

Tierhalter meldeten drei Fälle mit klinischem Verdacht auf BSE. Alle Untersuchungen waren in der Folge jedoch negativ. Insgesamt wurden bei 138 Rindern die gezielte und aktive BSE-Überwachung im Rahmen des staatlichen Überwachungsprogrammes mit dem BSE-Prionics-Test durchgeführt; alle Tests verliefen negativ.

Die Notwendigkeit einer integralen Lebensmittelkontrolle von der Futtermittelherstellung über die Tierhaltung, die Schlachtung, die Verarbeitung und den Handel bis zum Tisch der Konsumenten ist heute unbestritten und Bestandteil aller modernen Kontrollkonzepte. Im Einzelnen bedingt dies eine Kontrolle der Futtermittel, eine funktionierende Tieridentifikation und Tierverkehrskontrolle, die Aufzeichnungspflicht für alle an Nutztiere verabreichten Antibiotika, eine saubere Trennung aller Produkte im Schlachthof, eine eindeutige Kennzeichnung jeder Lieferung tierischer Produkte und eine informative und umfassende Deklaration der Nahrungsmittel beim Verkauf. Diese Bestrebungen werden durch die neu eingeführte amtstierärztliche Kontrolle in Tierhaltungsbetrieben (Blaue Kontrollen) unterstützt.

Weitere Schwerpunkte bildeten die vorbereitenden Massnahmen gegen eine mögliche Einschleppung von Maul- und Klauenseuche (MKS), die Konsolidierung der Tierverkehrsdatenbank und der Start der Flächen-sanierung von Lungenkrankheiten der Schweine.

Regionalisierung der Veterinärdienste wird geprüft

Auf Anregung der Zentralschweizer Regierungskonferenz wurde eine Zusammenlegung der kantonalen Veterinärdienste geprüft. Während die Kantone Luzern und Zug zurzeit in diesem Bereich aus unterschiedlichen Gründen selbstständig bleiben wollen, beabsichtigen die Departementvorsteher der anderen Zentralschweizer Kantone einen Veterinärdienst Urschweiz aufzubauen. Unter der Leitung des Bundesamtes für Veterinärwesen erarbeiten die Kantonstierärzte mögliche Konzepte.

Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Weiterbildung und Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Alkohol- und Drogenberatung, Jugend- und Elternberatung, Opferhilfeberatung, Ehe- und Familienberatung, Behindertenberatung und Betagtenberatung) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Kinder- und Jugendschutz auch im Kanton Obwalden ein Thema

An einer Weiterbildungsveranstaltung vom November 2001 mit den Einwohnergemeinden wurde zum Thema Kinder- und Jugendschutz deutlich bestätigt, dass auch im Kanton Obwalden die traurige Gewissheit besteht, dass einige Kinder Opfer von Misshandlung, Ausbeutung und Vernachlässigung sind. Mit einem fachkompetenten Referenten der Hochschule für Soziale Arbeit wurden die zuständigen Behördemitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialdienste in die Verantwortlichkeit für den Kinderschutz sowie für die Anordnung und Durchsetzung von Kinderschutzmassnahmen eingeführt. Verschiedene kantonale Beratungsstellen und Institutionen des Kantons Obwalden haben in Kurzreferaten ihre Berührungspunkte zum Kinder- und Jugendschutz aufgezeigt. Die Komplexität dieses Themas lässt sich nur in einer Fachgruppe sorgfältig und differenziert bearbeiten, da die Untersuchung und Behandlung von Kindesmisshandlungen eine sehr delikate und komplexe Angelegenheit ist.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Eine neue Broschüre gibt Auskunft über das bestehende Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung. Insbesondere finden Interessierte Informationen über das bestehende Angebot nach Leistung und Qualität

sowie der verschiedenen Betreuungsarten und Vorschläge für die Wahl der richtigen Betreuungsart für die Kinder.

Leitbild zur Familienpolitik von Morgen

Das Thema Familienpolitik hat einen hohen Stellenwert. Davon zeugen auch eine grosse Anzahl familienpolitischer Vorstösse im Kantonsrat. Im Steuerungsausschuss der Regierungen von Obwalden und Nidwalden wurde vereinbart, dass von den kantonalen Sozialämtern ein Vorschlag für die Erarbeitung eines gemeinsamen Familienleitbildes zu unterbreiten sei. Beide Regierungen haben im September 2001 die Projektbeschriebe für ein gemeinsames Familienleitbild sowie für die Entwicklung von Grundlagen in der Familienpolitik zustimmend zur Kenntnis genommen und den Projektkredit bewilligt.

Sozialhilfe in Obwalden

Der Ist-Zustand der Organisation der Sozialhilfe wurde überprüft und im Bericht «Organisation der Sozialhilfe Obwalden» (SOHIO-Bericht) wurden Änderungsvorschläge und Konzeptvarianten dargestellt. Im Mai 2001 wurde der SOHIO-Bericht den Einwohnergemeinden und den Institutionen im Sozialbereich vorgestellt. Aus dem anschliessenden Vernehmlassungsverfahren ergibt sich, dass vor allem die Einwohnergemeinden folgende Massnahmen des Regierungsrates unterstützen:

- Einführung einer kantonalen Sozialkonferenz
- Erarbeitung einer Organisationsform für eine regionalisierte Amtsvormundschaft
- Aufbau einer einheitlichen Statistik
- Umsetzung von Qualitätskriterien der sozialen Arbeit bei den Gemeindesozialdiensten
- Neuregelung der Zuständigkeiten bei Leistungsverträgen mit Dritten

Bedarf nach Beratung der Opferhilfe genommen

Die Zahl der Opferhilfesuche stieg im Berichtsjahr weiter an. Im Jahr 2001 wurden 23 Mandate geführt (15 Frauen und 8 Männer) gegenüber dem Jahr 2000 mit 15 Mandaten.

Nach Opferhilfegesetz können sich Opfer, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden sind, an die Opferhilfeberatungsstelle wenden. Aufgabe der Beratungsstelle ist es, dem Opfer psychologische, materielle und juristische Hilfe zu leisten oder zu vermitteln.

Im Auftrag der Zentralschweizer Regierungsratskonferenz (ZRK) vom Mai 2001 wird ein Konzept zur Optimierung einer künftigen regionalen Zusammenarbeit im Bereich der Opferhilfe erarbeitet.

Suchtberatung

Bereich legale Drogen: Steigender Beratungsbedarf

Mit mehr als siebenzig Anfragen nach Information und Beratung oder nach langfristiger psychosozialer Begleitung übertraf die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Alkoholberatung im Jahr 2001 diejenige des Vorjahres.

Ein Blick auf die konkreten Fallzahlen zeigt, dass sich im Berichtsjahr die Anzahl männlicher Klienten überdurchschnittlich erhöht hat, während nur noch halb so viele Frauen, die selber suchtmittelabhängig sind und also nicht als Angehörige kommen, den Beratungsdienst von sich aus aufsuchten oder an ihn vermittelt wurden.

Bereich illegale Drogen: Fehlende Institutionen

Die Zahl der Beratungsfälle in diesem Bereich blieb im Jahre 2001 stabil. Durch das ärztlich verschriebene Opiat Methadon sind die meisten Abhängigen sozial stabilisiert, können einer Arbeit nachgehen. Allerdings fehlt so oft eine Motivation für einen Methadonentzug.

Für Schwerstabhängige, welche sich im Methadonprogramm nicht bewähren und für die eine Totalabstinenz (noch) nicht in Frage kommt, fehlen im Kanton Obwalden geeignete Institutionen und Behandlungen, wie zum Beispiel ein ärztlich verordnetes Heroiprogramm und betreute Wohnangebote. Betroffen sind pro Jahr rund zwei bis drei Klientinnen und Klienten. Bei diesen Personen entste-

Beratungsfälle legaler Drogen

	1996	2000	2001
<i>Männer</i>			
Bestand Anfang Jahr	29	19	20
Neuaufnahmen	15	17	29
Total Fälle	44	36	49
Gruppe Suchtgefährdete und Suchtkranke		(36)	(45)
Gruppe «Angehörige, Bezugspersonen, Vorgesetzte»		(0)	(4)
Abschlüsse	15	16	18
Bestand Ende Jahr	29	20	31
<i>Frauen</i>			
Bestand Anfang Jahr	5	12	9
Neuaufnahmen	1	15	14
Total Fälle	6	27	22
Gruppe Suchtgefährdete und Suchtkranke		(14)	(7)
Gruppe «Angehörige, Bezugspersonen, Vorgesetzte»		(13)	(15)
Abschlüsse	–	19	12
Bestand Ende Jahr	6	8	10

In den Fallzahlen der Statistik sind auch einige wenige Fälle von Essstörungen und Spielsucht erfasst.

hen für die Suchtberatung und die Gemeinden Platzierungs- und Betreuungprobleme.

Jugend- und Elternberatung

Neben der eigentlichen Kernaufgabe Beratung war die Jugend- und Elternberatung mehrmals mit traumatischen Ereignissen konfrontiert, wie Suizidversuchen und Suizid von Jugendlichen. Vernetzte Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen, der Schulleitung, den Behörden ist in solchen Fällen sehr wichtig damit eine optimale Betreuung für alle betroffenen Personen gewährleistet werden kann.

Auf Grund dieser Ereignisse haben die Jugend- und Elternberatung und der Schulpsychologische Dienst einen «Leitfaden für das Verhalten in der Schule nach einem traumatischen Ereignis – speziell bei Suizid und Suizidversuch» für Schulleitungen und Behörden erarbeitet.

Um Schwellenängste abzubauen und die Früherfassung zu fördern hat die Jugend- und Elternberatung Obwalden gemeinsam mit den Jugendberatungen der Zentralschweiz einen

Internetauftritt (www.no-zoff.ch) aufgebaut.

Ausserschulische Beratungstätigkeit

Im Januar organisierte die Kantonale Jugendhilfekommission zusammen mit der Jugend- und Elternberatung eine Jugendhilfekonferenz für Personen, die sich mit der ausserschulischen Jugendarbeit befassen. Die Evaluation zeigte, dass die Konferenz auf grosses Interesse stiess, jedoch die Frage auftauchte: Wie geht es weiter? Deshalb gab die Kantonale Jugendhilfekommission in einem ersten Schritt das Informationsblatt «Frischer Fisch» heraus. Darin werden Themen der ausserschulischen Jugendarbeit behandelt. Personen, die sich damit befassen, sollen hier eine Plattform erhalten und miteinander vernetzt werden.

Die 2. überarbeitete Auflage der «Klick-Karten» für Jugendliche ist im Frühjahr 2001 erschienen. «Klick» besteht aus 72 Karten. Diese geben Informationen und Tipps zu Lebensfragen von Jugendlichen. Die Karten moralisieren nicht, haben aber den Anspruch, Denkanstösse und positive



«Frischer Fisch» ist ein neues Informationsblatt der Jugendhilfekonferenz und beinhaltet verschiedene Themen der Jugendarbeit im Kanton Obwalden.

Werte zu vermitteln. Je nach Thema werden Fragen und Probleme des Jugendalters spielerisch oder ernsthaft aufgenommen, sowie Lösungswege und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Der Inhalt der Karten richtet sich an Jugendliche ab 14 Jahren.

Asylkoordination

Nach einem Bestand von 256 Personen am 1. Januar 2001 sind im Laufe des Jahres in Obwalden 261 neue Asylgesuche eingereicht worden und 105 Abgänge zu verzeichnen. Am 31. Dezember 2001 waren 261 Personen in Obwalden untergebracht und wurden von der Caritas betreut. Nach wie vor wurden dem Kanton vom Bund vor allem Personen aus Ex-Jugoslawien, Sri Lanka und Türkei zugeteilt. Eine optimale Aufteilung in den Gemeinden konnte nicht immer gewährleistet werden, da es besonders in Alpnach und Sarnen schwierig war günstigen Wohnraum zu mieten.

In Anwendung des bundesrätlichen Beschlusses zur Humanitären Aktion 2000 wurde im Kanton Obwalden bei allen bis zum 31. Dezember 1992 eingereichten Asylgesuchen von integrierten Personen aus Sri Lanka und Ex-Jugoslawien die vorläufige Aufnahme beantragt. In Obwalden waren im Jahr 2000 von dieser Aktion 106 Personen betroffen. Im Jahre 2001 konnten in Obwalden nach Abklärungen von diversen Kriterien, so auch der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, 20 Personen die B-Bewilligung entgegennehmen.

Durch ein Zusammenarbeitsprojekt der Kantone Obwalden und Nidwalden können die Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme im Asylwesen unter der Leitung der Caritas im bisherigen Rahmen und Standard angeboten werden. Dieses Jahr fanden Näh- und Computerkurse statt.

BAU- UND FORST- DEPARTEMENT



Regierungsrat Hans Matter lässt sich vom Kantonsoberröster Peter Lienert über das generelle Sanierungskonzept «Giswiler-Lau» informieren.

«Integrales Planen und Handeln ermöglicht die Berücksichtigung und Abwägung aller Interessen am Lebensraum und sichert den prioritären Einsatz der Ressourcen».

Regierungsrat Hans Matter, Vorsteher des Bau- und Forstdepartementes

Abteilung Hochbau und Departementssekretariat

Raumoptimierungskonzept vor- erst gescheitert

Der Kantonsrat hat am 31. Mai 2001 mit einer knappen Mehrheit von 27 zu 24 Stimmen die Vorlage des Regierungsrates über einen Projektierungskredit zur Raumoptimierung von Kantonsschule, Berufs- und Weiterbildungszentrum, Kantonsbibliothek und Staatsarchiv zurückgewiesen. In der Debatte zeigte sich, dass die Raumbedürfnisse der vier Institutionen von keiner Seite in Zweifel gezogen werden. Kritik erfuhr das

Projekt jedoch infolge der nicht abschätzbaren finanziellen Auswirkungen des Gesamtvorhabens auf den Staatshaushalt und die gegenseitige finanzielle und zeitliche Abhängigkeit bei der Umsetzung des Konzepts. Der Regierungsrat will nun weitere Entscheide über die Verwirklichung des Konzeptes erst im Rahmen der Amtsdauer- und Finanzplanung 2003/2006 fällen. Er hat aber die Projektgruppe ROK wieder eingesetzt und diese im Hinblick auf entsprechende Entscheide beauftragt, die Variante «opti» zu aktualisieren und dieser eine neue Variante «Grundacher+» gegenüberzustellen.

Informatik Leistungszentrum Obwalden/Nidwalden mit Standort Obwalden

Gestützt auf die interkantonale Vereinbarung über das Informatikleistungszentrum der Kantone Obwalden und Nidwalden müssen die Informatikämter der beiden Kantone räumlich zusammengeführt werden.

Bau- und Forstdepartement

Das Bau- und Forstdepartement (BFD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2000	Ende 2001
Bauamt	28.5	27.5
Abteilung Hochbau/Departementssekretariat	5.1	5.1
Amt für Wald und Landschaft	11.7	11.9



Das Informatikleistungszentrum ILZ Obwalden/Nidwalden konnte im Büntenterminal (Güterstrasse) in Sarnen für seine Bedürfnisse massgeschneiderte Räumlichkeiten beziehen.

Das Jahr 2001 in Zahlen

- Im Jahr 2001 beliefen sich die durch das Bau- und Forstdepartement getätigten Investitionen auf insgesamt 48 Millionen Franken, davon entfielen 30,2 Millionen Franken auf den Nationalstrassenbau.
- Der Nettoaufwand für baulichen und betrieblichen Unterhalt beträgt für
 - die Nationalstrassen: baulicher Unterhalt 3,1 Millionen Franken, betrieblicher Unterhalt 1,6 Millionen Franken
 - die Kantonsstrassen: baulicher Unterhalt 1,0 Millionen Franken, betrieblicher Unterhalt 1,7 Millionen Franken
 - die Hochbauten: baulicher Unterhalt 1.2 Millionen Franken
- Im Hochwasserschutz wurden 11,1 Millionen Franken investiert, woran der Kanton Beiträge von 1,85 Millionen Franken leistete.
- Die Investitionen für Schutzwaldpflege und Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren beliefen sich auf neun Millionen Franken, ohne Aufrüstung des vom Orkan «Lothar» herrührenden Schadholzes.
- Für den Naturschutz wurden Beiträge von insgesamt rund 920'000 Franken ausbezahlt.

Die beiden Regierungen entschieden sich für den Standort Sarnen. Im «Büntenterminal» an der Güterstrasse konnte eine noch frei einteilbare Bürofläche mit einer langfristigen Miete sichergestellt werden. Der Betrieb kann bereits ab Februar 2002 in den neuen Räumen aufgenommen werden. Darin lassen sich bis zu 22 Arbeitsplätze unterbringen. Neben den Büroräumen weist das Zentrum verschiedene Produktionsräume wie Serverraum, Druckerraum, Konfigurationsraum und Lager sowie einen Schulungsraum, ein Sitzungszimmer und einen Aufenthaltsraum auf. Dank dieser Standortwahl konnten für den Kanton Obwalden rund zwanzig hoch qualifizierte Arbeitsplätze gesichert werden.

Bedarfsgerechte Erweiterung der Psychiatrie Obwalden/Nidwalden

Unter dem Motto: «So gross wie nötig – so klein wie möglich» erarbeitete eine Arbeitsgruppe im Auftrage der Gesundheitsdepartemente von Obwalden und Nidwalden eine Studie zur bedarfsgerechten Erweiterung der Psychiatrie Obwalden/Nidwalden. Darin wird ein dringender Handlungsbedarf ausgewiesen. Eine Umsetzung der aufgezeigten Lösungen setzt jedoch übergeordnete Entscheide über die weitere Zusammenarbeit der beiden Spitäler voraus. Die Studie kann allenfalls später als Grundlage für die künftige Spitalplanung dienen.

Bauamt

Das Bauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören der Bau der Nationalstrasse und Kantonsstrassen sowie die Gewässerverbauungen.

Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die kantonalen Hochbauprojekte sowie die Liegenschaftsverwaltung. Als Bauherrenvertreter obliegt ihr die Projektbegleitung und die Gewährleistung von Quantität, Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude ist die langfristige Werterhaltung und Funktionsfähigkeit der kantonalen Bauten gesichert.

Die Abteilung Strassenbau ist zuständig für die Planung und den Bau der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen sowie der Lärmschutzbauten. Sie richtet gemäss der Strassenbeitragsverordnung Strassenbeiträge (Treibstoffzollanteile und Verkehrsabgaben) an Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie an Dritte aus, führt Verkehrszählungen durch und betreut die Radwege sowie die Fuss- und Wanderwege.

Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und Bewilligung von Strassenaufbrüchen, von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten.

Der Abteilung Wasserbau obliegt die fachliche Beratung bei Gewässerverbauungen und -unterhalt. Sie übt die Aufsicht über die Gewässer und Stauanlagen aus und arbeitet eng mit den Wuhrgenossenschaften zusammen. Sie führt weiter die Verzeichnisse der Konzessionen und Bewilligungen für die Inanspruchnahme der Gewässer durch Bauten und Anlagen, für Materialentnahmen und für die Nutzung zu Trink- und Gebrauchszwecken.

Liegenschaftsverwaltung

Verkauf und Kauf von Liegenschaften
Seit Jahren bemüht sich der Kanton um den Verkauf der Liegenschaft Diechtersmatt in Giswil. Das Grundstück im Ausmass von rund 20'000 Quadratmetern wurde 1994 aus der Liquidation der Wohnbau AG Giswil vom Kanton käuflich übernommen. Nachdem Verkaufsverhandlungen mit der Gemeinde Giswil zu keinem für den Kanton befriedigenden Abschluss gebracht werden konnten, fand sich mit der PAX Wohnbauten AG, Basel, ein geeigneter Investor, der Interesse am gesamten Grundstück zeigte. Der Kaufvertrag konnte am 4. Juli 2001 unterzeichnet werden. Der Eigentumsübergang erfolgt aber erst nach Vorliegen eines rechtskräftigen Quartierplanes und von rechtskräftigen Baubewilligungen der geplanten Bauten. Diese Planverfahren stehen kurz vor dem Abschluss.

Der Kanton ist Eigentümer mehrerer Parzellen im Dorfkernbereich von Sarnen. Sie werden heute zur Hauptsache als Autoparkfläche unwirtschaftlich genutzt. Zur zweckmässigen Überbauung eines dafür geeigneten Planungsareals fehlten bisher noch zwei private Parzellen. Die Eigentümer verkauften diese nun dem Kanton. Der Kantonsrat hat dem Kauf zugestimmt.

Abteilung Strassenbau

Finanzierung

Die Bundesbeitragssätze für die Nationalstrasse blieben im Berichtsjahr unverändert, das heisst Bau samt Lärmschutz 97 Prozent; baulicher Unterhalt 97 Prozent; betrieblicher Unterhalt 95 Prozent. Für strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung und Lärmschutz-Verordnung beträgt der Beitragssatz des Bundes für die übrigen Strassen zurzeit 63 Prozent.

Der Anteil des Kantons Obwalden an den Mineralölsteuererträgen des Bundes betrug im Jahr 2001 rund 7,1 Millionen Franken und war gegenüber dem Vorjahr wegen der geringeren Strassenlasten um ein Prozent rückläufig. Von diesem Betrag erhielten die Gemeinden und öffentlich rechtlichen Körperschaften für ihre Strassenaufwendungen 3,35 Millionen Franken. Der erstmals ausbezahlte Kan-



Steinschlagschutz A8 – Brünigstrasse bei Kaiserstuhl.

tonsanteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe betrug 1,02 Millionen Franken.

Betrieblicher Unterhalt

Keine ausserordentliche Ereignisse
Der ordentliche Betrieb der Kantonsstrassen und der Nationalstrasse A8 wurde im Jahr 2001 durch keine unvorhersehbaren Ereignisse gestört. An der A8/Brünigstrasse, der Melchtalerstrasse und der Engelbergerstrasse wurden umfangreiche Waldbau- und Sicherungsarbeiten ausgeführt, teilweise noch als Folge des Sturms «Lothar» von Ende 1999.

Baulicher Unterhalt

Umfangreiche Hang- und Felsicherungen

Für die baulichen Massnahmen für die Substanzerhaltung standen im Berichtsjahr 1,0 Millionen Franken zur Verfügung. Dieser Betrag musste fast vollständig für die zweite Etappe der Sanierung der Kantonsstrasse Grafenort-Engelberg eingesetzt werden. Dies führte zu einem weiteren Anstieg des Nachholbedarfes im baulichen Unterhalt.

Das Sicherheitsmanagement für den Loppertunnel ist 2001 in einer ersten Phase erarbeitet worden. Diese erste Phase beinhaltete das Sicherheitsleitbild, die Sicherheitsorganisation sowie die Erhebung und Beurteilung von Ereignisszenarien. Die Verstärkungsarbeiten an den Verankerungen im Abschnitt «Hauetli», Niederstad konnten nach dreijähriger Bauzeit abgeschlossen werden. Technische Probleme auf Grund der sehr

anspruchsvollen Arbeiten führten zu einer längeren Bauzeit als ursprünglich vorgesehen.

Im Rahmen des Integralprojektes Steinschlagschutz entlang der Brünigstrasse zwischen Brünig und Giswil sind die waldbaulichen Massnahmen und Sicherungsarbeiten im Bereich Stielti, Kaiserstuhl, ausgeführt worden. Zudem wurden auf dem Abschnitt Chäl – Wallimannkurve waldbauliche Eingriffe vorgenommen.

Kantonsstrassen: Neue Kreisel

Im Sommer 2001 konnte die erste Etappe der Kreuzungssanierungen an der Nordstrasse in Sarnen abgeschlossen werden. Die beiden Kreisel haben je einen Durchmesser von 27,5 Metern und funktionieren bestens. Mit dem Projekt, das zusammen mit der Dorfschaft Sarnen realisiert wurde, konnte auch eine neue Rad-Gehwegverbindung zwischen den beiden Kreiseln gebaut werden.

Fortschritte sind in der gesetzlich vorgegebenen Planung des Lärmschutzes gemacht worden. Die Strassenlärmschutz-Teilsanierungsprogramme für die Gemeinden Sarnen, Sachseln, Alpnach, Kerns und Giswil liegen vor. Entlang der Kantonsstrassen sind ausschliesslich Fenstersanierungen vorgesehen.

Bau Nationalstrasse A8

Umfahrung Giswil: Tunnelbetonarbeiten laufen zügig voran

Am 8. Februar 2001 fand die letzte Sprengung für den Strossenabbau statt. Damit wurde der Tunnelaus-

bruch abgeschlossen und die Innenausbauarbeiten, das heisst die Betonarbeiten konnten in Angriff genommen werden. Die Betonarbeiten am Innengewölbe, an der Zwischendecke und am Sohlengewölbe waren bis Ende 2001 zu 40 Prozent abgeschlossen. Ebenfalls konnte der 100 Meter lange Tagbautunnel abgeschlossen werden und mit dem Bau der Lüftungszentrale wurde begonnen. Alle Bauarbeiten laufen termingerecht, sodass das Ziel Eröffnung der Umfahrung Giswil auf Ende 2003 erreicht werden kann (siehe auch www.a8-ow.ch).

Umfahrung Lungern: Geologische Schwierigkeiten beim Bau des Erkundungsstollens

Am 11. Januar 2001 konnte das Anfräsen des Erkundungsstollens der A8 Umfahrung Lungern gefeiert werden. Die ersten Monate verliefen problemlos und nach Programm. Im Sommer 2001 ist die Tunnelbohrmaschine bei Tunnelmeter 950 auf immer schlechteren und vor allem nicht mehr standfesten Fels gestossen. Mehrere Niederbrüche von Felspartien an der Stollenbrust und über dem vordersten Teil der Tunnelbohrmaschine bremsten den Vortrieb. Diese Ereignisse erfolgten glücklicherweise ohne dass Menschen verletzt wurden und ohne dass grösserer Materialschaden entstand.

Die Bauzeit des drei Kilometer langen Erkundungsstollens mittels Fräsvortrieb mit der Tunnelbohrmaschine von ursprünglich knapp einem Jahr wird sich etwa verdoppeln. Frühestens im Herbst 2002 kann der Durchstich erwartet werden. Der Durchstich wird in den bereits fertig gestellten Stollenausbruch des Gegenangriffes beim Südportal erfolgen. Mit einem konventionellen Sprengvortrieb in der Felsstrecke und mit der Rohrschirmmethode in der erwarteten und auch angetroffenen Lockergesteinstrecke wurde dieser 240 Meter lange Stollenabschnitt im Jahr 2001 programmgemäss ausgebrochen.

Das Ausführungsprojekt des Haupttunnels wurde vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation im September 2001 genehmigt. Das Detailprojekt wird nach Fertigstellung des Erkundungsstollens erarbeitet.

Abteilung Wasserbau

Wasserrecht

Mit einem Mehr von 63,4 Prozent hat das Obwaldner Stimmvolk am 2. Dezember 2001 das neue Wasserbaugesetz angenommen. Alle Gemeinden haben mit einem deutlichen Ja-Stimmenanteil zugestimmt. Das neue Wasserbaugesetz enthält folgende Neuerungen:

- Wasserbau und Gewässerunterhalt sind künftig grundsätzlich Sache der Öffentlichkeit (Kanton und Gemeinden), wobei das bisherige System der Wuhrgenossenschaften beibehalten werden kann.
- Es sind auch andere Formen der Trägerschaft und der Finanzierung möglich.
- Es regelt die möglichst natürliche Gestaltung und sinnvolle Nutzung der Gewässer.
- Es regelt die Bewilligungsverfahren für die Gewässernutzung und Gewässerverbauungen sowie die Finanzierung und Planung der generellen Wasserbauprojekte und der Wasserbau-Ausführungsprojekte.

Das Gesetz ist seit dem 1. Januar 2002 in Kraft.

Wildbachverbauungen

Im Jahr 2001 wurden rund 11,15 Millionen Franken für Verbauungen aufgewendet, woran der Kanton Beiträge von 1'845'000 Franken leistete. Die budgetierten Kantonsanteile von rund 1'460'000 Franken wurden um rund 385'000 Franken überschritten, weil durch den verzögerten Baubeginn der Verlegung Dorfbach Sachseln ein entsprechender Nachholbedarf im Jahr 2001 entstand.

Das Integralprojekt Giswiler Laui wurde abgeschlossen. Es umfasst insgesamt Massnahmen in der Höhe von 13,53 Millionen Franken. Der Kantonsrat hat am 20. September 2001 einen Kantonsbeitrag von insgesamt 2'070'833 Franken gesprochen. Für die wasserbaulichen Massnahmen in der Höhe von 9'240'000 Franken hat er einen Beitrag von 16,5 Prozent beziehungsweise 25 Prozent in Abhängigkeit des Bundesbeitrages bereitgestellt. Das Projekt liegt zurzeit beim Bund zur Genehmigung.

Dorfbach Sachseln

Nach dem sehr zeitaufwändigen Landerwerb und der Einsprachen erledigung wurden die Bauarbeiten am 30. März 2001 mit einem offiziellen Spatenstich begonnen. Danach schritten die Bauarbeiten sehr zügig voran. Sieben Brücken und zwei Fussgängerstege wurden erstellt. Der Voraushub für das neue Dorfbachgerinne, das neue Delta und die Bachverbauung zwischen Sarnersee und Kantonsstrasse sind fast fertig gestellt. Folgende, im Jahr 2001 erbrachten Leistungen zeigen die Grösse dieses Bauwerkes:

Erbrachte Leistungen

Pfähle (Brückenfundationen)	500 Meter
Beton für Brücken	1'500 Kubikmeter
Vorspannkabel	450 Meter
Armierungsstahl (Brücken und Pfähle)	250 Tonnen
Voraushub Bachgerinne	100'000 Kubikmeter
Wuhrblöcke (Ufer und Sohlriegel)	7'000 Tonnen

Amt für Wald und Landschaft

Das Amt für Wald und Landschaft ist kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Abwehr von Naturgefahren sowie Jagd. Zentrale Aufgaben sind die nachhaltige Sicherung der Waldbestände (Abteilung Walderhaltung) und deren Funktionen (Abteilung forstliche Planung), die Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, der Schutz aller Wildtiere sowie die Erhaltung ihrer Lebensräume, die Jagdplanung und -organisation (Abteilung Natur und Jagd) sowie die Abwehr von Naturgefahren (Abteilung Naturgefahren). Im Vordergrund stehen dabei die Beratung, die Anordnung sowie die Umsetzung konkreter Massnahmen.

Abteilung Natur und Jagd

Moorbiotopschutz im Alpwirtschaftsgebiet

Vom 16. November bis 17. Dezember 2001 erfolgte die öffentliche Auflage der kantonalen Schutz- und Nutzungspläne mit Reglement zur Erhaltung der Moore von nationaler Bedeutung im Alpwirtschaftsgebiet der Gemeinden Giswil und Sarnen. Die Auflageakten wurden erweitert mit dem Detailplan zur touristischen Nutzung der Naturschutzzone Hinteregg/Andresen und Hinteregg/Schlierental. Grundlage dazu war das von der Bezirksgemeinde Schwendi erarbeitete touristische Feinkonzept über das betreffende Gebiet. Gegen die Bestimmungen zum Detailplan gingen zwei Einsprachen ein.

Und jetzt der Moorlandschaftsschutz

Moore und Moorlandschaften sind seit 1987 geschützt. Der Bund gibt für die Moorlandschaften als allgemeines Schutzziel die «Erhaltung jener natürlichen und kulturellen Eigenheiten der Moorlandschaften, die ihre besondere Schönheit und nationale Bedeutung ausmachen» vor. Die zulässige Gestaltung und Nutzung darf der Erhaltung der für die Moorlandschaften typischen Eigenheiten nicht widersprechen. Der Kanton hat nun



Blick über Teile der Landschaftsschutzgebiete Ostufer «Sarnensee-Flüeli-St. Niklausen», «Giglen-Kirchhofen» und «Flue-Zimmertal-Hinter Schwarzenberg».

den Auftrag dafür zu sorgen, dass im Obwaldner Teil der Moorlandschaft Glaubenberg die Nutzungen mit den Vorgaben des Bundes übereinstimmen. Dies ist durch den Erlass eines Schutz- und Nutzungsplanes mit Reglement vorgesehen.

Obwalden: Reich seltenster Pflanzen und Tiere

Tatkräftig unterstützten viele Freiwillige und verschiedene Organisationen den Kanton beim Erfüllen der gesetzlichen Pflicht, für den Schutz, die Erhaltung und die Förderung von geschützten Tier- und Pflanzenarten zu sorgen. Dank dieser Arbeiten werden immer wieder wertvolle Naturschätze entdeckt und es kann auf deren Lebensräume bewusst Rücksicht genommen werden.

Natur- und Landschaftsschutz: Ein Betriebszweig für die Landwirtschaft

Mit dem Inkrafttreten der Ökoqualitätsverordnung durch den Bund am 1. Mai 2001 wurde von Seiten Land-

wirtschaftspolitik ein klares Bekenntnis zu noch mehr Ökologie in der Landwirtschaft abgelegt. Zusammen mit dem Landwirtschaftsamt mussten die honorierbare Qualität von Ökoflächen sowie die Bedürfnisse an die ökologische Vernetzung definiert werden.

Im Rahmen von Bewirtschaftungsverträgen flossen im Berichtsjahr 915'148 Franken in die Obwaldner Landwirtschaft. Der Bund übernahm rund 68 Prozent dieser Kosten, den Rest hatten der Kanton und die Gemeinden zu tragen.

Forschungsprojekt im Rorwald angelaufen

Im Jahr 2001 ist ein umfassendes Forschungsprojekt in der grössten unbehandelten «Lothar»-Sturmschadenfläche der Schweiz, im Rorwald, Giswil, angelaufen. Im Auftrag von Bund, Kanton Obwalden, Waldeigentümerin und Pro Natura befasst sich ein Team der Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf, mit Fragestellungen zur



Überwachung der Käferentwicklung im Waldreservat Rorwald.

Waldentwicklung, zu Waldschädlingen und zu Naturgefahren nach Orkan «Lothar». Die Auswirkung der Waldschäden auf die Brutvogelpopulation wird durch die Vogelwarte Sempach untersucht.

Mehr Jäger

Die Aufgabenerfüllung der Jagd ist kostendeckend. Im Vergleich zum Vorjahr haben mehr Jäger ein Jagdpatent gelöst. Die weniger streng formulierten Abschussvorschriften konnten jedoch die Jäger nicht vollends bewegen, in Eigenverantwortung einen zahlenmässig etwa gleichen Abschuss nach Geschlecht beim Reh- und Gämswild zu tätigen. Hingegen ist der Eingriff in die Jugendklasse gemäss den Vorgaben des Bundes gut erfüllt worden. Das Abschusskontingent von 17 Stück Hirschen und 33 Stück Kahlwild wurde nur um 3 Stück Kahlwild nicht erreicht. Auch im Jahr 2001 musste keine Nachjagd angeordnet werden.

Zunehmend wird das Wild in seinen Lebensräumen durch menschliche Freizeitaktivitäten wie Schneeschuhlaufen, Gleitschirmfliegen und Sportklettern bedrängt. Diese zum Teil unkontrollierte Entwicklung kann vor allem für geschützte Vogelarten wie die Rauhfussshühner (Auerwild, Birkwild, Haselwild) zum Bestandesrückgang oder sogar zum gebietsweisen Aussterben führen. Aber auch jagdbares Schalenwild wird dadurch in seinen Einständen gestört, was vor allem im Winter zu unnötiger Verbisstätigkeit und Stressreaktionen führt.

Abteilung Forstliche Planung

Revision Orthofotos

Als Grundlage für die Planung von «Lothar» - Wiederherstellungsmassnahmen erfolgte in den Bereichen Stanserhorn, Schlierental und Lauital eine Revision der Orthofotos.

Waldentwicklungsplan Giswil genehmigt

Mit dem Waldentwicklungsplan Giswil konnte mittlerweile die vierte regionale Waldplanung abgeschlossen werden. Die Waldentwicklungspläne werden gemeindeweise ausgearbeitet. Ende 2001 präsentierte sich der Bearbeitungsstand über den ganzen Kanton wie folgt:

Waldentwicklungsplan Ende 2001

Gemeinden			
Sarnen		in Bearbeitung	
Kerns	genehmigt		
Sachslen		in Bearbeitung	
Alpnach			in Vorbereitung
Giswil	genehmigt		
Lungern	genehmigt		
Engelberg	genehmigt		

Waldrand wird neu bestimmt

Zur Neubestimmung der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Grundlage für die Direktzahlungen sowie zur Bearbeitung der Ebene Bodenbedeckung im Rahmen der Amtlichen Vermessung ist eine flächendeckende Feststellung des Waldrandes in Bearbeitung. In den Gemeinden Giswil und Lungern konnten diese Arbeiten bereits abgeschlossen werden.

Wiederherstellung von «Lothar»-Schäden

Über das ganze Kantonsgebiet wurden im Rahmen von Sammelprojekten ein Waldwiederherstellungsprojekt und ein Waldstrassenwiederherstellungsprojekt ausgearbeitet. Die beiden Projekte beinhalten alle von «Lothar» verursachten Schäden im Wald und an den Waldstrassen.

Das Waldwiederherstellungsprojekt umfasst einen Perimeter von 876 Hektaren. Auf 48 Prozent dieser Fläche sind Pflanzungs- oder Pflegemassnahmen vorgesehen. Pflanzungen erfolgen nur im Rahmen von Stützpunkten, die eigentlich bepflanzte Fläche beträgt somit nur 6 Prozent der Schadenfläche. Die Wiederherstellung stützt sich ganz wesentlich auf Naturverjüngung ab. Die Gesamtkosten betragen 3,84 Mio. Franken, der Kantonsbeitrag beläuft sich auf 1'113'000 Franken.

Das Waldstrassenwiederherstellungsprojekt umfasst sämtliche vom Orkan «Lothar» beeinträchtigte Waldstrassen im Kanton. Die betroffene Strassenlänge beträgt 72 Kilometer. Die Sanierungsmassnahmen verursachen Kosten von über 2,3 Mio. Franken, davon sind 1,7 Mio. Franken beitragsberechtigt. Der Kantonsbeitrag beläuft sich auf 340'000 Franken.

Abteilung Walderhaltung

Orkan «Lothar» bestimmte das Arbeitsprogramm weiterhin

Bis Mitte Jahr stand immer noch das Aufräumen von «Lothar»-Schäden im Vordergrund. Dank der konsequenten und zielgerichteten Vorgehensweise konnte die Räumung von Primärschäden aber vor den Sommerferien abgeschlossen werden. Die Aufrüstung der Sturmschäden ging im Verlauf des Frühsommers 2001 fliessend in die Aufarbeitung der ersten Folgeschäden über. Bei den Räumungsarbeiten kamen nebst den betriebseigenen Fachleuten und Maschinen erneut private Forstunternehmungen zum Einsatz. Aber auch Zivilschutzeinheiten leisteten wertvolle Unterstützung.

Gesamthaft ergibt sich aus Orkan «Lothar» für die Aufrüstung des Schadholzes folgende Bilanz:

Jahr	Menge in m ³	Aufwand Fr.	Kantonsbeitrag in Fr.
2000	195'000	24'000'000	127'000
2001	95'000	13'500'000	68'000
Total	290'000	37'500'000	195'000

Zusätzlich blieben etwa 30'000 m³ Windwurfholz unbearbeitet auf den Schadenflächen liegen. Somit hat Orkan «Lothar» am 26. Dezember 1999 in Obwalden 320'000 m³ Holz geworfen.

Walderhaltung

Das Waldfeststellungsverfahren im Bezirk Schwendi-Wilen der Gemeinde Sarnen wurde abgeschlossen. Das Verfahren in der Gemeinde Lungern steht kurz vor dem Abschluss. Die Behandlung verschiedener Einsprachen zum Waldfeststellungsverfahren in der Gemeinde Engelberg beansprucht viel Zeit und zieht sich in das Jahr 2002 hinein.

Abteilung Naturgefahren

Wenig Naturereignisse im Jahr 2001

Wie schon im Vorjahr blieben dem Kanton Obwalden im Jahr 2001 grössere Naturereignisse erspart. Verschiedene lokale Ereignisse traten aber auch im Jahr 2001 ein.

Fortschritte bei der Umsetzung der Gefahrengrundlagen

Bereits im Jahr 2000 begann das Amt für Wald und Landschaft zusammen mit der Dienststelle Raumplanung des Planungs- und Umweltsdepartementes mit der Erarbeitung einer kantonalen Richtlinie zur Umsetzung der Gefahrenkarten in der Richt- und Nutzungsplanung. Dieses Grundlagenpapier konnte weiterentwickelt und in einer ersten Lesung im Regierungsrat beraten werden.

Neu in den Gefahrenkataster aufgenommene Ereignisse

Prozess	Lawine	Sturz	Rutschung	Wasser	Total
Kerns			3		3
Sarnen			2		2
Sachseln					0
Alpnach			1		1
Giswil			4		4
Lungern				1	1
Engelberg	2	2		1	5
Total	2	2	10	2	16



Sicherheitsholzerei oberhalb der Käppelstrasse und der Brünigbahn in Lungern.



Wasser im Dienste des Menschen – Anlage eines Kleinkraftwerkes zur Stromerzeugung

PLANUNGS- UND UMWELT- DEPARTEMENT



Regierungsrat Hans Wallimann (dritter von links) schickt den «Abig-Bus Obwalden», der die Ortsteile Kerns-Dorf, Sand, St. Niklausen und Flüeli-Ranft neu auch in den Abendstunden bis Mitternacht erschliesst, auf die «Jungfernfahrt».

«Eine intakte Umwelt ist die Basis für eine lebenswerte Zukunft.»

Regierungsrat Hans Wallimann, Vorsteher des Planungs- und Umweltdepartementes

Amt für Umwelt und Energie

Regelung der Öffnung des Strommarktes verzögert

Die eidgenössischen Räte haben in der Dezember-Session 2000 das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) beschlossen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Es wird befürchtet, dass durch die Öffnung des Strommarktes der Service public in der Elektrizitätswirtschaft und die Sicherheit der Stromversorgung nicht mehr gewährleistet wären. Das Bundesamt für Energie hat in der Folge die Umsetzung des EMG mit den zuständigen und betroffenen Stellen der Bran-

che, der Wirtschaft, der Konsumenten und der Kantone verhandelt. Der Entwurf einer Energiemarktverordnung (EMV) zur Umsetzung der Regeln des EMG hat allerdings in der Vernehmlassung vom November 2001 noch wenig überzeugt. Die Volksabstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz findet am 22. September 2002 statt.

Elektrizitätswerk Obwalden rüstet sich für den offenen Strommarkt

Im offenen Strommarkt fallen die Monopole der Elektrizitätsversorgungsunternehmen weitgehend weg. Die Konsumenten können ihre Stromlieferanten frei wählen. Es verbleibt nur noch das natürliche Monopol der Stromleitungen. Die Eigner der Stromleitungen müssen aber im Rahmen der Kapazität ihrer Leitungen auch fremden Strom diskriminierungsfrei durchleiten. Dieses neue Prinzip der Marktwirtschaft in der Stromversorgung tangiert auch die Stellung des Elektrizitätswerk Obwalden EWO.

Planungs- und Baudepartement

Das Planungs- und Baudepartement (PUD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 1999	Ende 2000
Amt für Umwelt- und Energie	7.6	7.6
Amt für Raumordnung und Verkehr	15.4	15.05

Der Verwaltungsrat des EWO ist der Überzeugung, dass die heutige Rechtsform der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt für das EWO im offenen Strommarkt wenig geeignet ist. Er beantragt deshalb eine Änderung der Rechtsform und die Überführung des EWO in eine Aktiengesellschaft mit Holdingstruktur. Der Regierungsrat beschloss den erforderliche Gesetzesentwurf in erster Lesung und gab ihn im Frühjahr 2001 in eine breite Vernehmlassung.

Das Energiewirtschaftsgesetz wurde in der Vernehmlassung mehrheitlich positiv beurteilt. Es zeigte sich allerdings noch Erklärungsbedarf insbesondere bei der Eignerstrategie der neuen Aktiengesellschaft und bei der Abgrenzung gegenüber der übergeordneten Regelung im Elektrizitätsmarktgesetz. Das Rechtsetzungsverfahren beim Energiewirtschaftsgesetz wird erst nach der Volksabstimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz weitergeführt.

Umwelt

Abfall geht auf die Reise

Entsprechend dem Vertrag zwischen der Entsorgungsregion Zofingen (ERZO) und dem Entsorgungszweckverband Obwalden sowie dem Kehrichtverwertungsverband Nidwalden wurden im Jahre 2001 erstmals rund 10 000 Tonnen brennbare Siedlungsabfälle zur Verbrennung in die Kehricht-Verbrennungsanlage Oftringen geliefert. Dies entspricht rund einem Drittel der in beiden Kantonen anfallenden Menge. Der Transport erfolgt mittels Grosscontainern auf Lastwagen. Die Schmalspur der Brünigbahn und die von der Bahn abseitige Lage der drei Kehricht-Verbrennungsanlagen im Kanton Aargau verhindern einen wirtschaftlichen Bahntransport. Rund 23'000 Tonnen wurden infolge von Kapazitätsengpässen in den Keh-

Amt für Umwelt/Energie

Das Amt für Umwelt und Energie koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Die Dienststelle Umwelt betreut die Fachgebiete Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge sowie Abfallbewirtschaftung und Tankanlagen. Die Dienststelle Gewässer und Fischerei bearbeitet die Fachbereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, umweltgefährdende Stoffe, Umweltverträglichkeitsprüfung und Fischerei. Sie stellt die Fischereipatente aus. Die Dienststelle Energie befasst sich mit den Aufgaben der Energiefachstelle, der Konzessionierung von Wasserkraftanlagen, dem Bergregal sowie der Wärmenutzung aus Wasser und Boden.

richt-Verbrennungsanlagen des Kantons Aargau im Einverständnis mit dem Bundesamt für Wald und Landschaft in der Deponie Cholwald abgelagert. Die Zusammenarbeit unter den neuen Partnern im Kanton Aargau spielte sich im Verlaufe des Jahres gut ein.

Abfallregion Zentralschweiz und Aargau

Der Entwurf des Berichtes «Koordinierte Nutzung der Abfallanlagen», der im Auftrag der Zentralschweizer Kantone und des Kantons Aargau erstellt worden war, wurde bei allen Interessierten in die Vernehmlassung gegeben. Die Aussagen des Berichtes wurden allseitig unterstützt. An ihrer Herbsttagung verabschiedete die Zentralschweizer Umweltschutzdirektoren-Konferenz den Bericht im zustimmenden Sinne. Die für den Kanton Obwalden wichtigsten Aussagen bis ins Jahr 2015:

Das Jahr 2001 in Zahlen

- Bei der Giftsammlung in Sarnen wurden innerhalb von vier Stunden 4'460 Kilogramm Gifte entgegengenommen.
- Für die Fischerei am Eugensee in Engelberg konnten 3'519 Tagespatente verkauft werden. Das entspricht einem Absatz von durchschnittlich 19 Patenten pro Tag während der Fangsaison.
- In den vom Kanton betriebenen Fischbrut- und Teichanlagen wurden 4'670'000 Felchen und 53'500 Bach- und Seeforellen aufgezogen. Pro Einwohner sind dies 141,5 Felchen und 1,6 Forellen.
- In den Abwasserreinigungsanlagen Sarneraatal, Engelberg und Melchtal wurden 7'672'000 m³ Abwasser oder 265 m³ pro angeschlossenen Einwohner behandelt.
- Im Fahrplanjahr 2000/2001 haben die öffentlichen Verkehrsmittel (SBB-Brünig, LSE und Postauto), welche den Kanton Obwalden bedienen, 1'837'408 km zurückgelegt
- Im Jahr 2001 wurden Handänderungen von Grundstücken im Gesamtbetrag von 238'475'841 Franken vorgenommen.
- Die Bodenrechtskommission hat eine Landfläche von 8,1 ha aus dem bäuerlichen Bodenrecht entlassen.
- Die Siedlungsabfälle werden im Kanton Aargau thermisch verwertet.
- Der Klärschlamm wird in der Klärschlammverbrennungsanlage in Emmen beseitigt.
- Spezielle Abfälle wie zum Beispiel Altholz werden zur Verwertung oder Beseitigung ausserkantonalen Anlagen zugeführt.
- Die Verwertung respektive Beseitigung von Inertstoffen und Aushub hat innerhalb des Kantons zu erfolgen.



Leider sind solche Bilder auch heute noch anzutreffen. Diese «Abfallbewirtschaftung» ist illegal.

Die «In-Luft» arbeitet mit dem Kanton Aargau zusammen

Die sechs Zentralschweizer Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Zug betreiben seit 1999 unter dem Namen «In-Luft» ein gemeinsames Messnetz zur Überwachung der Luftqualität. Im Jahr 2001 erfolgte im Bereich der Immissionsmessungen eine enge Kooperation mit dem Kanton Aargau im Rahmen der projektbezogenen Zusammenarbeit der Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz ZUDK. Durch diese fachtechnische Zusammenarbeit resultiert eine Effizienzsteigerung im Bereich der Kommunikation, und dank des gemeinsamen Betriebs der Datenzentrale und der Informatikmittel kann die Datenqualität gesteigert werden. Insbesondere wird die Vergleichbarkeit und die Aussagekraft der Daten erhöht. Die gemeinsame Information der Öffentlichkeit macht deutlich, dass die Luft keine Grenzen kennt.

Über die Luftqualität in der Zentralschweiz und im Kanton Aargau im Jahr 2000 wurde die breite Öffentlichkeit wie im Jahr zuvor mit einem attraktiv gestalteten Flyer informiert.

Zentralschweizer Massnahmenplan Luftreinhaltung in der Umsetzungsphase

Der im Jahr 1999 von der ZUDK beschlossene Massnahmenplan Luftreinhaltung hat zum Ziel, die Emissionen von Luftschadstoffen zu begrenzen. Er beinhaltet zehn Massnahmen zur Emissionsreduktion in den Bereichen überregionaler Strassenverkehr, Regionalverkehr, energiesparendes und ökologisches Bauen, Baustellen und Feuerungen. Im Verlauf des Jahres 2001 wurde mit der Umsetzungsplanung der einzelnen Massnahmen in Projektgruppen begonnen.

Keine oberirdische Gemeinschaftsschiessanlage

Für eine oberirdische Schiessanlage im Raum Obwalden/Nidwalden besteht zur Zeit kaum eine Chance, und für einige Gemeinden wird die Zeit für die Sanierung ihrer Schiessanlagen wegen der allerletzten Sanierungsfrist vom 31. März 2002 knapp. Die Projekte für regionale Anlagen im Gebiet Schlierenrüti, Alpnach, und Cholwald, Ennetmoos, gelten aus diversen Gründen als nicht realisierbar. Hingegen erfolgte im Sommer 2001 der Spatenstich für die privat geführte unterirdische 300m-Schiessanlage Walchi im Hag, Lungern. Die Gemeinden Lungern und Giswil werden ab dem Jahr 2003 ihre Schiessanlässe in dieser Anlage veranstalten. Für die 300m-Schiessanlage Alpnach wurden für die Schiessen im öffentlichen Interesse Sanierungserleichterungen, verbunden mit baulichen und betrieblichen Sanierungsmassnahmen, befristet auf 3 Jahre bis Frühling 2005 gewährt. Gegen diese Verfügungen wurden Beschwerden beim Regierungsrat eingereicht. Der Gemeinde Engelberg wurden analoge Sanierungserleichterungen in Aussicht gestellt.

Gewässer und Fischerei

Halbzeit bei den Generellen Entwässerungsplänen

Die Generellen Entwässerungspläne GEP sind ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung eines sachgemässen Gewässerschutzes und einer zweckmässigen Siedlungsentwässerung in den Gemeinden. Deshalb leisten Bund und Kanton Abgeltungen an die Kosten für deren Erarbeitung. Mit dem Entsorgungszweckverband Obwalden, den Einwohnergemeinden Sachseln, Kerns und Lungern sowie der Dorfschaftsgemeinde Sarnen und der Bezirksgemeinde Schwendi haben nun die Hälfte der Gemeinden und der Verband die GEP erstellt. Die GEP in den übrigen Einwohner- und Bezirksgemeinden sind in Bearbeitung und werden voraussichtlich bis Ende 2002 abgeschlossen sein.

Abwasserreinigung: Sarneraa vom Abwasser entlastet

Im Winter 2000/Frühjahr 2001 wurde die Tiefenwassereinleitung für das ge-



Messkampagne Tunnel Sachseln: Einsatz des Messwagens über dem Tunnelportal.



Die Auslaufdüse der Tiefenwassereinleitung vor dem Einbau 15 Meter unter die Wasseroberfläche des Alpnachersees

reingete Abwasser der ARA Sarneraatal gebaut. Durch die direkte Einleitung des Abwassers in die tiefen Schichten des Alpnachersees wird einerseits die Sarneraa entlastet und andererseits das Algenwachstum im Alpnachersee reduziert. Die veranschlagten Gesamtkosten von 2'810'000 Franken konnten um rund 108'000 Franken unterschritten werden. Die Inbetriebnahme fand am 28. August 2001 statt.

Ende der Klärschlamm-Deponierung

Bis zum Jahr 2000 wurde der Klärschlamm aus den Abwasserreinigungsanlagen Sarneraatal und Engelberg auf der Deponie Cholwald abgelagert. Seit 1. Januar 2001 wird ein Teil, ab 2002 die gesamte Menge des entwässerten Schlammes in die Klärschlammverbrennungsanlage Buholz (LU) des Gemeindeverbandes für Abwasserreinigung Region Luzern (GALU) entsorgt.

95 % der Grund- und Quellwasserschutz-zonen ausgeschieden

Von den 100 auszuscheidenden Grund- und Quellwasserschutz-zonen sind bis Ende 2001 deren 95 durch den Regierungsrat rechtskräftig erlassen worden. Damit sind insgesamt rund 200 Fassungen geschützt.

Spitzenjahr am Eugenissee

Im Jahr 2001 konnte mit 3'519 verkauften Tagespatenten für den Eugenissee ein Rekordergebnis erzielt werden. Bei den Fischfang-Patenten für die übrigen Gewässer setzte sich die seit einigen Jahren leicht rückläufige Tendenz fort. Der Grund dafür liegt im markanten Rückgang bei den Tageskarten und Ferienpatenten.

Gesunde Fische in Bächen und Fischzuchtanlagen – Hechtbandwurm im Lungerer- und Sarnersee

Seit einigen Jahren tritt bei Bachforellen in Fliessgewässern des schwei-

zerischen Mittellandes vermehrt eine bakterielle Nierenkrankheit (proliferative Nierenkrankheit PKD) auf. Bei den entsprechenden Untersuchungen in unserem Kanton erwiesen sich die Forellen aus der Fischzuchtanlage Sarnen sowie aus vier ausgewählten Bächen als PKD-frei. Auch virale Erkrankungen konnten in den Fischzuchtanlagen Sarnen und Kaiserstuhl keine festgestellt werden.

Seit zehn Jahren kommt hauptsächlich im Lungerer- und Sarnersee der Hechtbandwurm vor. Dieser Parasit mit dem Hecht als Endwirt befällt im Lauf seines Lebenszyklus zwei Zwischenwirte, ein Planktonkrebchen und die Felchen. Zwischenwirte und Endwirt werden durch den Befall in der Regel kaum beeinträchtigt. Aufgrund der im Muskelfleisch meist deutlich erkennbaren Cysten sind die befallenen Felchen allerdings nicht mehr vermarktungsfähig. Für den Menschen besteht beim Genuss solcher Fische keine Gefahr.

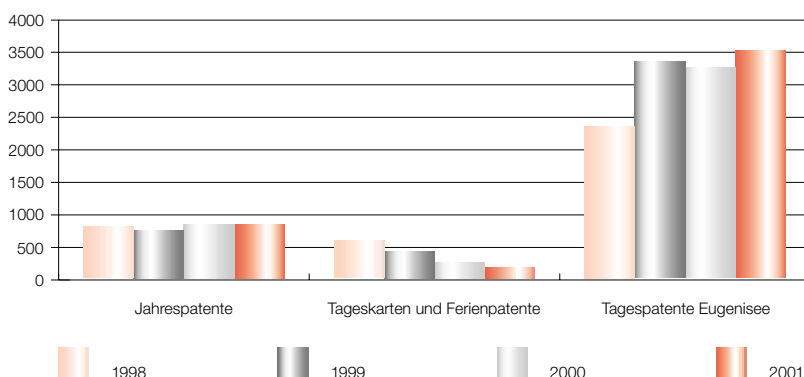
Raumplanung

Umnutzung Flugplatz Kägiswil im Richtplan

Im Januar 2001 erliess der Regierungsrat die künftig anzuwendenden richtungsweisenden Festsetzungen. Gleichzeitig mit den Randbedingungen für eine Umnutzung wurden die Ziele für die private Luftfahrt dahingehend festgelegt, dass für diese der Anschluss an bestehende Strukturen oder allfällig in der Zentralschweiz zu schaffende Kapazitäten zu suchen sei.

Im März 2001 genehmigte der Kantonsrat diese Anpassungen des Richtplans. Damit sind die raumplanerischen Randbedingungen für die künftige Umnutzung des Flugplatzareals behördenverbindlich geworden. Durch die im Juli 2001 erfolgte Genehmigung der Anpassung durch den Bundesrat werden die über die Kantonsgrenze hinausreichenden Festlegungen auch für die Behörden von Nachbarkantonen und Bund verbindlich.

Patentverkäufe 1998 bis 2001



Grundlagenarbeit für den kantonalen Richtplan

Die notwendigen Grundlagenarbeiten wurden weitergeführt. Aufbauend auf die im Vorjahr erstellte Musterdarstellung wurden in erster Linie vorhandene Daten verschiedener Amtsstellen

Amt für Raumordnung und Verkehr

Das Amt für Raumordnung und Verkehr befasst sich mit raumwirksamen Fragen und der Gesamtverkehrsplanung. Es sorgt insbesondere dafür, dass der kantonale Richtplan als Koordinationsinstrument der raumwirksamen staatlichen Massnahmen aktualisiert ist und ein übergeordnetes Controlling erlaubt. Es unterstützt die Behörden bei der Erarbeitung der kommunalen Führungsinstrumente. Es behandelt Baugesuche ausserhalb der Bauzone und berät Behörden und Private in allen Fragen der Verfahrenskoordination. Die Verkehrsplanung hat namentlich die bestmögliche Koordination des individuellen und öffentlichen Verkehrsinfrastrukturangebots zum Ziel. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt für das Sarneraatal das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. In Engelberg besteht eine eigene Dienststelle. Die Abteilung ist darüber hinaus mit Aufgaben im Vermessungs- und Schätzungsbereich betraut.

aus raumbedeutsamen Sachbereichen für die Gesamtdarstellung der Raumordnung Obwaldens aufbereitet. Neue Grundlagen wurden nach Absprache mit den zuständigen Gemeindebehörden für einzelne Bereiche der Bauzonen erhoben.

Tourismuskonzept Glaubenberg – Rahmenbedingungen erarbeitet

Die im vorangegangenen Jahr eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete zusammen mit den betroffenen Amtsstellen von Kanton und Bund ein Nutzungskonzept, welches Rahmen und Randbedingungen für die künftige touristische Nutzung im Gebiet Glaubenberg aufzeigt. Nach Abgleichung der unterschiedlichen Interessen wurde das Konzept den davon betroffenen Grundeigentümern durch den Bezirksgemeinderat Schwendi vorgestellt und abgegeben. Mit Beschluss vom 6. November 2001 bezeichnete der Regierungsrat das Konzept als Grundlage für die kantonale Schutzplanung. Damit ist es für den zu erlassenden Schutzplan Moorlandschaft verbindlich geworden.

Verkehrsplanung

Angebotsvorstellungen der Planungsregion Zentralschweiz für das Projekt «Bahn 2000 2. Etappe»

Am 30. März 2001 lieferte die Planungsregion Zentralschweiz im Rahmen des Projektes «Bahn 2000 2. Etappe» dem Bundesamt für Verkehr (BAV) den Schlussbericht über die Angebotsvorstellungen der Region Zentralschweiz für den Zeitraum 2020 ab. Um die in diesem Bericht prognostizierte starke Verkehrszunahme beim öffentlichen Verkehr von rund 60% bewältigen zu können, sind verschiedene Ausbauten der Schieneninfrastruktur im Raume Zentralschweiz notwendig (Doppelspur Luzern–Hergiswil, Kapazitäts- und Zufahrtserweiterung im Bahnhof Luzern, durchgehende Doppelspur Luzern–Zug).

Öffentlicher Verkehr: Ausbau des Angebotes in den Spitzen- und Abendstunden

Dank der weiterhin sinkenden Abgeltungssummen für die gleichen Angebote im regionalen Personenverkehr konnten zusätzlich drei neue Angebote eingeführt werden. Die Erweiterungen der Betriebszeiten machen es nun möglich, dass die Einwohnerinnen und Einwohner aller sieben Obwaldner Gemeinden das Zentrum ihrer Gemeinde bis 24.00 Uhr mit dem öffentlichen Verkehrsmittel erreichen können. Dabei verkehrt einerseits der Bahnersatzbus der Brünig-

bahn auch mit seinen beiden letzten Kursen neu über Giswil hinaus bis nach Lungern und andererseits erschliesst der neue «Abig-Bus Obwalden» die Ortsteile Kerns-Dorf, Sand, St. Niklausen und Flüeli-Ranft neu auch in den Abendstunden bis Mitternacht.

Die stetig zunehmenden Pendlerströme nach und von Luzern und Stans erfordern zusätzliche Angebote und erweiterte Platzkapazitäten. Da bis zum geplanten Ausbau der Strecke Luzern–Allmend–Kantons-grenze Luzern/Nidwalden auf Doppelspur höchstens vier Zugspare pro Stunde die einspurige Bahnlinie benutzen können, konnte mit dem Fahrplanwechsel vom 10. Juni 2001 eine dritte stündliche Verbindung nach Luzern nur mit einem Umsteigevorgang in Hergiswil realisiert werden. Diese zusätzliche Verbindung in den Spitzenstunden von Montag bis Freitag in der Zeit von 16.00 bis 19.00 Uhr bildet gleichzeitig eine Direktverbindung zwischen Sarnen und Stans und umgekehrt.

Baukoordination

Ordentliche Baugesuche in steigender Zahl

Bei der Koordinationsstelle sind im Jahre 2001 insgesamt 422 Baugesuche (Vorjahr 364 Gesuche) und 26 Gesuche zur Vorabklärung eingegangen. 256 Gesuche wurden durch raumplanerische Verfügungen des Planungs- und Umweltdepartementes erledigt.

Baugesuchseingang bei der Koordinationsstelle

Gemeinden	Bauzone	ausserhalb Bauzone	Insgesamt
Sarnen	34	8	42
Dorfschaft Schwendi	9	24	33
Ramersberg	2	1	3
Kägiswil	7	9	16
Kerns	30	29	59
Sachslen	24	43	67
Alpnach	30	43	73
Giswil	14	54	68
Lungern	6	29	35
Engelberg	10	16	26
Insgesamt	166	256	422

Im Zusammenhang mit diesen Baugesuchen kam der Beratung der an der Verwirklichung von Bauprojekten Beteiligten (Bauwillige, Planer, Baubewilligungsbehörden, Amtsstellen usw.) ein hoher Stellenwert zu. Dank der personellen Verstärkung bei der Koordinationsstelle konnte eine Beschleunigung der Baugesuchsabwicklung erreicht werden.

Abteilung Grundbuch und Vermessung

Grundbuch Kreis I Sarneraatal: Komplexere Geschäfte

Neben der Benützung des EDV-Grundbuchs stieg auch der Beratungsbedarf (rechtliche Auskünfte, Vorprüfungen) stark an. Durch das Vorprüfen der Verträge (Urkunden) der Notare wird sichergestellt, dass die rechtlichen Aspekte den Anforderungen des Grundbuchs genügen. Bei vorgeprüften Urkunden erfolgten praktisch keine Abweisungen.

Statistisch nahmen diese Vorprüfungen in der Anzahl als auch im zeitlichen Bedarf stark zu, dies nicht zuletzt wegen der komplexeren Geschäfte wie verdichtete Bauweise, gemeinsame Nutzungen in Überbauungen (Heiztechnik, Abfallentsorgung, Gemeinschaftsräume, Tiefgarage, Spielplätze).

Statistisch wurden 529 Handänderungen im Gesamtbetrag von 178 655'353 Franken vorgenommen.

Gestützt auf einen Regierungsratsbeschluss und Ausführungsbestimmungen vom Juni 1999 wird den Amtsstellen des Kantons und den

Einwohner- und Bezirksgemeindekanzleien der direkte Zugriff auf das EDV-Grundbuch gestattet. Der Zugriff beschränkt sich auf die Angaben zu Eigentum, Grundstückbeschreibung und teilweise Dienstbarkeiten.

Grundbuchbereinigung kommt voran

Nach Abschluss des Auflageverfahrens und der Bereinigungsinspektion des Teilgebiets 1 Sarnen «Sonnenberg, Berg, Bergli» begannen die Bereinigungsarbeiten im Teilgebiet 2: «Nördlich Flüelistrasse – südlich Kernserstrasse – östlich SBB-Eisenbahnlinie – westlich A 8, mit den Gebieten Feld, Foribach, Grundacher, Hostett, Türlacher». Dieser Bereinigungsperimeter umfasst rund 470 Grundstücke (Parzellen, Baurechts- und Stockwerkgrundstücke). Im November 2001 wurden die Verhandlungen mit den Grundeigentümern aufgenommen. Einsprachen erfolgten bisher keine.

Grundbuch Kreis II Engelberg: Markante Zunahme des Geschäftsvolumens

Das Geschäftsvolumen nahm in allen Bereichen um rund 12% zu. Die Bereinigung wurde weiter verstärkt. Es erwies aber als schwierig, obsoletere Grundbucheinträge zu eliminieren, weil immer noch die Auffassung vorherrscht: «Ein im Grundbuch eingetragenes Recht wird nicht hergegeben».

Vermessung programmgemäss

Die Arbeiten in der Amtlichen Vermessung AV93 schritten programmgemäss fort. Die Ebene Fixpunkte

und grösstenteils auch die Ebene Liegenschaften, ausgenommen Kerns-Nord, sind über den gesamten Kanton vorhanden. Nun müssen die weiteren Ebenen Bodenbedeckung, Einzelobjekte, Administrative Einteilung und Nomenklatur erhoben werden.

Schätzungssekretariat: 14 Prozent mehr Schätzungen

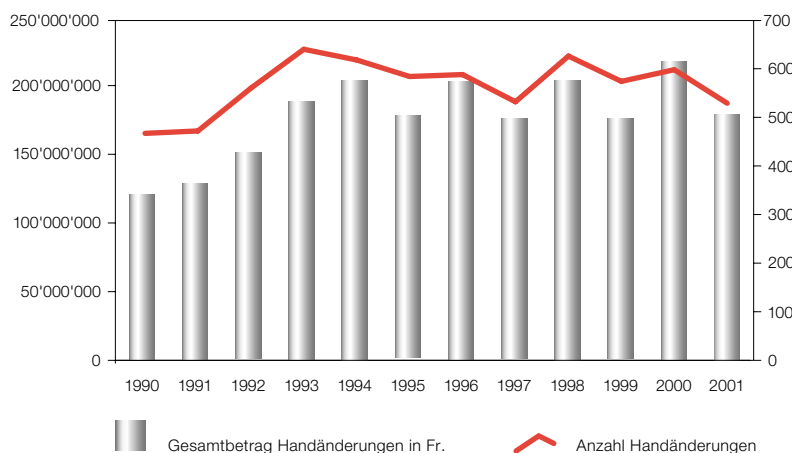
Es sind total 1'113 Grundstück-Steuerschätzungen vorgenommen worden. Davon entfallen 189 auf landwirtschaftliche und 568 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sowie 356 auf Stockwerkeigentum und Miteigentum. Die Anzahl der Grundstücksschätzungen stieg gegenüber dem Vorjahr um gut 14 Prozent, was insbesondere auf die Zunahme von 227 auf 356 Schätzungen betreffend Stockwerkeigentum und Miteigentum zurückzuführen ist.

Für die Wuhrgenossenschaften Lau Lungern, Vereinigte Lungerer Dorfbäche, Laui Giswil, Grossteilerbäche Giswil, Westliche Sarnersee-Wildbäche, Edisrieder- und Ewilerbäche Sachseln, Sachsler Dorfbach, Grosse Schliere Alpnach sowie Kleine Schliere Alpnach sind insgesamt 307 Nachschätzungen berechnet worden.

Aktive Bodenrechtskommission

Die Bodenrechtskommission fällte 129 Entscheide, davon zwei Pachtfälle, 40 Realteilungen von Gewerben beziehungsweise Zerstückelungen von Einzelparzellen, 52 Feststellungen über den Geltungsbereich des bauerlichen Bodenrechts, zehn Überschreitungen der Belastungsgrenze sowie 25 Handänderungen. Insgesamt wurde eine Landfläche von 8,1 ha aus dem bauerlichen Bodenrecht entlassen. Die bewilligte Verschuldung über die Belastungsgrenze hinaus betrug 926'000 Franken.

Entwicklung Handänderungen ab 1990



BERICHT ZUR STAATSRECHNUNG 2001

Gesamtergebnis

Mit Beschluss vom 1. Dezember 2000 genehmigte der Kantonsrat den vom Regierungsrat vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2001. Die Laufende Rechnung sah bei einem Gesamtaufwand von 224,8 Millionen Franken einen Aufwandüberschuss von 2,6 Millionen Franken vor. Zusammen mit den vom Kantonsrat bewilligten Nachtragskrediten I und II stieg der veranschlagte Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung für das Jahr 2001 auf 2,9 Millionen Franken. Das Defizit der Laufenden Rechnung wurde nun um insgesamt 4,5 Millionen Franken unterschritten, so dass sich ein Ertragsüberschuss von 1,6 Millionen Franken ergibt.

Bei der Investitionsrechnung sah der Voranschlag Gesamtinvestitionen von 66,0 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 11,5 Millionen Franken vor. Durch den vom Kantonsrat verabschiedeten Beschluss über einen Beitrag an das Hallenbad Obwalden erhöhten sich

sowohl die veranschlagten Gesamtinvestitionen als auch die Nettoinvestitionen auf gesamthaft 66,5 bzw. netto 12,0 Millionen Franken. Effektiv wurden die Nettoinvestitionen um 0,8 Millionen Franken unterschritten.

Dank den vermehrten Steuereinnahmen konnte das im Staatsvoranschlag 2001 vorgegebene Ziel einer ausgeglichenen Finanzierung erreicht werden.

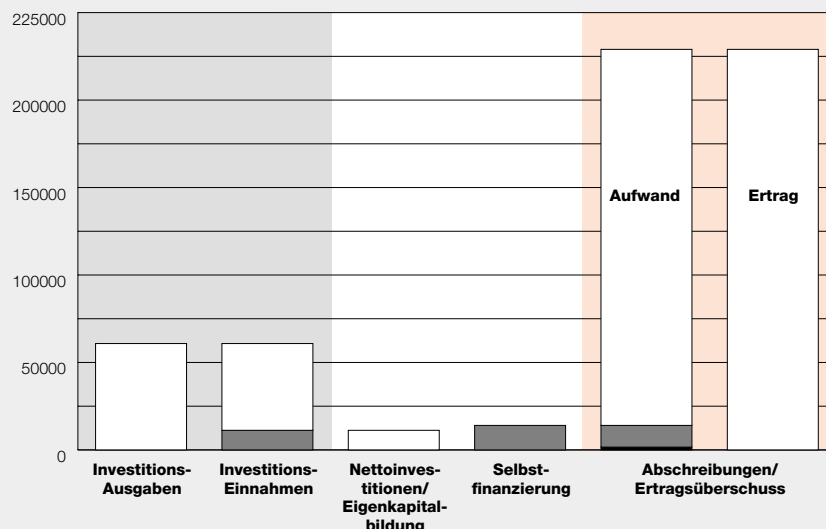
Die Investitionsrechnung weist im gesamtschweizerischen Vergleich weiterhin sehr hohe Bruttoinvestitionen von 60,8 Mio. Franken aus. Von den Gesamtausgaben des Kantons flossen im letzten Jahr rund 25 Prozent in Investitionen (doppelt soviel wie im schweizerischen Durchschnitt) und nur 75 Prozent mussten für Laufende Ausgaben aufgewendet werden. Die Investitionen erfolgten auch im letzten Jahr vor allem im Tiefbau (Bau der Nationalstrasse). Dank den hohen, sachbezogenen Einnahmen im Investitionsbereich bei den Wildbachverbauungen und der Nationalstrasse fallen die Nettoinvestitionen mit 11,2 Millionen Franken aber finanzierbar aus.

Dank dem positiven Ergebnis der Laufenden Rechnung und den vorgenommenen Abschreibungen ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von 125 Prozent (ohne Darlehen) respektive 212 Prozent (samt Darlehen). Da die Nettoinvestitionen im Vergleich zu den Vorjahren höher ausfielen, konnten die sehr guten Werte der drei Vorjahre nicht mehr ganz erreicht werden.

Der Selbstfinanzierungsgrad blieb aber auch mit den höheren Nettoinvestitionen deutlich über 100 Prozent, so dass der Kanton nebst der Eigenfinanzierung aller Investitionen zum vierten aufeinanderfolgenden Mal seine Nettoverschuldung abbauen konnte. Im Berichtsjahr reduzierten sich die Nettoverschuldung (samt Kantonsspital) um 2,6 auf nun 77,3 Millionen Franken, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 2'340.– entspricht. Die durch eine Sondersteuer finanzierte Restschuld für das Kantonsspital beträgt 20,4 Millionen Franken.

Gesamtergebnis

Investitionsrechnung	
Investitions-Ausgaben	Fr. 60'808
Investitions-Einnahmen	Fr. 49'595
Nettoinvestitionen	Fr. 11'213
Finanzierungsrechnung	
Nettoinvestitionen/ Eigenkapitalbildung	Fr. 11'213
Selbstfinanzierung	Fr. 14'013
Laufende Rechnung	
Aufwand	Fr. 214'979
Ertrag	Fr. 228'992
Abschreibungen	Fr. 12'405
Ertragsüberschuss	Fr. 1'608



Verwaltungsrechnung 2001

Ergebnis in 1'000 Fr.	Rechnung 2001	VA 2001 (samt Nachtrags- kredite)	Rechnung 2000	Rechnung 1999
Laufende Rechnung (LR):				
Aufwand	227'384	225'237	223'156	200'640
Ertrag	228'992	222'379	225'488	198'197
Aufwandüberschuss		2'858		2'443
Ertragsüberschuss	1'608		2'332	
Investitionsrechnung:				
Ausgaben	60'808	66'499	48'391	35'176
Einnahmen	54'206	57'179	42'924	25'804
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	6'602	9'320	5'467	9'372
Darlehen in Investitionsrechnung	4'611	2'673	1'178	-3'025
Zunahme Nettoinvestitionen (ohne Darlehen)	11'213	11'993	6'645	6'347
Finanzierung:				
Zunahme der Nettoinvestitionen	11'213	11'993	6'645	6'347
Abzüglich Abschreibungen	12'405	11'866	11'241	11'250
Aufwandüberschuss LR		2'858		2'443
Ertragsüberschuss LR	1'608		2'332	
Finanzierungsfehlbetrag		2'985		
Finanzierungsüberschuss	2'800		6'928	2'460
Selbstfinanzierungsgrad (ohne Darlehen)	125.0%	75.1%	204.3%	143.4%

Haushalts-Kennziffern

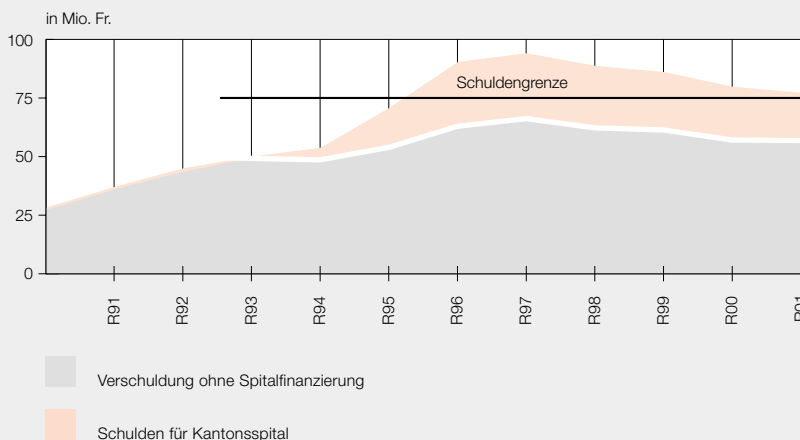
Gesamtverschuldung

Die ungedeckte Schuld¹⁾ des Kantons nahm um weitere 2,6 Millionen auf 77,3 Millionen Franken (eingeschlossen Kantonsspital) ab. Die Reduktion ergibt sich als Folge des Finanzierungsüberschusses von 2,8 Millionen Franken abzüglich des Saldos der Spezialfinanzierungen (AV93/Wasserbau). Mit der Reduktion der Gesamtverschuldung einher gehen die tieferen Kosten für die Verzinsung des Fremdkapitals. Die tieferen Schuldzinsen trugen ebenfalls dazu bei, dass die Laufende Rechnung des Kantons einen Überschuss auswies und die Gesamtverschuldung entsprechend vermindert werden konnte.

¹⁾ Ungedeckte Schuld nach Markus Stadler, Controlling in der öffentlichen Verwaltung; Verwaltungsvermögen abzüglich nicht abzuschreibendes Verwaltungsvermögen zuzüglich Finanzierungsfehlbetrag.

Gesamtverschuldung

des Kantons 1990 – 2001



Selbstfinanzierungsgrad

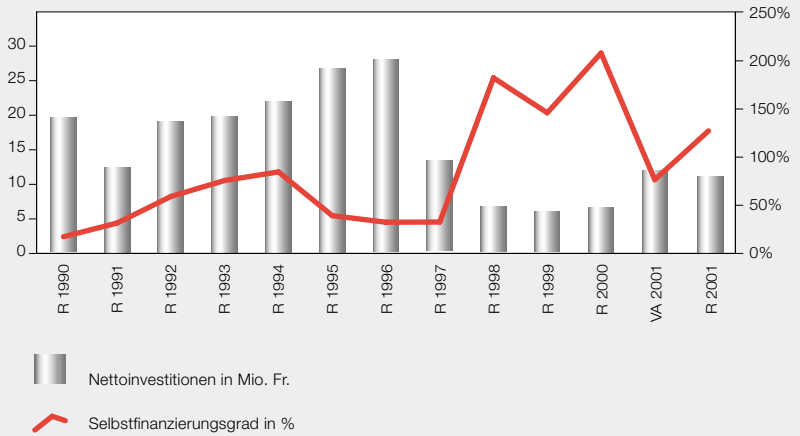
Der Selbstfinanzierungsgrad²⁾ der Investitionsrechnung blieb mit 125 Prozent zum vierten Mal in Folge über 100 Prozent, d.h. es fand keine weitere Erhöhung, sondern eine Rückzahlung von Schulden statt. Die Verbesserung im Vergleich zum Voranschlag ergab sich durch das bessere Ergebnis der Laufenden Rechnung sowie die darin enthaltenen, höheren Abschreibungen. Durch die von 6,6 auf 11,2 Millionen Franken gestiegenen Nettoinvestitionen wurden die sehr guten Werte der letzten drei Jahre nicht mehr ganz erreicht.

Im Rahmen der Finanzplanung wird ein durchschnittlicher Wert von 100 Prozent angestrebt.

²⁾ Selbstfinanzierungsgrad = Nettoinvestitionen ohne Darlehensbeiträge im Verhältnis zum Cashflow

Selbstfinanzierungsgrad

(ohne Darlehen) und Nettoinvestitionen von Rechnung 1990 bis 2001

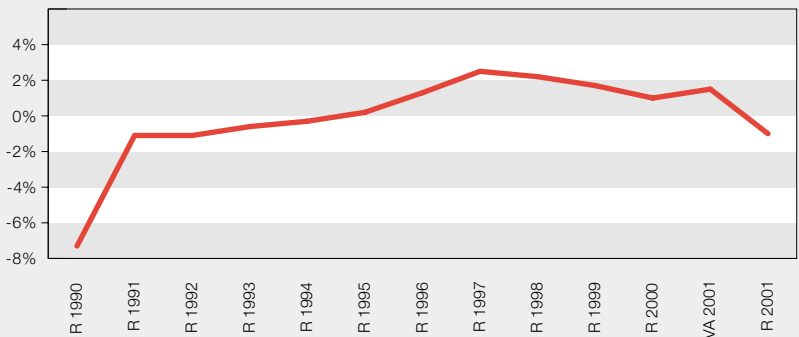


Zinsbelastungsanteil

Die Kennziffer Zinsbelastungsanteil weist aus, wie viel von den gesamten Kantonssteuereinnahmen von 43,9 Millionen Franken für die Verzinsung der Schulden aufgewendet werden muss. Dank den gestiegenen Kantonssteuereinnahmen einerseits beziehungsweise der höheren Vermögenserträge und tieferen Schuldzinsen andererseits hat sich der Zinsbelastungsanteil weiter verbessert. Erstmals seit 1994 kann sogar wieder ein positiver Zinsbelastungsanteil von 1 Prozent ausgewiesen werden, d.h. die Zinserträge fielen höher aus als die Schuldzinsen.

Zinsbelastungsanteil

im Verhältnis zu den Kantonssteuereinnahmen

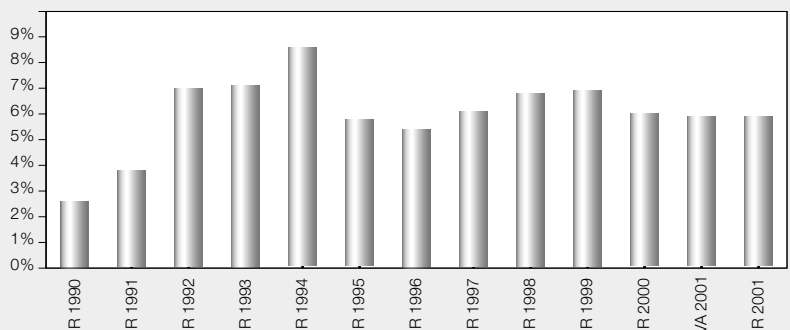


Kapitaldienstanteil

Der Kapitaldienstanteil zeigt, wie viel von den Gesamtausgaben der Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung (ohne Interne Verrechnungen) von 264,5 Millionen Franken für Abschreibungen und Verzinsungen früherer Investitionen aufgewendet werden muss. Mit 5,9 Prozent ist dieser Wert gegenüber dem Vorjahresniveau (6,0 Prozent) praktisch konstant geblieben. Den gestiegenen Ausgaben der Investitionsrechnung standen höhere Abschreibungen gegenüber.

Kapitaldienstanteil

im Verhältnis zu den Gesamtausgaben

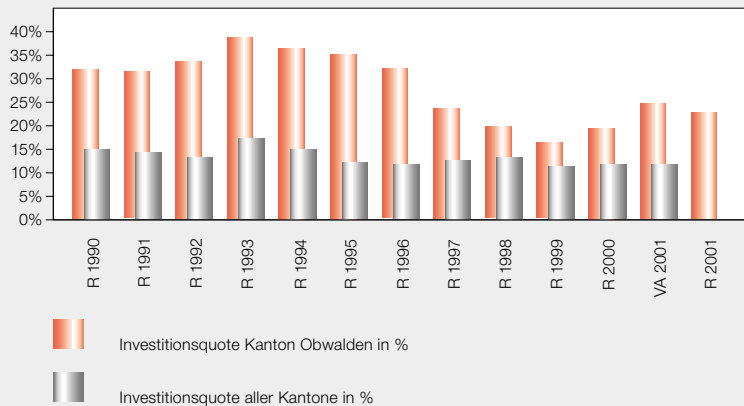


Investitionsquote

Die Investitionsquote widerspiegelt, wie viel der gesamten Ausgaben (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung ohne Interne Verrechnungen) für Investitionen ausgegeben werden. Durch die im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Bautätigkeit stieg diese Kennzahl erneut auf 23,0 Prozent (Vorjahr 19,4). Mit dieser hohen Investitionsquote liegt der Kanton Obwalden wegen der weiterhin notwendigen Investitionen im Tiefbaubereich weit über der gesamtschweizerischen Mittel aller Kantone (Voranschlagswert von 11,7 Prozent). Dank den sachbezogenen Investitionseinnahmen sind die daraus für den Kanton resultierenden Nettoinvestitionen dennoch finanzierbar.

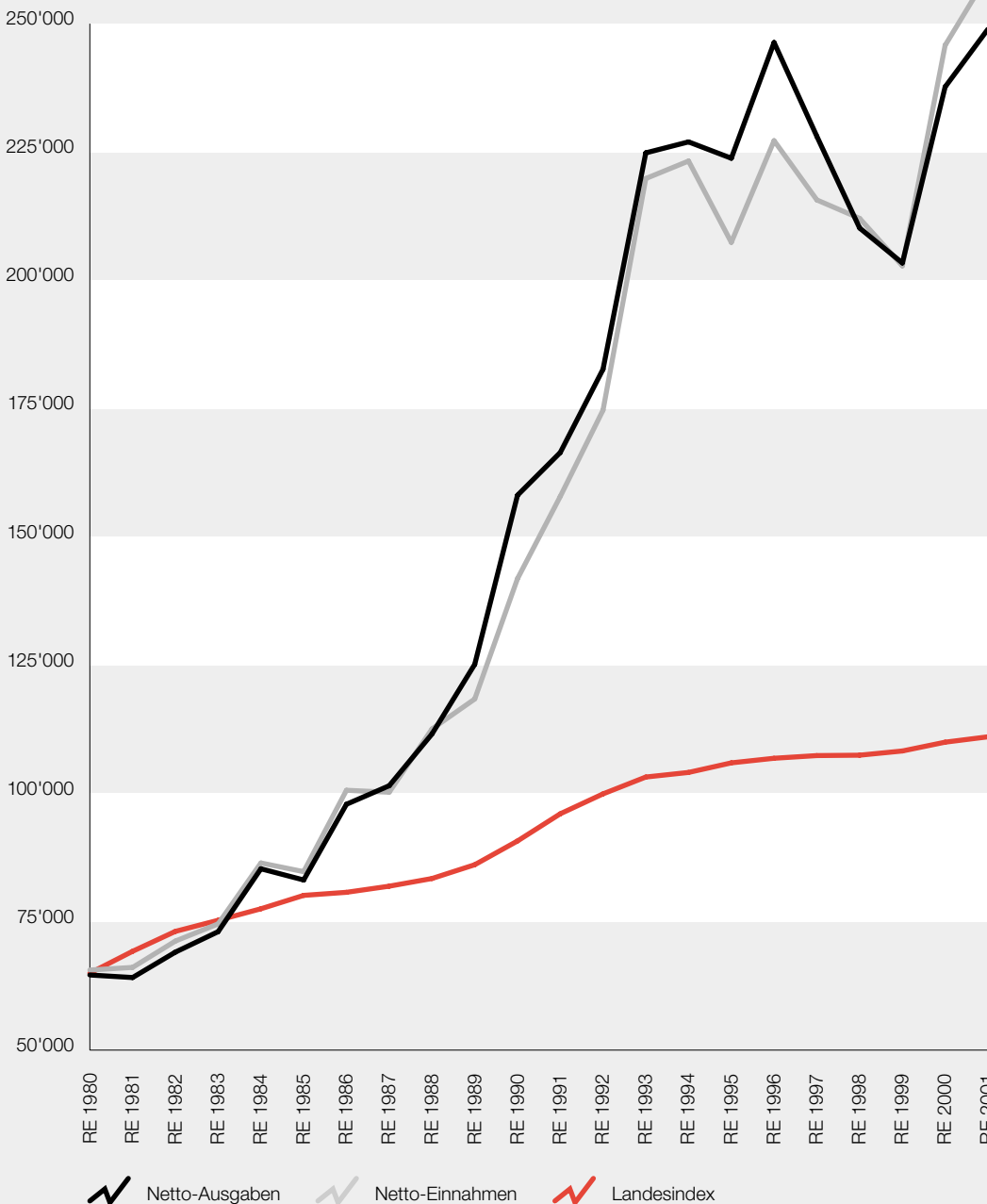
Investitionsquote

des Kantons Obwalden und Mittel aller Kantone



Ausgaben und Einnahmen des Kantons von 1980 bis 2001

in 1'000 Fr.



Bestandesrechnung

Dieser Rechnungsteil umfasst Aktiven und Passiven und gliedert sich in

das Finanzvermögen (Vermögenswerte, die nicht zur öffentlichen Aufgabenerfüllung benötigt werden), das Verwaltungsvermögen (Werte, die

unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen) und die Spezialfinanzierungen/Spezialfonds sowie das Fremd- und Eigenkapital.

Bestandesrechnung per 31.12.2001

in 1'000 Fr.	Bilanz 2001	Bilanz 2000	Veränderung + Zuwachs/-Abnahme	
			Betrag	Prozent
Aktiven				
Finanzvermögen	78'103	87'012	-8'909	-10.2%
Flüssige Mittel	101	7'283	-7'182	-98.6%
Guthaben	55'673	58'235	-2'562	-4.4%
Anlage	20'575	20'607	-32	-0.2%
Transitorische Aktiven	1'754	887	867	97.7%
Verwaltungsvermögen	147'765	152'433	-4'668	-3.1%
Sachgüter	58'700	60'546	-1'846	-3.0%
Darlehen und Beteiligungen	72'370	77'909	-5'539	-7.1%
Investitionsbeiträge	16'695	13'978	2'717	19.4%
Bilanzfehlbetrag	1'917	4'168	-2'251	-54.0%
Total Aktiven	227'785	243'613	-15'828	-6.5%
Passiven				
Fremdkapital	223'788	239'379	-15'591	-6.5%
Laufende Verpflichtungen	43'025	41'655	1'370	3.3%
Kurzfristige Schulden	12'830	16'400	-3'570	-21.8%
Mittel- und langfr. Schulden	120'324	133'887	-13'563	-10.1%
Verpflichtungen Sonderrechnungen	39'406	35'937	3'469	9.7%
Rückstellungen	0	0	0	
Transitorische Passiven	5'848	8'029	-2'181	-27.2%
Delkredere	2'355	3'471	-1'116	-32.2%
Spezialfinanzierungen	3'997	4'234	-237	-5.6%
Eigenkapital	0	0	0	
Total Passiven	227'785	243'613	-15'828	-6.5%

Die Bilanzsumme der Aktiven und Passiven hat insgesamt um 15,8 Millionen Franken auf 227,8 Millionen Franken abgenommen.

Neben 7,2 Millionen Franken tieferen flüssigen Mitteln werden im Jahr 2001 auch die Guthaben um 2,6 Millionen Franken tiefer ausgewiesen. Während der Rückgang bei den flüssigen Mitteln zur Reduktion der Schulden verwendet wurde, beruht die Abnahme bei den Guthaben hauptsächlich auf tieferen Kantonsanteilen an der Verrechnungssteuer sowie an den im Vergleich zum Vorjahr wegfallenden ausstehenden Beiträgen im Bereich der Waldschäden (Lothar).

Die Sachgüter nahmen auf Grund der tieferen Investitionen 2001 und der getätigten Abschreibungen um 1,8 Millionen Franken ab.

Die Darlehen und Beteiligungen reduzierten sich vor allem um die

Rückzahlungen bei den Darlehen der Arbeitslosenversicherung (4,1 Mio. Fr.) sowie den getätigten Abschreibungen auf dem Dotationskapital der OKB (3,2 Mio. Fr.) und des Darlehens der Bergbahnen Lungern Schönbüel AG (1,4 Mio. Fr.). Eine Aufstockung wurde hingegen bei den beiden Investitionskrediten in der Forstwirtschaft (1,0 Mio. Fr.) und in der Landwirtschaft (1,5 Mio. Fr.) sowie den Betriebshilfedarlehen in der Landwirtschaft (1,0 Mio. Fr.) vorgenommen.

Die zukünftig abzuschreibenden Investitionsbeiträge erhöhten sich vor allem bei den Gewässerverbauungen (0,7 Mio. Fr.) sowie den Verkehrsbetrieben (1,1 Mio. Fr.).

Der Bilanzfehlbetrag nahm dank dem Überschuss der Laufenden Rechnung und den im Jahr 2001 vorgenommenen Abschreibungen um weitere 2,3 Millionen Franken oder 54 Prozent auf nunmehr 1,9 Millionen Franken ab.

Sowohl die kurz- wie auch die mittel- und langfristigen Schulden konnten dank dem Finanzierungsüberschuss und der Reduktion der flüssigen Mittel um zusammen 17,1 Millionen Franken abgebaut werden. Die Fälligkeit sowie die Zinssätze der noch bestehenden Schuldscheine im Wert von 120 Millionen Franken sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Schuldscheine nach Fälligkeit

in 1'000 Fr.

Bilanzwert 120'324	Zinssatz in %	Jahr								
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
250	0.000		50	50	50	50	50			
2'074	2.000		2'074							
15'000	3.000			5'000				10'000		
5'000	3.125		5'000					5'000		
8'000	3.500									3'000
15'000	3.600								10'000	5'000
14'000	3.625					5'000	5'000		2'000	7'000
5'000	3.700				5'000					
6'000	4.000						1'000	5'000		
5'000	4.120									5'000
3'000	4.125									
15'000	4.250				5'000	2'000	3'000	5'000		
6'000	4.300								6'000	
6'000	4.375			2'000		2'000			2'000	
5'000	4.600			5'000						
4'000	4.750				2'000	2'000				
3'000	5.000			3'000						
2'000	5.125					2'000				
1'000	7.000		1'000							
Total per 31.12.2001			8'124	15'050	12'050	13'050	19'050	15'000	25'000	13'000

Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen umfassen die Ausstände gegenüber dem Bund in den Investitionskrediten (Landwirtschaft, Forstwirtschaft) und der Betriebshilfe in der Landwirtschaft. Durch die während des Jahres erfolgten Aufstockungen der Bundesmittel ergibt sich die höhere Verpflichtung.

Finanzierungsausweis

Aus den Änderungen der Bilanzkonten der Bestandesrechnung ergibt sich für das Jahr 2001 folgender Finanzierungsausweis (in 1'000 Fr.):

Mittelverwendung		Mittelherkunft	
Zunahme der Transistorischen Aktiven	867	Abnahme der flüssigen Mittel	7'182
Zunahme der Investitionsbeiträge	2'717	Abnahme der Guthaben	2'562
Abnahme der kurzfristigen Schulden	3'570	Abnahme der Anlagen des Finanzvermögens	32
Abnahme der langfristigen Schulden	13'563	Abnahme der Sachgüter des Verwaltungsvermögens	1'846
Abnahme der Transistorischen Passiven	2'181	Abnahme der Darlehen und Beteiligungen	5'539
Abnahme Delkredere	1'116	Abnahme des Bilanzfehlbetrages	2'251
Abnahme Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	237	Zunahme laufende Verpflichtungen	1'370
		Zunahme der Verpflichtungen für Sonderrechnungen	3'469
Total Mittelverwendung	24'251	Total Mittelherkunft	24'251

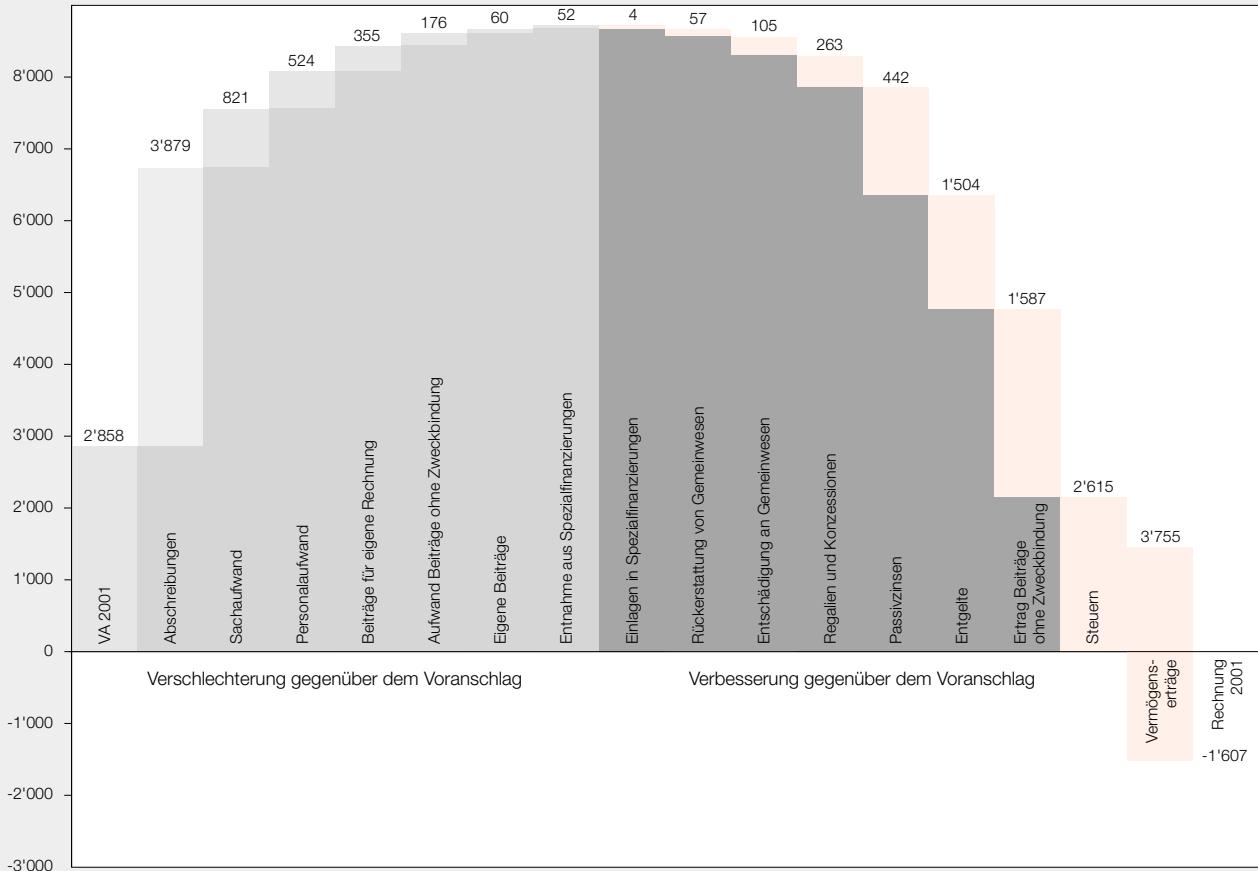
Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung umfasst mit Aufwand und Ertrag den ersten Teil der Verwaltungsrechnung. Die Gesamterträge der Laufenden Rechnung übertrafen die veranschlagten Werte mit 229,0 Millionen Franken um 6,6 Millionen Franken. Da die Gesamtausgaben mit 227,4 Millionen nur um 2,1 Millionen Franken über dem Voranschlag liegen, resultierte insgesamt eine Ergebnisverbesserung von 4,5 Millionen Franken.

Laufende Rechnung nach Artengliederung

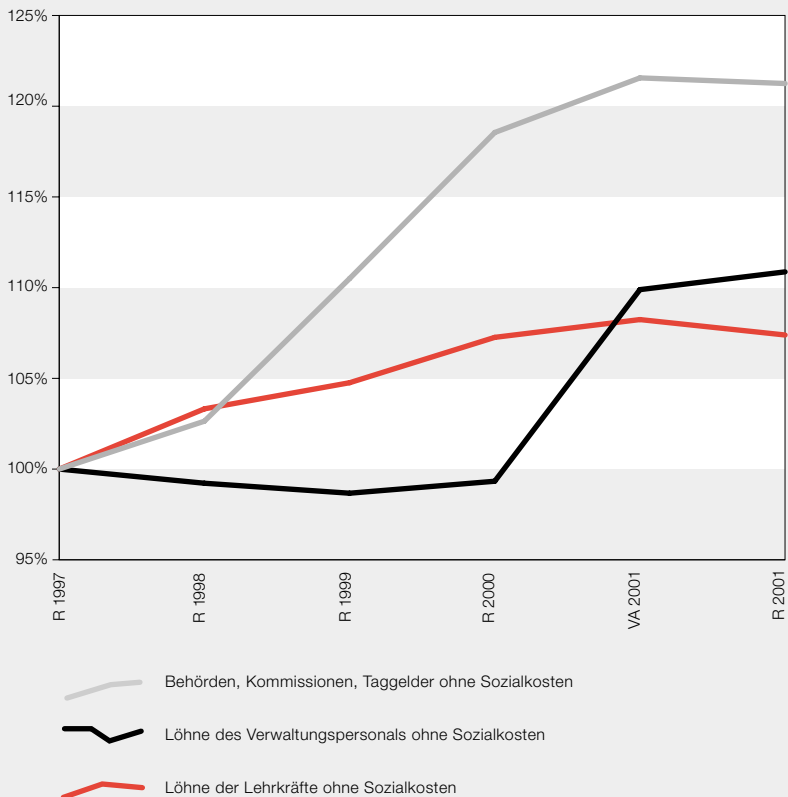
in 1'000 Fr.	Rechnung 2001	Voran- schlag 2001	Veränderung gegenüber VA 2001 Betrag	Veränderung %	Rechnung 2000	Rechnung 1999
Aufwand						
30 Personalaufwand	43'763	43'239	524	1.2%	39'918	39'155
31 Sachaufwand	19'927	19'106	821	4.3%	19'086	17'368
32 Passivzinsen	5'715	6'157	-442	-7.2%	5'954	5'696
33 Abschreibungen	15'746	11'867	3'879	32.7%	12'228	11'250
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	2'441	2'265	176	7.8%	2'266	2'255
35 Entschädigung an Gemeinwesen	9'769	9'874	-105	-1.1%	7'916	7'880
36 Eigene Beiträge	52'358	52'298	60	0.1%	52'071	49'537
37 Durchlaufende Beiträge	53'894	57'857	-3'963	-6.8%	60'589	46'004
38 Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	79	83	-4	-4.8%	501	301
39 Interne Verrechnungen	23'692	22'491	1'201	5.3%	22'627	21'194
	227'384	225'237	2'147	1.0%	223'156	200'640
Total ohne Interne Verrechnungen	203'692	202'746	946	0.5%	200'529	179'446
Ertrag						
40 Steuern	51'050	48'435	2'615	5.4%	49'150	45'402
41 Regalien und Konzessionen	11'823	11'560	263	2.3%	11'828	11'047
42 Vermögenserträge	9'304	5'549	3'755	67.7%	5'522	5'482
43 Entgelte	17'175	15'671	1'504	9.6%	16'581	15'127
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	25'351	23'764	1'587	6.7%	24'734	20'534
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	5'931	5'874	57	1.0%	2'846	2'898
46 Beiträge für eigene Rechnung	30'494	30'849	-355	-1.2%	30'795	30'448
47 Durchlaufende Beiträge	53'894	57'857	-3'963	-6.8%	60'589	46'004
48 Entnahmen aus Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	277	329	-52	-15.8%	816	61
49 Interne Verrechnungen	23'692	22'491	1'201	5.3%	22'627	21'194
	228'991	222'379	6'612	3.0%	225'488	198'197
Total ohne Interne Verrechnungen	205'299	199'888	5'411	2.7%	202'861	177'003
Ergebnis	1'607	-2'858	4'465	156.2%	2'332	-2'443

Differenz zwischen Voranschlag und Rechnung 2001 je Kostenart



Der Personalaufwand ist um 0,5 Millionen Franken über dem Voranschlag geblieben. Die grösste Überschreitung ergab sich durch die Abgeltung einer nicht budgetierten Freizügigkeitsleistung bei den Rentenleistungen (0,4 Mio. Fr.). Die Entwicklung zwischen den einzelnen Gruppen Behörden/Verwaltung/Lehrer zeigt, dass im Vergleich zum Vorjahr vor allem beim Verwaltungspersonal ein Anstieg zu verzeichnen ist. Diesen Mehrausgaben stehen neben den 2001 gewährten leistungsabhängigen Lohnerhöhungen (2,7 Prozent) vor allem die neu durch die Verwaltung übernommenen Aufgaben (Steuerverwaltung und -bezug) und die damit verbundenen Personalaufstockungen gegenüber. Zusätzlich gilt es zu berücksichtigen, dass auf Grund einzelner krankheitsbedingter Ausfälle zusätzliches Aushilfspersonal beschäftigt werden musste. Andererseits sind infolge der Bruttoverbuchung die um rund 0,3 Millionen Franken höheren Versicherungsleistungen unter den Erträgen ausgewiesen. Bei den Behörden wirkt sich das auf Mitte 2000 in Kraft gesetzte Behördengesetz mit den Anpassungen bei den Taggeldern sowie den Gehältern von Richtern und Regierungsräten entsprechend aus.

Entwicklung der Personalkosten seit 1997



Entwicklung der Personalkosten seit 1997

in 1'000 Fr.	Rechnung 1997	Rechnung 1998	Rechnung 1999	Rechnung 2000	Voranschlag 2001	Rechnung 2001
Behörden, Kommissionen, Taggelder ohne Sozialkosten	1'628	1'671	1'799	1'930	1'979	1'974
Löhne des Verwaltungspersonals ohne Sozialkosten	25'503	25'303	25'164	25'331	28'025	28'275
Löhne der Lehrkräfte ohne Sozialkosten	6'076	6'278	6'365	6'517	6'577	6'525

Beim Sachaufwand betragen die Mehrausgaben gegenüber dem Voranschlag 0,8 Millionen Franken. Wie bereits bei der Rechnungsablage 2000 erwähnt, waren auf Grund technisch bedingter Schwierigkeiten bei der Verankerung «Hauetli» Verzögerungen eingetreten, die nicht mehr 2000 ausgeführt werden konnten und 2001 zu entsprechenden Mehrkosten geführt haben. Zusätzlich sind entsprechend dem Arbeitsfortschritt bei der amtlichen Vermessung (Spezialfinanzierung) die Aufwände höher ausgefallen.

Durch die über den Erwartungen liegenden Rechnungsergebnisse der letzten zwei Jahre fielen die Passivzinsen tiefer aus als im Rahmen des Voranschlages berechnet wurden.

Die Abschreibungen fielen insgesamt um 3,9 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Die ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens lagen dabei aber um 0,8 Millionen Franken unter dem Voranschlag. Die Hauptgründe dafür liegen in den im Jahr 2000 um 3,6 Millionen Franken tiefer ausgefallenen Nettoinvestitionen sowie im tieferen Bilanzfehlbetrag. Dem stehen nicht budgetierte Abschreibungen auf dem Dotationskapitel der Kantonalbank von 3,2 Millionen Franken und auf dem Darlehen an die Bergbahnen Lungern-Schönbüel (BBLs) von 1,4 Millionen Franken gegenüber. Die Finanzierung dieser zusätzlichen Abschreibungen erfolgt beim Dotationskapital über die ausserordentliche Ausschüttung der Kantonalbank (siehe Vermögenserträge) und beim Darlehen an die BBLs über die Auflösung der 1998 gebildeten Rückstellung (siehe Eigene Beiträge).

Die Entschädigungen an Gemeinwesen und die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung lagen im Rahmen des Voranschlages.

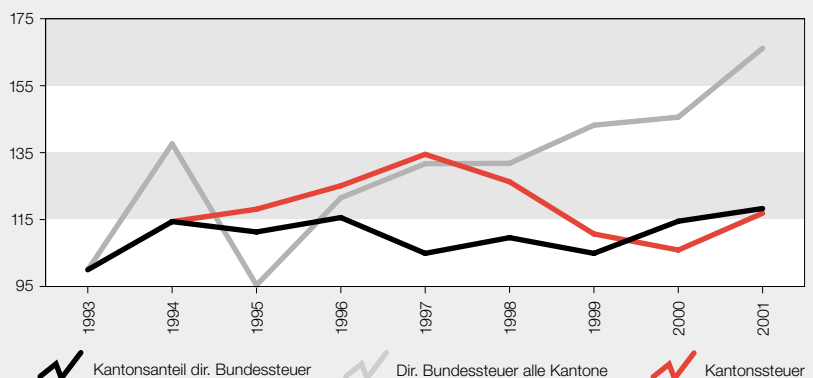
Die Eigenen Beiträge blieben gesamt gesehen ebenfalls im Rahmen des Voranschlages. Innerhalb der Eigenen Beiträge fielen die Kantonsbeiträge an die AHV-Ergänzungsleistungen, die Heil- und Pflegeanstalten sowie an das Kantonsspital um insgesamt 2,8 Millionen Franken höher aus als veranschlagt. Demgegenüber wurde die 1998 getätigte Rückstellung von 1,4 Mio. Franken für das ausstehende Darlehen an die BBLs infolge Konkurs derselben aufgelöst. Ebenfalls zu einer Verbesserung führten die tieferen Kantonsbeiträge im Bereich der Massnahmen zur Wald-erhaltung, wo sich die Sonderbeiträge des Bundes zur Behebung der Waldschäden (Lothar) positiv auswirkten.

Die Durchlaufenden Beiträge fielen mit 53,9 Millionen Franken um insgesamt 4,0 Millionen unter dem veranschlagten Betrag von 57,9 Millionen Franken aus. Die ordentlichen und die Sonderbeiträge des Bundes bei den Massnahmen zur Walderhaltung (Lothar) waren auf Grund des Ereignisses (Orkanshaden) nicht budgetierbar. Die Leistungen des Bundes betragen im letzten Jahr noch 9,5 Millionen Franken (Vorjahr 16,0 Mio. Fr.) gegenüber den veranschlagten 12,0 Mio.

Franken. Die Beiträge im Bereich der Massnahmen zur Walderhaltung und des Natur- und Landschaftsschutzes betragen während eines normalen Jahres rund 1,2 Millionen Franken. Weiter konnten rund 1,1 Millionen Franken mehr Direktzahlungen in der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Bei der Prämienverbilligung wurde der Voranschlag um 1,9 Millionen Franken unterschritten.

Beim Steuerertrag übertrafen die Einkommens- und Vermögenssteuer (um 2,8 Millionen Franken) und die Motorfahrzeugsteuer (0,3 Millionen Franken) die Erwartungen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anstieg vor allem in den Fakturierungen der provisorischen Steuerrechnungen 2001 begründet. Die Zunahme erfolgte zudem fast ausschliesslich bei den Natürlichen Personen. Die Juristischen Personen blieben auf dem Niveau des Vorjahres. Wie der nachstehende Vergleich der Erträge der Kantonssteuern mit den Erträgen der direkten Bundessteuer auf Kantons- und Bundesebene zeigt, liegt der Steuerertrag sowohl bei der Kantonssteuer als auch bei der in Obwalden vereinnahmten direkten Bundessteuer aber noch hinter der gesamtschweizerischen Entwicklung.

Direkte Bundes- und Kantonssteuer seit 1993



Dank der höheren Gewinnanteile bei der Landeslotterie bewegten sich die Regalien und Konzessionen leicht über dem Voranschlag 2001.

Bei den Vermögenserträgen ergab sich eine Steigerung um 3,8 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag und dem Vorjahr. 3,2 Millionen Franken sind zurückzuführen auf die ausserordentliche Ablieferung der Obwaldner Kantonalbank im Zusammenhang mit der Erhöhung des Partizipationsscheinkapitals. Dieser Ertrag wurde vollumfänglich zur Abschreibung des Dotationskapitals eingesetzt. Diese Ausschüttung sowie das gute Finanzierungsergebnis des letzten Jahres ermöglichten zudem höhere Zinserträge.

Die Einnahmen aus Entgelten lagen um 1,5 Millionen Franken über dem Voranschlag. Neben verschiedenen kleineren Mehrerträgen führten unter anderem auch Vergütungen aus Versicherungsleistungen der Unfall- und Taggeldversicherung zum besseren Ergebnis.

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen nahmen gegenüber dem Voranschlag gesamthaft um 1,6 Millionen Franken zu. Diese Mehreinnahmen resultieren aus den um 2,0 Millionen Franken höheren Kantonsanteilen am horizontalen Finanzausgleich (dank der gesamtschweizerisch vereinnahmten direkten Bundessteuern). Die Verrechnungssteuern blieben dagegen um

0,4 Millionen Franken unter dem Voranschlag.

Die Rückerstattungen von Gemeinwesen schlossen im Rahmen des Voranschlages. Den Mehreinnahmen bei den Bundesbeiträgen im Bereich der AV93 von 0,4 Millionen Franken stehen Mindererträge der Gemeinden an die Kosten der Zentralisierten Steuerverwaltung gegenüber.

Die Beiträge für eigene Rechnung sind um 0,4 Millionen Franken unter den veranschlagten 30,8 Millionen Franken. Die Mindereinnahmen fielen vor allem bei den Bundesleistungen an den betrieblichen Unterhalt der Nationalstrasse an.

Übersicht der Mehreinnahmen/Mehrausgaben je Departement

Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-) in 1'000 Fr.	Nettoaufwand Rechn. 2001	VA 2001 (inkl. Nachtr.)	Veränderung gegenüber VA 2001	Nettoaufwand Rechn. 2000	
Laufende Rechnung	1'608	-2'858	4'466	156.3%	2'332
10 Gesetzgebende Behörde	-319	-374	55	14.7%	-281
20 Regierung, Staatskanzlei	-3'664	-3'224	-440	-13.6%	-3'072
21 Justiz- und Sicherheitsdepartement	-1'029	-1'437	408	28.4%	-647
22 Bildungs- und Kulturdepartement	-21'212	-21'464	252	1.2%	-19'124
23 Finanzdepartement	64'810	59'675	5'135	8.6%	60'566
24 Bau- und Forstdepartement	-1'168	-1'513	345	22.8%	-1'676
25 Planungs- und Umweltdepartement	-1'638	-1'772	134	7.6%	-1'458
26 Volkswirtschaftsdepartement	-3'546	-3'983	437	11.0%	-2'323
29 Gesundheits- und Sozialdepartement	-29'442	-27'364	-2'078	-7.6%	-28'516
35 Gerichte	-1'184	-1'402	218	15.5%	-1'137

Die Übersicht über die Laufende Rechnung bei den Departementen zeigt, dass die beim Finanzdepartement anfallenden Erträge (Kantonssteuern, Kantonsanteile am horizontalen Finanzausgleich) um 8,6 Prozent oder 5,1 Millionen Franken höher ausfielen als veranschlagt. Diese Mehreinnahmen führten dazu, dass sowohl die im Vergleich zu 2000 erhöhten Beiträge im Bildungsbereich an die Hochschulen (1,7 Mio. Fr.) als auch die gestiegenen Ausgaben im Gesundheitsbereich wiederum finanziert werden konnten.

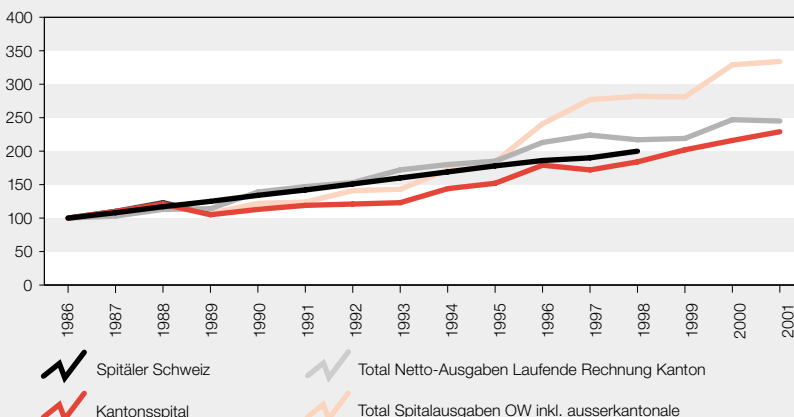
Beim Gesundheits- und Sozialdepartement wiesen sowohl die inner- als auch die ausserkantonalen Spitalkosten einmal mehr aussergewöhnliche Zunahmen auf. Die effektiven Kosten übertrafen mit 22,4 Millionen Franken die veranschlagten 19,8 Millionen Franken um 2,6 Millionen Franken. Aus der kantonalen Einkom-

mens- und Vermögenssteuer von 41,4 Millionen Franken wird damit bereits über die Hälfte für die Spitalversorgung der Kantonseinwohner

aufgewendet. Nachfolgende Graphik zeigt, dass sich die Ausgaben des Kantons für das Kantonsspital Obwalden seit 1986 in etwa gleich ent-

Entwicklung der Gesundheitskosten

Im Kanton und gesamtschweizerisch im Vergleich zu den Netto-Ausgaben des Kantons



Investitionsrechnung nach Artengliederung

in 1'000 Fr.	Rechnung 2001	Vor- schlag 2001	Veränderung gegenüber VA 2001		Rechnung 2000	Rechnung 1999
			Fr.	%		
Ausgaben						
50 Sachgüter	34'471	39'231	-4'760	-12.1%	26'760	19'688
52 Darlehen und Beteiligungen	241	810	-569	-70.2%	2'160	4'594
56 Eigene Beiträge	6'602	7'297	-695	-9.5%	2'950	3'665
57 Durchlaufende Beiträge	19'494	19'161	333	1.7%	16'521	7'230
	60'808	66'499	-5'691	-8.6%	48'391	35'177
Einnahmen						
60 Mobilien, Maschinen						
62 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	4'720	3'483	1'237	35.5%	3'338	1'569
63 Rückerstattungen für Sachgüter	2'190	44	2'146	4877.3%	433	541
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen	9		9			21
66 Beiträge für eigene Rechnung	27'793	34'491	-6'698	-19.4%	22'632	16'443
67 Durchlaufende Beiträge	19'494	19'161	333	1.7%	16'521	7'230
	54'206	57'179	-2'973	-5.2%	42'924	25'804
Nettoinvestitionen	6'602	9'320	-2'718	-29.2%	5'467	9'373

wickelte wie die Nettoausgaben der Laufenden Rechnung des Kantons Obwalden insgesamt. Auch die gesamtschweizerischen Spitalausgaben wiesen seit 1986 eine vergleichbare Steigerung auf. Seit 1995 sind aber die Kantonsausgaben für die ausserkantonalen Spitalausgaben um ein Mehrfaches gestiegen, sodass die Spitalausgaben insgesamt eine markant stärkere Steigerung erfordern als die Nettoausgaben.

Beim Konto «Regierung, Staatskanzlei» führte eine Freizügigkeitsleistung beim Besoldungsnachgenuss gemäss dem Behördengesetz vom 3. September 1999 zur Abweichung von 0,4 Millionen Franken.

Ansonsten schlossen alle anderen Departemente im Rahmen des Voranschlags oder besser ab. Es kann als erfreulich bezeichnet werden, dass die anhaltenden Sparsbemühungen auch 2001 nicht nachgelassen haben und zum guten Ergebnis beitrugen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung als zweiter Teil der Verwaltungsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 60,8 Millionen Franken mit einem Nettoaufwand von 11,2 Millionen Franken ab. Wie aus der Artengliederung ersichtlich ist, fiel der Gesamtaufwand um 5,7 Millionen

Franken und der Nettoaufwand um 0,8 Millionen Franken unter dem Voranschlag aus.

Die Ursache für die Minderausgaben von 4,8 Millionen Franken im Bereich der Sachgüter liegt im Tiefbau. Mit 5,5 Millionen Franken ergab sich dabei die grösste Unterschreitung des Voranschlags beim Nationalstrassenabschnitt «Umfahrung Lungern».

Die Ausgaben für Darlehen und Beteiligungen sind mit 0,2 Millionen Franken rund 0,6 Millionen Franken unter dem Voranschlagskredit geblieben. Dies betrifft in erster Linie Investitionshilfedarlehen, die teilweise bereits im Jahr 2000 oder erst im Jahr 2002 zur Auszahlung gelangten beziehungsweise gelangen werden.

Bei den Eigenen Beiträgen entstand die Unterschreitung von 0,7 Millionen Franken vor allem bei den Waldbauprojekten und bei den Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren. Die prioritäre Aufarbeitung der Lotharschäden absorbierte erhebliche personelle Ressourcen der Forstbetriebe, was in der Folge zu Verzögerungen bei budgetierten Projekten führte.

Die Durchlaufenden Beiträge liegen insgesamt rund 0,3 Millionen Franken über dem Voranschlag. Dabei wirkten sich auf der einen Seite die beim Kanton Durchlaufenden Darlehen des

Bundes an die Investitionskredite des Forstes und der Landwirtschaft sowie an die Betriebshilfedarlehen (3,4 Millionen Franken über Voranschlag) und auf der anderen Seite die tieferen Bundes- und Gemeindebeiträge in den Bereichen «Fließgewässer» (minus 0,7 Millionen Franken) und «Waldbauprojekte» resp. «Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren» (minus 3,0 Millionen Franken) aus.

Die um 1,2 Millionen Franken höheren Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen sind den zusätzlichen Darlehensrückzahlungen der Arbeitslosenversicherung zu verdanken.

Die Rückerstattungen für Sachgüter liegen um 2,1 Millionen Franken über dem Voranschlag. Diese Einnahmen stammen aus Verkäufen von Liegenschaften der Nationalstrasse im Bereich Ewil-Sarnen-Süd.

Die Beiträge für eigene Rechnung liegen mit 27,8 Millionen Franken um 6,7 Millionen Franken unter dem Voranschlagsbetrag. Die tieferen Gesamtinvestitionen beim Nationalstrassenbau (Umfahrung Lungern) und durch den dabei massgebenden Subventionssatz von 97 Prozent ziehen entsprechend auch weniger sachbezogene Bundesbeiträge in diesem Bereich nach sich.

Vergleich mit dem Finanzplan 1998 bis 2002

Auch das vierte Rechnungsjahr der Finanzplanperiode konnte erfreulicherweise erneut besser abgeschlossen werden als vorgesehen. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung lag über den Finanzplanwerten, die Nettoinvestitionen erreichten annähernd das Niveau des Finanzplanes und der Finanzierungsüberschuss schloss um 3,2 Millionen Franken besser ab, was zu einem höheren Selbstfinanzierungsgrad führte.

Dass sich die Gesamtausgaben der Laufenden Rechnung um rund 18 Millionen Franken über den im Finanzplan vorgesehenen Ausgaben von 209 Millionen bewegen, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Namentlich erwähnt seien:

- Personalkosten; im Finanzplan war die Zentralisierung der Steuerverwaltung und des Konkurs- und Betreibungsamtes nicht vorgesehen. Mit diesen neuen Aufgaben wurden die Personalstellen zum Kanton verlagert. Nicht aufgehoben wurde dagegen das Untergymnasium.
- Durchlaufende Beiträge; Auswirkungen der Aufräumarbeiten für die Behebung der Schäden des Orkans Lothar und den damit zusammenhängenden Bundesbeiträgen.

Zusammen mit den bereits in den Vorjahren besseren Abschlüssen ist die Verschuldung ohne Kantonsspital um 17,4 Millionen Franken unter den Werten des Finanzplanes geblieben. Davon entfallen 6,0 Millionen Franken auf die effektiv besser ausgefallenen Ergebnisse der Laufenden Rechnung und 11,4 Millionen Franken auf tiefere Investitionen, grösstenteils verursacht durch Verzögerungen im Bauprogramm. Die Verschuldung wird sich während der Amtsperiode bis Ende 2002 innerhalb der vom Regierungsrat gesteckten Obergrenze von 75,0 Millionen Franken (ohne Kantonsspital) bewegen.

Vergleich mit dem Finanzplan 1998 bis 2002

in 1'000 Fr.	Rechnung 2001	Finanzplan 2001	Abweichung
Laufende Rechnung			
Aufwand	227'384	209'014	-18'370
Ertrag	228'992	206'590	-22'402
Aufwandüberschuss	-1'608	2'424	4'032
Investitionsrechnung			
Ausgaben	60'808	57'606	-3'202
Einnahmen	54'206	46'011	-8'195
Nettoinvestitionen	6'602	11'595	4'993
Darlehenrückzahlungen in Investitionsrechnung	4'611	0	-4'611
Zunahme Nettoinvestitionen (effekt.)	11'213	11'595	382
Finanzierung			
Zunahme der Nettoinvestitionen	11'213	11'595	382
Abschreibungen	12'405	13'592	1'187
Aufwandüberschuss LR	-1'608	2'424	4'032
Finanzierungsüberschuss	2'800	-427	3'227
Selbstfinanzierungsgrad	125.0%	96.3%	

Antrag des Regierungsrates

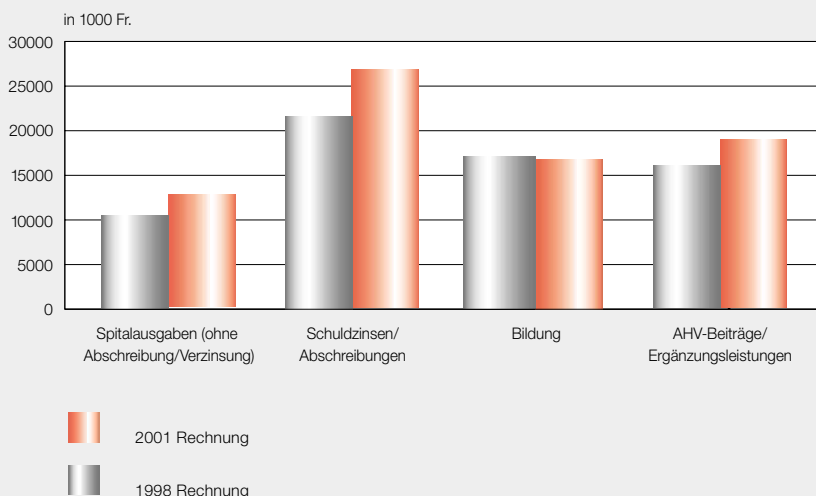
Der Regierungsrat beantragt gestützt auf Art. 37 Abs. 4 sowie Art. 24 Abs. 5 der Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988, die vorliegende Staatsrechnung wie folgt zu genehmigen:

- Vornahme der Abschreibungen von Fr. 15'745'789.- (einschliesslich Kantonsspital Fr. 2'293'155.30);
- Verwendung des Staatssteuerzuschlages 2001 von Fr.

3'315'476.- gemäss Art. 5 des Gesetzes über den Ausbau des Kantonsspitals vom 17. Mai 1992 für die Verzinsung und Abschreibung der Baukosten;

- Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'607'507.67 auf das Konto «Bilanzfehlbetrag»;
- Aktivierung der Nettoinvestitionen als Saldo der Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung von Fr. 6'601'986.34.

Ausgabenentwicklung



Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR

Die Rechnungsdarstellung des Kantons Obwalden ist grundsätzlich in der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988, Fassung vom 25. November 1999, geregelt und richtet sich in den Grundzügen nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Kantone (HRM). Die wichtigsten Artikel sind dabei:

Artikel 21

Bewertungsgrundsätze

Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen bilanziert.

Darlehen und Beteiligungen sind in der Regel nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet.

Vergleich Staatssteuern 1999 bis 2001

Gemeinde	Jahr	Natürliche Personen	Juristische Personen	Nachsteuern/ Abschreibungen/ Erlasse/ Skonto	Grundstück- gewinn- Steuer	Kapital Abfindungen/ Liquidation-+ Kapitalgew./ Lotteriegew.- steuer	Hand- änderungs- steuer
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Sarnen	1999	11'642'970,40	496'472,30	-211'620,90	201'201,95	233'486,20	278'280,75
	2000	12'032'414,30	931'872,65	-158'444,25	680'955,00	256'833,90	394'884,00
	2001	12'473'118,40	900'633,40	-50'018,05	178'671,15	176'481,35	304'547,25
Kerns	1999	4'318'495,85	155'858,80	-50'195,25	65'113,80	69'493,15	92'313,00
	2000	4'658'955,15	211'179,05	-77'022,70	153'402,65	93'724,05	116'910,75
	2001	4'765'042,70	374'581,30	4'866,70	105'101,60	54'463,10	120'397,50
Sachseln	1999	4'480'283,15	330'240,75	-86'683,50	75'559,85	55'932,70	81'690,75
	2000	4'637'945,85	666'150,20	-65'561,62	231'923,00	120'197,00	140'817,00
	2001	5'061'222,85	550'639,55	25'006,80	237'841,30	149'344,70	115'429,50
Alpnach	1999	4'626'670,45	445'945,80	-96'572,10	94'123,25	73'381,05	163'921,35
	2000	4'910'655,60	507'755,55	68'025,60	68'319,20	77'297,05	127'321,80
	2001	5'077'294,75	605'195,75	-22'360,45	82'769,85	129'379,15	83'757,00
Giswil	1999	2'783'586,20	124'626,70	-45'396,00	37'517,90	38'846,00	48'497,25
	2000	2'739'156,50	214'829,65	-53'817,39	25'288,80	29'861,65	40'137,00
	2001	2'836'175,25	238'264,95	-12'721,01	132'581,15	56'688,00	95'006,25
Lungern	1999	1'743'879,45	33'018,55	-16'757,80	26'361,25	52'215,85	32'517,75
	2000	1'854'196,55	70'758,30	-24'798,35	16'378,80	60'927,10	44'517,75
	2001	1'832'962,70	49'316,70	-10'010,40	15.474,85	19'865,95	19'195,50
Engelberg	1999	4'006'782,05	221'430,60	-57'319,25	230'550,05	65'421,00	384'933,00
	2000	4'204'411,50	395'468,75	-82'995,70	137'250,30	96'910,05	237'568,50
	2001	4'469'478,55	331'619,20	9'507,20	97'456,65	99'495,05	345'378,00
Insgesamt 2,5 Einh.	1999	33'602'667,55	1'817'866,15	-549'725,35	730'428,05	588'775,95	1'082'153,85
	2000	35'037'735,45	2'998'014,15	-394'614,41	1'313'517,75	735'750,80	1'102'156,80
	2001	36'515'295,20	3'050'250,85	-55'729,21	849'896,55	685'717,30	1'083'711,00
Veränd. zu Vorjahr in %	1999	-1,53%	-25,95%	8,08%	-22,13%	-11,34%	-11,40%
	2000	4,27%	64,92%	-28,22%	79,83%	24,96%	1,85%
	2001	4,22%	1,74%	-85,88%	-35,30%	-6,80%	-1,67%
Anteil am Total in %	1999	86,61%	4,69%	-1,42%	1,88%	1,52%	2,79%
	2000	82,70%	7,08%	-0,93%	3,10%	1,74%	2,60%
	2001	83,44%	6,97%	-0,13%	1,94%	1,57%	2,48%

Artikel 24**Abschreibungen**

Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben auf dem jeweiligen Restbuchwert zu Beginn des laufenden Jahres abgeschrieben. Die Abschreibungssätze auf dem Restbuchwert betragen:

Grundstücke	10%
Tiefbauten	10%
Hochbauten	10%
Möbilien, Maschinen, Fahrzeuge	25%
Investitionsbeiträge	25%

Es kann in besonderen Fällen auch objektweise linear oder nach der Annuitätenmethode abgeschrieben werden. Dies trifft in der vorliegenden Jahresrechnung auf folgende Aktiven zu:

Lineare Abschreibung:	
Bilanzfehlbetrag	10%
Rechenzentrum Obwalden	12,5%
Annuitätenmethode:	
Energiezentrale/Wärmeverbund	
Sonderfinanzierung	
0,2 Steuereinheiten für den Kantonsspital-Ausbau	

Pensionskassenverpflichtungen

Der Vorsorgeplan der Vorsorgeeinrichtung des Kantons ist als Beitragsprimatplan beziehungsweise als Spar- und Risikosystem aufgebaut. Risikoträger ist die als privatrechtlich organisierte Personalversicherungskasse Obwalden. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2001 über 100 Prozent.

Vergleich Staatssteuern 1999 bis 2001

Gemeinde	Jahr	Erbschafts-	Bussen/ Abschr./	Quellen-	Netto	Zuwachs in %
		schenk.	Erlasse	Steuer	Steuersoll	
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
Sarnen	1999	111'349,50	12'652,50	283'076,25	13'047'868,95	- 2,36 %
	2000	203'531,90	6'823,80	316'016,90	14'664'888,20	+ 12,39 %
	2001	82'515,70	1'525,00	383'872,05	14'451'346,25	- 1,46 %
Kerns	1999	26'040,00	2'775,00	91'776,25	4'771'670,60	- 7,07 %
	2000	41'475,00	18'905,35	104'793,95	5'322'323,25	+ 11,54 %
	2001	6'435,00	1'975,00	123'167,05	5'556'029,95	+ 4,39 %
Sachseln	1999	0,00	-4'034,65	113'471,05	5'046'460,10	- 5,94 %
	2000	57'235,00	7'008,10	128'893,50	5'924'608,03	+ 17,40 %
	2001	20'991,40	850,00	169'577,25	6'330'903,35	+ 6,86 %
Alpnach	1999	81'855,00	9'050,25	119'682,20	5'518'057,25	- 5,94 %
	2000	5'425,00	14'069,65	143'900,50	5'922'769,95	+ 7,33 %
	2001	63'555,10	3'425,00	175'322,35	6'198'338,50	+ 4,65 %
Giswil	1999	5'000,00	3'650,05	59'525,70	3'055'853,80	- 3,67 %
	2000	21'605,00	2'365,00	72'663,00	3'092'089,21	+ 1,19 %
	2001	7'555,00	1'900,00	75'927,10	3'431'376,69	+ 10,97 %
Lungern	1999	58'190,00	0,00	52'725,40	1'982'150,45	- 9,71 %
	2000	88'270,00	-814,40	61'908,50	2'171'344,25	+ 9,54 %
	2001	169'170,00	300,00	75'436,25	2'171'711,55	+ 0,02 %
Engelberg	1999	294'455,00	160,25	229'521,20	5'375'933,90	- 1,25 %
	2000	63'595,00	6'235,10	211'257,45	5'269'700,95	- 1,98 %
	2001	23'832,75	3'800,00	244'611,20	5'625'178,60	+ 6,75 %
Insgesamt 2,5 Einh.	1999	576'889,50	24'253,40	949'778,05	38'797'995,05	- 4,30 %
	2000	481'136,90	54'592,60	1'039'433,80	42'367'723,84	+ 9,20 %
	2001	374'054,95	13'775,00	1'247'913,25	43'764'884,89	+ 3,30 %
Veränd. zu Vorjahr in %	1999	-0,75%	-57,82%	-5,88%	-4,30%	
	2000	-16,60%	125,09%	9,44%	9,20%	
	2001	-22,26%	-74,77%	20,06%	3,30%	
Veränd. zu Vorjahr in %	1999	1,49%	0,06%	3,50%	100,00%	
	2000	1,14%	0,13%	2,45%	100,00%	
	2001	0,85%	0,03%	2,85%	100,00%	

Übersicht über Abschreibungen

in 1'000 Fr.	Erstellungskosten (brutto)	Anlagewert (netto)	Rechnung 2001				Bestand am 31.12.2001
			Bestand am 1.1.2001	Zuwachs	Abgang	Abschreib.	
1 Grundstücke			0	0	0	0	0
2 Tiefbauten			18'297	31'571	29'513	1'830	18'525
3 Hochbauten	156'126	117'186	37'223	1'546	66	3'556	35'147
Davon:							
Sonderfinanzierung Kantonsspital	41'430	40'595	22'718		1	2'293	20'424
Wärmeverbund	5'840	3'065	2'578	154		70	2'662
4 Mobilien, Informatik Maschinen, Fahrzeuge			5'025	1'459	93	1'362	5'028
Davon:							
Rechenzentrum			665			175	490
5 Münzensammlung			0	0	0	0	0
6 Investitionsbeiträge			13'978	22'702	16'335	3'650	16'695
7 Bilanzfehlbetrag			4'168		2'332	-81	1'917

Verpflichtungskredite

Stand der zugesicherten, ausbezahlten und noch zu leistenden Kantonsbeiträge an Werkbauten und Dritte per Ende 2001

Projekt	Subventionierte Bausumme	Kantonsbeiträge		verpflichteter restlicher Kantonsbeitrag Fr.
		zugesicherte höchstens Fr.	bis Ende 2001 ausbezahlt Fr.	
Darlehen aus IHG	15'351'600,00	2'180'000,00	0,00	2'180'000,00
Beitrag an LSE	84'760'010,00	6'518'135,00	2'371'835,00	4'146'300,00
Meliorationen	12'620'875,00	1'519'300,00	1'153'500,00	365'800,00
Forstliche Projekte	108'613'031,00	15'540'956,00	8'809'845,00	6'731'111,00
Fliessgewässer (Wildbachverbauungen)	97'119'500,00	19'137'318,00	10'222'069,00	8'915'249,00
Wohnbausanierung/WEG	83'153'000,00	1) 379'730,00	2) 294'323,00	3) 285'970,00
Gewässerschutzmassnahmen	8'193'692,00	2'376'049,00	757'888,00	1'618'161,00
Gesamt-Total 2001	409'811'708,00	47'651'488,00	23'609'460,00	24'242'591,00
Total 2000	490.908.219,00	74'000'541,80	43'289'530,10	30'711'011,70

1) Zusicherungen 1993 bis Ende 2001

2) Zahlungen 2001

3) Maximale jährliche Zahlungen

Eventualverpflichtungen per Ende 2001

		Eventual- verpflichtung Kanton Fr.
Investitionshilfe (IHG) Vom Bund bewilligte Darlehen, gemäss Bundesgesetz vom 28.6.1974 über die Investitionshilfe für Berggebiete; der Kanton übernimmt 50% allfälliger Verluste Vom Kanton bewilligte Darlehen	Bundesdarlehen in Mio. Fr. 1.11	5'558'760.00
Obwaldner Kantonalbank Der Kanton haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank aufgrund des Gesetzes vom 2. Dezember 1973 über die Obwaldner Kantonalbank	Bilanzsumme in Mio. Fr. 2'441.28	p.m.
Besoldungsnachgenuss pensionierter Regierungsräte Der Kanton bezahlt Regierungsräten die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Entlohnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen vom 3. September 1999 im Amt waren, einen Besoldungsnachgenuss gemäss Verordnung über die Entschädigungen der nebenamtlichen Behörden und Beamten vom 27. Oktober 1971. Die Berechnung erfolgte aufgrund einer Kapitalisierungszins-Berechnung mit Kapitalisierungszinssatz von 4 Prozent sowie der theoretischen Lebenserwartung gemäss VZ2000.	Verpflichtung 31.12.01 Zugang 2001 gewährt Freizügigkeitsleistung 2001 Verpflichtung 31.12.01	5'500'000.00 125'000.00 -419'000.00 5'206'000.00

BERICHT DER GESCHÄFTS- UND RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und der Finanzkontrolle an den Kantonsrat des Kantons Obwalden

In Ausübung des uns übertragenen Mandates als Mitglieder der kantonalen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission haben wir gemäss Art. 37a und Art. 37b der Geschäftsordnung für den Kantonsrat die Buchführung und die Jahresrechnungen des Kantons Obwalden für das am 31. Dezember 2001 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnungen ist der Regierungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.

Gestützt auf die Finanzhaushaltverordnung vom 25. März 1988 wurde zur vertieften Überprüfung die Kantonale Finanzkontrolle beigezogen. Deren Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlansagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden.

Wir prüften die Posten und Angaben der Staatsrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet. Ein interner Erläuterungsbericht liegt vor.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jah-

resrechnungen den Vorschriften der Finanzhaushaltverordnung.

Wir empfehlen Ihnen, die vorliegenden Jahresrechnungen zu genehmigen.

Ferner verdanken wir Herrn Regierungsrat Anton Röthlin, Vorsteher des Finanzdepartementes, den Damen und Herren des Regierungsrates und der Finanzverwaltung die grosse Arbeit bestens.

Der Dank für die geleistete Arbeit ist auch dem Landschreiber, allen Amtsstellenleiterinnen und -leitern und dem übrigen Staatspersonal abzustatten.

Sarnen, 30. April 2002

Kantonale Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Kantonsrätin
Dr. Susanne Gasser-Scheuermeier,
Sarnen, Präsidentin

Kantonsrat
Ernst Michel, Kerns

Kantonsrätin
Monika Ming-Wyrsh, Sachseln

Kantonsrätin
Anna Reinhard-Omlin, Sachseln

Kantonsrat
Arnold Gasser, Lungern

Kantonsrat
Walter Küng, Alpnach Dorf

Kantonsrat
Hans Slanzi, Giswil

Kantonsrat
Hansruedi Amstalden, Alpnach Dorf

Kantonsrat
Martin Wallimann, Alpnach Dorf

Stellvertretend für die Kommission:



Dr. Susanne Gasser-Scheuermeier,
Präsidentin

FINANZKONTROLLE OBWALDEN



Christoph Halter
Leiter Finanzkontrolle



Kanton Obwalden

